

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTS BIBLIOTHEK

FÜNFUNDZWANZIG JAHRE INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTS- BEWEGUNG



Von JOH. SASSENBACH
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Heft 4/5 / 1926

**VERLAG · INTERNATIONALER
GEWERKSCHAFTSBUND
AMSTERDAM · TESSELSCHADE-STR. 31**

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTS-BIBLIOTHEK
HEFT 4/5

FÜNFUNDZWANZIG
JAHRE INTERNATIONALE
GEWERKSCHAFTS-
BEWEGUNG



Von JOH. SASSENBACH
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes

1926

VERLAG DES INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
AMSTERDAM, TESSELSCHADESTRAAT 31



C. Reisinger

I. Einleitung

Der internationale Zusammenschluß der Arbeiter setzt ein gewisses Maß des nationalen Zusammenschlusses voraus, wenigstens soweit es sich um praktische Ziele handelt. Der Wunsch, mit den Arbeitsgenossen jenseits der Grenze in Verbindung zu kommen, machte sich schon bemerkbar, als diese Voraussetzung noch nicht gegeben war; er konnte daher auch nicht zu bestimmten Ergebnissen führen.

Solange die Gewerkschaften eines Landes noch nicht in einer nationalen Körperschaft vereinigt waren, konnten nur internationale Verbindungen einzelner Berufe geschaffen werden. Diese Verbindungen, auf die im Kapitel über die Internationalen Berufssekretariate hingewiesen wird, bildeten sich denn auch in der Tat zuerst heraus.

Das große Hindernis, das einer internationalen Fühlungnahme zunächst entgegenstand, war die Sprache. Es fehlte nicht nur an der Möglichkeit einer direkten Verständigung, sondern man war auch nicht imstande, sich gegenseitig zu unterrichten und zu begreifen. Selbstverständlich weichen die gewerkschaftlichen Einrichtungen und Methoden in den einzelnen Ländern voneinander ab, und ihre Zweckmäßigkeit fällt dem, der Land und Leute nicht kennt, nicht ohne weiteres ins Auge. Solange hier nicht genügend Aufklärung geschaffen war, blieb auch eine geistige Kluft. Die Sprachverschiedenheiten taten ein übriges, um diese Aufklärung zu erschweren.

Die ersten losen Verbindungen bahnten sich daher zwischen solchen Ländern an, die dieselbe Sprache redeten oder in denen doch aus besonderen Gründen die Sprache des Nachbarlandes von vielen Personen gekannt wurde. Hier konnte ein Austausch von Drucksachen stattfinden, durch die man sich

gegenseitig verstehen lernte. Hier hatten auch gegenseitige Besuche bei Verbandstagen und Kongressen größeren Wert. Dieser Austausch von Druckschriften sowie die gegenseitige Teilnahme an Verbandstagen und Kongressen spielten in der ersten Zeit des internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens die wichtigste Rolle. Dazu kamen dann noch von Zeit zu Zeit Gesuche um Unterstützung bei besonders umfangreichen Lohnkämpfen und um Fernhaltung von Streikbrechern.

Öfters war es sogar schwierig, festzustellen, ob in einem andern Lande Organisationen bestimmter Berufszweige bestanden, geschweige daß man in den Besitz zuverlässiger Adressen gelangen konnte. Das Bedürfnis nach einer internationalen Zentralstelle machte sich daher immer mehr bemerkbar, besonders in Ländern, deren Arbeiterschaft international eingestellt war.

II. Erste Versuche

Obwohl an den Verhandlungen der Internationalen Arbeiter-Kongresse, der Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresse, der Internationalen Sozialisten-Kongresse usw. auch vielfach Gewerkschaftsvertreter teilnahmen und ab und zu gewerkschaftliche Fragen behandelt wurden, kann hier auf diese Veranstaltungen nicht eingegangen werden, da sie vor allem politischer Art waren. Bei solchen Gelegenheiten und auch in Publikationen verschiedener Art wurden auch nur Richtlinien für die nationalen Gewerkschaften aufgestellt, ohne daß der Versuch gemacht wurde, sie international zusammenzufassen. Die ersten praktischen Schritte zur Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften wurden auf dem vom parlamentarischen Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses im Jahre 1888 nach London einberufenen Kongreß unternommen. Dieser vereinigte 123 Delegierte, von denen 79 Engländer waren. Im ganzen waren 850 000 englische und 250 000 festländische Arbeiter vertreten. Die deutschen, österreichischen und russischen Organisationen waren vom parlamentarischen Komitee nicht eingeladen worden, was von allen kontinentalen und auch einigen englischen Delegierten scharf verurteilt wurde. Der Kongreß nahm infolge der Gegensätze zwischen der großen Mehrzahl der englischen Delegierten und den übrigen Delegierten einen sehr unerfreulichen Verlauf. Es gelangten folgende Fragen zur Behandlung: 1. Schwierigkeiten in der Herbeiführung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in andern Ländern; 2. Beste Organisationsmethoden in den verschiedenen Ländern; 3. Beschränkung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit; 4. Regelung der Arbeitszeit.

Ein weiterer Versuch, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, wurde von den französischen Gewerkschaften

unternommen, die auf einem am 17. und 18. Dezember 1900 in der Pariser Arbeitsbörse abgehaltenen internationalen Kongreß die Errichtung eines internationalen Arbeitssekretariates und damit die Gründung einer Internationale der Arbeiter in die Wege zu leiten versuchten. An diesem Kongreß nahmen außer den Franzosen einige englische, italienische und schwedische Vertreter teil. Angesichts der ungenügenden Beteiligung wurde von der Errichtung des Sekretariats Abstand genommen und statt dessen die französische Gewerkschaftszentrale beauftragt, mit den Gewerkschaften der anderen Länder in Verbindung zu treten und ihre Ansichten über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses einzuholen.

Da weder die englischen noch die französischen Versuche zu einem organisatorischen Zusammenschluß geführt haben, muß die Kopenhagener Konferenz des Jahres 1901 als Ausgangspunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden, sodaß die Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens in dieses Jahr fällt.

III. Von 1900 bis 1914

Die Gründungskonferenz in Kopenhagen im Jahre 1901

Der Vorsitzende der dänischen Gewerkschaften, J. Jensen, nahm im Jahre 1900 am Kongreß der englischen „General Federation of Trade Unions“ in Glasgow teil und unterhielt sich bei dieser Gelegenheit mit deren Generalsekretär Isaak Mitchell über die Notwendigkeit der Herstellung einer Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen der einzelnen Länder. Da im Jahre 1901 ein Skandinavischer Arbeiterkongreß nach Kopenhagen einberufen war, schlug Jensen vor, die gewerkschaftlichen Landeszentralen Europas zur Abordnung von Vertretern zu diesem Kongreß einzuladen und so die Möglichkeit zur Bereitung der Grundlagen eines internationalen Zusammenarbeitens zu schaffen.

Die skandinavischen Länder, d. h. Dänemark, Norwegen, und Schweden arbeiteten bereits seit 1886 international zusammen und hielten von Zeit zu Zeit skandinavische Arbeiterkongresse ab, an denen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aller drei Länder teilnahmen.

Jensen setzte sich mit dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Karl Legien, in Verbindung, der dem Plan zustimmte. Auf diese Weise kam am 21. August 1901 in Kopenhagen die erste internationale Konferenz zustande.

Legien wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß wiederholt aus einzelnen Ländern die Anregung gemacht worden sei, einen internationalen Gewerkschaftskongreß abzuhalten. Solche Kongresse hätten bereits 1888 in England und 1900 in Frankreich stattgefunden. Die deutschen Gewerkschaften hätten indessen die Teilnahme abgelehnt, und zwar nicht aus Mangel an internationaler Solidarität, sondern weil sie sich

keinen Erfolg versprochen. Ein Erfolg könne nur erzielt werden, wenn auf diesen Kongressen feste Vereinbarungen über gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen getroffen werden könnten, hierzu seien jedoch die Gewerkschaftsorganisationen in den einzelnen Ländern noch nicht genügend erstarkt.

Soweit allgemeine Fragen zu erörtern seien, könne dies auf den regelmäßig stattfindenden internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongressen geschehen. Zur Verständigung über internationale Gewerkschaftsfragen genüge eine Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die mit Besuchen von Landeskongressen verbunden sein könne.

Dieser Auffassung schlossen sich die übrigen Konferenzteilnehmer an, und es wurde beschlossen, die nächste Konferenz im Jahre 1902 gelegentlich des Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Stuttgart abzuhalten.

Zweite Konferenz im Jahre 1902 in Stuttgart

Diese zweite internationale Konferenz fand denn auch im folgenden Jahre in Stuttgart statt. Die Stellungnahme dieser und der folgenden Konferenzen zu bestimmten Fragen wird für jede Frage besonders behandelt werden; hier soll nur auf die organisatorische Entwicklung des internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses eingegangen werden. In dieser Beziehung bedeutete Stuttgart bereits einen Fortschritt. Die Stellungnahme der Kopenhagener Konferenz gegen besondere internationale Gewerkschaftskongresse wurde gebilligt, ferner wurde beschlossen, an internationalen Konferenzen der Sekretäre der Landeszentralen festzuhalten. Dieser Beschluß ist, abgesehen von außerordentlichen Konferenzen, bis zum Jahre 1919 in Gültigkeit geblieben.

Von der Einsetzung eines besonderen Internationalen Komitees wurde Abstand genommen, hingegen beschlossen, die gewerkschaftliche Landeszentrale eines Landes als internationale Zentralstelle zu bestimmen. Die Wahl fiel auf

Deutschland. Auf Vorschlag Legiens übernahm auch Deutschland die Deckung der Kosten bis zur nächsten Konferenz, die im folgenden Jahre in Großbritannien stattfinden sollte.

Über die Aufgaben der Zentralstelle war man sich im allgemeinen einig, nur über die Einzelheiten gingen die Ansichten auseinander. In erster Linie sollte sie eine ständige Verbindung zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Länder schaffen, den Austausch von wichtigen Mitteilungen, Drucksachen und Schriften vermitteln, die die Arbeiterschaft interessierenden Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen den anderen Ländern durch gute Übersetzungen zugänglich machen, eine einheitliche gewerkschaftliche Statistik anbahnen und die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen regeln.

Wenn man die Besprechungen dieser Konferenz nachliest, so zeigt sich, wie weit man noch von einer einheitlichen Auffassung eines internationalen Zusammenarbeitens entfernt war. Der englische Vertreter O'Grady hielt es z. B. für selbstverständlich, daß es sich nur darum handeln könne, auf internationalem Gebiete den Weg zu weisen, und daß die Landesorganisationen zu entscheiden haben, ob sie ihn betreten wollen oder nicht. Zu dem Vorschlag, die nächste internationale Konferenz in England abzuhalten, bemerkte er, die englischen Vertreter seien nicht bevollmächtigt, zu diesem Zeitpunkt eine Einladung ergehen zu lassen, sie werden jedoch für Einladungen sorgen. Der holländische Vertreter Van Erkel wandte sich gegen den Kopenhagener Beschluß, wonach allgemeine Fragen den Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongressen überlassen bleiben sollen. Ferner trat er dafür ein, anstelle der Sekretärkonferenzen internationale Gewerkschaftskongresse abzuhalten. Der französische Vertreter Griffuelhes unterstützte diesen Antrag. Was die Frage betrifft, ob die Gesuche um internationale Unterstützungen direkt an die Landeszentralen versandt werden oder durch die internationale Zentralstelle gehen sollen, gingen die Meinungen ebenfalls auseinander.

Ein bezeichnendes Licht auf die damaligen Zustände in Deutschland wirft nachstehender Satz, der dem Einladungsschreiben an die Gewerkschaftszentralen der anderen Länder betr. die Teilnahme am deutschen Gewerkschaftskongreß und an der internationalen Konferenz beigelegt war:

„Wir bitten, diese Mitteilungen nicht öffentlich zu besprechen und vor Abhaltung der Konferenz in Stuttgart nicht durch die Presse bekannt zu geben. Wir wünschen nicht, daß die Polizeibehörden in Deutschland vorher von der Konferenz Kenntnis erhalten, weil sie dann unseren ausländischen Gästen eine ganz überflüssige Aufmerksamkeit schenken würden. Wenn auch in Württemberg keinerlei Befürchtung zu hegen ist, so möchten wir doch nicht, daß unsere ausländischen Freunde sich irgendwie durch zu große Aufmerksamkeit unserer Behörden belästigt fühlen. Nach Erledigung der Sache wird selbstverständlich öffentliche Berichterstattung erfolgen. Wir bitten also, vorläufig die Sache nur im vertrauten Kreise zu besprechen.“

Es kann beigelegt werden, daß die württembergischen Behörden nichts gegen die ausländischen Gäste unternahmen.

Dritte Konferenz im Jahre 1903 in Dublin

Um die Schwierigkeiten zu zeigen, die einer internationalen Zusammenarbeit in der ersten Zeit entgegenstanden, soll hier ein von allen nichtenglischen Delegierten unterschriebenes Protestschreiben veröffentlicht werden, das am Schlusse der Dubliner Konferenz dem Generalsekretär der „General Federation“ übergeben wurde.

„Beschwerde, besprochen mit den Delegierten des Festlandes und Mitchell, Dublin, Grossvenor Hotel, 9. Juli 1903.“

1. Wir sind gewöhnt, dafür zu sorgen, daß unsere Gäste ein gutes Unterkommen finden.

Hier wurden wir in eine schmutzige Bude gebracht und sollten zu viere in einem Zimmer wohnen, in welchem jedes Stück Möbel zerbrochen war.

2. Wir stellen den Delegierten jedes Landes einen Übersetzer für die Kongreßverhandlungen und einen ortskundigen Führer, sofern solches gewünscht wird, zur Verfügung.

Hier waren wir von vornherein uns selbst überlassen, und nur der Gutmütigkeit des Übersetzers der holländischen Delegation, Genossen Van der Veer, dem wir sehr dankbar sind, haben wir es zu danken, daß wir einige Hilfe hatten.

3. Die Internationale Konferenz hat uns den Eindruck gemacht, daß den englischen Organisationsvertretern die Sache nicht ernst war. Wir haben wohl 23 bis 30 englische Vertreter gesehen und wohl 10 bis 12 davon reden hören, wissen aber jetzt noch nicht, wer von diesen nun eigentlich Vertreter der Föderation auf der Konferenz war.

Ordnungsgemäß hätte festgestellt werden müssen, wer Vertreter auf der Konferenz war. Dann waren die Berichte, wie es auf der Tagesordnung stand, entgegenzunehmen und dann erst konnten die Anträge erledigt werden.

Da uns nicht einmal Zeit gelassen wurde, die Übersetzung des Gesprochenen zu hören, so bot sich keine Gelegenheit, gegen diese Art der Behandlung Protest zu erheben. Schließlich unterließen wir die Protesterhebung, weil wir nach unseren Erfahrungen wissen, daß, wo der gute Wille nicht vorhanden ist, auch das Protestieren nichts nützt und wir auch nicht vor den Berichterstattern der Presse eine Auseinandersetzung herbeiführen wollten. Aus diesem Grunde folgte ich auch der Aufforderung, dem Bureau für die Leitung zu danken, was wenig am Platze war.

4. Wir haben den zu unseren Kongressen geladenen Delegierten in bezug auf Begrüßungsansprachen nie Beschränkungen auferlegt. War die Zeit für unsere Beratungen kurz, so haben wir an die Delegierten privat die Bitte gerichtet, nur kurz zu sprechen.

In Stuttgart haben sich die Delegierten ohne solche Bitte große Beschränkung auferlegt. Nur die beiden Delegierten für England haben jeder fast eine Stunde gesprochen, ohne daß der Kongreß sich darüber beschwerte.

5. Ohne sich vorher mit den Delegierten des Auslandes zu verständigen, und ohne zu wissen, ob die Delegierten überhaupt sprechen wollen, teilte hier das Komitee einfach öffentlich mit, daß es beschlossen habe, es sollen nur drei Delegierte sprechen.

Da für uns die Vertreter aller Länder gleichwertig sind, so werden wir wohl davon Abstand nehmen, auf dem Kongreß zu sprechen.

6. Alle diese Dinge haben bei uns den Eindruck hervorgerufen, daß es den Organisationsvertretern Englands nicht besondere Freude macht, die Vertreter der festländischen Gewerkschaften unter sich zu sehen, und dies gab uns Veranlassung, darüber zu beraten, ob es nicht besser wäre, schon

am 8. Juli wieder abzureisen. Aus Höflichkeit und um den Gegnern der Arbeiterbewegung nicht ein Bild der Uneinigkeit der Arbeiter verschiedener Nationen zu geben, nahmen wir davon Abstand, wollen aber doch unsere englischen Arbeitsgenossen nicht mehr, als dringend erforderlich ist, bemühen.

Die Vertreter der Organisationen des Festlandes nehmen die Frage der Internationalen Organisation sehr ernst. Sie werden sie eventuell unter sich zur Durchführung bringen und abwarten, bis auch die englischen Organisationen durch den Druck der Kapitalisten gezwungen werden, sich mit den organisierten Arbeitern aller Länder eins zu fühlen.

N. B. Nur auf Wunsch des Genossen Van der Veer, der sich bemüht hat, mich umzustimmen, gebe ich diese Erklärung ab.

(In einzelnen Partien schärfer gefaßt, auf Wunsch einzelner Delegierten etwas gemildert.)“

Um was es sich hier handelte, geht aus dem Schreiben selbst hervor. Die Aussprache mit Mitchell brachte eine gewisse Entspannung, die ganze Angelegenheit ließ jedoch einen unangenehmen Nachgeschmack zurück. Hätte man schon länger zusammengearbeitet und wäre man bereits über die verschiedenen Methoden, die bei Versammlungen auf dem Kontinent und in England üblich sind, unterrichtet gewesen, so würden verschiedene Beschwerdegründe, die Legien anführte, in Wegfall gekommen sein.

Der Dubliner Konferenz lag ein kurzer gedruckter Bericht des Internationalen Sekretärs Legien vor. Es werden darin Bemerkungen gemacht über die Versendung der Protokolle der vorigen Konferenzen, über den Anschluß der einzelnen Länder, über Statistik und Streikunterstützung. Der Bericht, der im übrigen nicht viel Belangreiches enthält, ist betitelt: „Bericht der internationalen Zentralstelle der gewerkschaftlichen Landeszentralen“. Die Stuttgarter Konferenz hatte bekanntlich die deutsche gewerkschaftliche Landeszentrale als internationale Zentralstelle eingesetzt, was technische Schwierigkeiten zur Folge hatte. Es wird deshalb im Bericht die Anregung gemacht, die internationalen Funktionen nicht einer Landeszentrale, sondern einem Internationalen Sekretär zu übertragen, wobei als selbstverständlich vorauszusetzen sei, daß der Betreffende Mitglied der gewerkschaftlichen Landeszentrale seines Landes ist.

Die Konferenz hat dieser Anregung entsprochen und folgenden formellen Beschluß gefaßt:

„Die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre ernennt einen „Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen“, der die Verbindung zwischen den Landeszentralen aufrecht zu erhalten, die jährlichen Berichte der Landessekretäre zu bearbeiten und den einzelnen Landeszentralen in den offiziellen Sprachen (englisch, französisch und deutsch) zugänglich zu machen hat.“

Nach einer Diskussion darüber, ob der Sitz der internationalen Organisation jährlich abwechselungsweise von den angeschlossenen Ländern übernommen werden soll, wurde beschlossen, daß das Sekretariat bis zur nächsten Konferenz in Deutschland bleiben soll. Damit war gleichzeitig festgestellt, daß Legien Internationaler Sekretär wurde, obgleich eine formelle Abstimmung nicht stattfand.

Deutschland hatte sich in Stuttgart bereit erklärt, die bis zur nächsten Konferenz entstehenden Kosten allein zu tragen; indessen erklärte sich England bereit, die Hälfte dieser Ausgaben zu übernehmen. Zur Deckung der künftigen Kosten sollte jede angeschlossene Landeszentrale pro 1000 Mitglieder und Jahr 6 englische Pence bezahlen.

Über das Recht zur Teilnahme an den internationalen Konferenzen entstand eine Diskussion auf Grund eines Antrages des französischen Vertreters Griffuelhes, wonach „alle Länder zur Internationalen Konferenz eingeladen werden sollen und daß es jedem Lande gestattet sei, daran teilzunehmen“. Gegenüber diesem ziemlich unklaren Vorschlag wurde indessen festgelegt, daß einzig und allein die gewerkschaftliche Zentralstelle der einzelnen Länder vertreten sein könne, aber nicht einzelne Gewerkschaften, ferner daß der Delegierte in dem betreffenden Lande wohnen müsse. Diese Regelung ist ständig beibehalten worden, und in den zurzeit gültigen Satzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist ausdrücklich gesagt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund sich aus den gewerkschaftlichen Landeszentralen der einzelnen Länder zusammensetzt und daß alle Vertreter der Landeszentralen in dem von ihnen vertretenen Lande wohnen und dort gewerkschaftlich organisiert sein müssen.

Die internationalen Konferenzen sollen in Zukunft nur noch alle zwei Jahre abgehalten werden.

Vierte Konferenz im Jahre 1905 in Amsterdam

Dieser Konferenz ging ein längerer Briefwechsel zwischen dem Internationalen Sekretär und der französischen Landeszentrale voraus, der sich auf die aufgestellte Tagesordnung bezog. Die Franzosen verlangten, daß die Fragen Antimilitarismus, Generalstreik und Achtstundentag auf die Tagesordnung gesetzt werden und erklärten, daß sie bei Ablehnung ihres Antrages der Konferenz fernbleiben würden. Legien antwortete, daß die Beratung der Punkte Antimilitarismus und Generalstreik nicht zu den Aufgaben der Konferenz gehörten und daß er deshalb nicht imstande sei, sie auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Er schlug vor, die Konferenz selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie die beiden Fragen behandeln wolle. Gleichzeitig erklärte er sich bereit, eine Rückfrage bei den Landeszentralen zu halten, ob er die Punkte auf die Tagesordnung stellen solle, jedoch nur auf ausdrücklichen Wunsch der französischen Landeszentrale.

Von französischer Seite lief hierauf eine äußerst scharfe Antwort ein, in der dem Internationalen Sekretär das Recht abgesprochen wurde, Anträge der Landeszentralen zurückzuweisen. Jede Landeszentrale müsse das Recht haben, ihre Ideen den übrigen Ländern zur Kenntnis zu bringen. Aus besonderem Entgegenkommen wolle man indessen damit einverstanden sein, daß die Landeszentralen befragt würden. Man verbitte sich jedoch ganz entschieden, daß Legien bei dieser Anfrage seine persönliche Meinung äußere.

Legien übersandte den Landeszentralen Abschrift des Briefwechsels und fragte an, ob die Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Da nur Holland, Norwegen und die Schweiz dafür stimmten, war der Antrag abgelehnt, was zur Folge hatte, daß die Franzosen der Konferenz fernblieben. Die Konferenz selbst billigte das Verhalten des Internationalen Sekretärs, nur Holland stimmte dagegen, während die Schweiz unvertreten war.

Die „American Federation of Labor“ (Amerikanischer Gewerkschaftsbund) war ebenfalls zur Teilnahme eingeladen worden, hatte diese jedoch abgelehnt, zunächst weil die Konferenz aus den Sekretären und nicht aus gewählten Vertretern bestehe, ferner wegen der Kosten. Gompers, der den Brief zeichnete, machte dabei die Anregung, die künftigen internationalen Konferenzen so anzusetzen, daß die amerikanischen Delegierten, die alljährlich zum englischen Gewerkschaftskongreß abgeordnet werden, ohne großen Zeitverlust daran teilnehmen können.

Auch mit australischen Gewerkschaften wurden Briefe gewechselt, die zum Anschluß von Victoria führten.

Desgleichen findet sich ein Hinweis auf Rußland:

„Auch glauben wir schon heute die Hoffnung aussprechen zu können, daß bald auch Rußland, dessen Proletariat sich gegenwärtig in heldenmütigem Kampfe die erforderliche Bewegungsfreiheit zu erringen sucht, nach den Stürmen der Revolution in die Reihen der Staaten mit moderner Gewerkschaftsbewegung einrücken und der internationalen Vereinigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sich angliedern kann. Wie jedem Volke, das um seine Freiheit ringt, so bringt die Arbeiterschaft der ganzen Welt auch dem russischen die herzlichste Sympathie entgegen, hoffend, daß es ihm bald gelingen möge, frei zu werden von dem Joch des Absolutismus und das heute als ein Kulturhemmnis Europas sich darstellende Rußland zu einem freien Staat umzugestalten.“

In einem Brief der holländischen Landeszentrale war der nicht unberechtigte Vorwurf erhoben, daß keine eigentliche Tagesordnung aufgestellt war und daß nur die Landeszentralen von Frankreich und Holland Anträge gestellt hätten. Man betrachtete dies als keinen Beweis von großem Interesse und stellte die Frage, ob es nicht angebracht sei, die Konferenz um ein oder zwei Jahre zu verschieben. Indessen war der Internationale Sekretär dieser Anregung nicht näher getreten.

Dieser Konferenz lag zum erstenmal ein ausführlicher gedruckter Bericht des Internationalen Sekretärs vor, der die Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1903 behandelte und seither bis 1914 alle Jahre in immer größerem Umfange erschie-

nen ist. Nach Ausbruch des Krieges wurde der Bericht nicht mehr regelmäßig veröffentlicht. Wir finden in diesen Berichten nicht allein Mitteilungen über den Umfang der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern, sondern auch über spezielle Fragen, die die Arbeiterschaft in dem einen oder anderen Lande interessierten und während des Berichtsjahres beschäftigt hatten. Allerdings wird darüber geklagt, daß die Landeszentralen der übernommenen Verpflichtung, alljährlich einen ausführlichen Bericht einzusenden, nur mangelhaft nachkommen, weshalb z. B. der in Aussicht genommene Bericht über 1902 nicht erscheinen konnte. Man mußte sich erst auf ein Zusammenarbeiten einüben, was dadurch erleichtert wurde, daß der Internationale Sekretär dazu überging, an die angeschlossenen Landeszentralen einheitliche statistische Fragebogen zu versenden. Der Bericht enthält auch Tabellen über die Mitgliederzahlen, die Beitragshöhe, die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen, den Landeszentralen von Dänemark, Deutschland, England, Österreich, Norwegen, Schweden und Serbien angeschlossenen Organisationen und — was für die Anbahnung von Beziehungen zwischen einzelnen Berufen besonders wichtig war — die Adressen der Gewerkschaftsorganisationen in Dänemark, Deutschland, England, Holland, Österreich, Norwegen, Schweden und Ungarn. Da der Bericht in deutscher, englischer und französischer Sprache erschien, wurde er zu einem allseitig begrüßten Verbindungs- und Aufklärungsmittel für die Arbeiterschaft aller Länder.

In dem Bericht wird auch mitgeteilt, daß folgende Länder offiziell ihren Anschluß an das Internationale Sekretariat zur Kenntnis gebracht hätten: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien, Ungarn und Victoria (Australien).

Die 4. Konferenz hatte zu Anfang eine schwierige Frage zu behandeln: die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in Österreich. Die tschechischen Gewerkschaften in Böhmen hatten sich teilweise von der österreichischen Gewerkschaftszentrale mit Sitz in Wien getrennt und eine besondere

tschechische Landeszentrale in Prag gegründet. Als Delegierter dieser Organisation erschien der vor kurzem verstorbene Abgeordnete Nemeč. Er verlangte, als Vertreter der tschechischen Landeszentrale mit Sitz und Stimme auf der Konferenz zugelassen zu werden. Dieser Auffassung widersetzte sich der Vertreter der österreichischen Zentrale, Hueber, ganz entschieden. In einer ausführlichen Besprechung dieser Frage stellten sich alle Vertreter auf die Seite von Hueber und die Zulassung von Nemeč als Delegierter wurde abgelehnt, dagegen seine Teilnahme als Gast gern gestattet.

Die Konferenz äußerte sich zunächst zu dem vorher erwähnten Ersten Bericht des Internationalen Sekretärs, der allseitig gelobt wurde. Es wurde indessen von einigen Seiten angeregt, ihn aus Ersparnisgründen nicht alljährlich, sondern nur alle zwei Jahre herauszugeben. Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Hingegen wurde beschlossen, den Beitrag von 6 Pence auf das Doppelte, also einen Schilling, für 1000 Mitglieder zu erhöhen.

Die Amsterdamer Konferenz hatte sich mit folgendem Antrag Deutschlands zu beschäftigen:

1. Die Sekretäre der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen, respektive die von den gewerkschaftlichen Landeszentralen ernannten oder von den angeschlossenen Gewerkschaften gewählten Delegierten treten alle zwei Jahre zu einer Konferenz zusammen. Zu dieser Konferenz darf jede Landeszentrale höchstens zwei Delegierte entsenden.

2. Es ist Aufgabe der Konferenz, zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehende Fragen.

3. Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.“

Dieser Antrag wurde, wie Legien ausführte, veranlaßt durch die französischen Anträge auf Behandlung der Frage des Generalstreiks und des Antimilitarismus. Die Änderung

in bezug auf die Ernennung der Delegierten wurde vorgeschlagen, um den amerikanischen Gewerkschaften die Teilnahme zu ermöglichen.

Absatz 1 des Antrages wurde ohne Widerspruch angenommen, dagegen wurden gegen den übrigen Inhalt Bedenken erhoben. Hueber befürchtete, daß eine Trennung zwischen Gewerkschaften und politischer Partei angestrebt werde, ferner hielt er die Ausschließung gewerkschaftlicher theoretischer Fragen für unmöglich, da man auch die Möglichkeit haben müsse, über gewerkschaftliche Forderungen und gewerkschaftliche Taktik zu sprechen. Octers (Belgien) machte geltend, daß man die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht streng auseinanderhalten könne. Über die Absätze 2 und 3 wurde getrennt abgestimmt, wobei Absatz 2 einstimmig angenommen wurde, Absatz 3 gegen die Stimmen von Belgien, Holland und Österreich.

Bei der Festsetzung des Ortes der nächsten Konferenz gab Hueber dem Wunsche Ausdruck, den Ort so zu wählen, daß auch den Balkanstaaten die Teilnahme ermöglicht würde. Statt dessen wurde auf Wunsch der Norweger Kristiania (Oslo) bestimmt, da dort im Jahre 1907 nicht allein der norwegische Gewerkschaftskongreß stattfinden sollte, sondern auch der nur alle fünf Jahre zusammentretende skandinavische Gewerkschaftskongreß. Mit Rücksicht auf die Amerikaner sollte die Konferenz nicht wie üblich im Juni, sondern Ende August oder Mitte September stattfinden.

Fünfte Konferenz im Jahre 1907 in Kristiania (Oslo)

Dieser Konferenz lagen zwei Berichte des Internationalen Sekretärs über die Jahre 1904 (erschieden 1906) und 1905 (erschieden 1907) vor. Der Internationale Sekretär bedauerte das späte Erscheinen der Berichte und machte darauf aufmerksam, daß das späte Eintreffen der Angaben der Landeszentralen die Ursache sei. Im übrigen konnte auf die erfreuliche Tatsache der fortschreitenden Zusammenarbeit hingewiesen und festgestellt werden, daß die vom Internationalen

Sekretär regelmäßig eingeforderten statistischen Angaben denjenigen Ländern, die sich bisher um nationale Statistik nicht gekümmert hatten, Veranlassung geben, sich auch um diesen wichtigen Zweig der Gewerkschaftstätigkeit zu kümmern, was der Vervollkommnung der internationalen Statistiken zugute komme.

Im dritten Bericht über das Jahr 1905 werden als neu beigetretene Länder Bulgarien und Serbien genannt, während Victoria, das nur für 1903/1904 Beiträge zahlte, in der Liste fehlt. Diesem Land, wie auch Nordamerika, Japan, Neusüdwales, Queensland und Südaustralien, wurden indessen alle Zirkulare und Drucksachen zugestellt, um sie zum Anschluß zu bewegen. Von Nordamerika und Japan traf niemals eine Antwort ein, während die australischen Staaten mehrmals kurze Berichte einsandten und mitteilten, daß sie im Hinblick auf die geplante gemeinsame Gewerkschaftszentrale für ganz Australien vorläufig von einem Anschluß absehen. Auch über Verhandlungen mit Finnland und vor allem mit einzelnen Organisationen in Rußland wird berichtet. So fand ein Briefwechsel mit den Gewerkschaftszentralen von Petersburg, Moskau, Warschau und Odessa statt, der indessen infolge der unsicheren Verhältnisse in Rußland nicht zu einer dauernden Zusammenarbeit führen konnte. Der Internationale Sekretär mußte sich darauf beschränken, den Führern der aufwärtsstrebenden Gewerkschaftsbewegung in Rußland mit der Beschaffung von Material und Auskünften über die zweckmäßigsten Wege zur Organisierung der Arbeitermassen an die Hand zu gehen.

Über diese erste Zeit der russischen Gewerkschaftsbewegung finden wir im Bericht einige Mitteilungen, die hier wiedergegeben werden mögen. Zunächst wird folgender Brief des Vorsitzenden der am 12. August 1906 abgehaltenen ersten Konferenz der Warschauer Gewerkschaften zum Abdruck gebracht:

„Genossen! Die Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse bei uns zu kämpfen hat, erlauben weder ein öffentliches und legales Hervortreten noch eine Vereinigung aller in der

letzten Zeit so zahlreich in unserem Lande entstandenen Gewerkschaften oder die Unterhaltung ständiger Beziehungen mit Euch.

Angesichts dessen erlauben wir uns, Euch unsere brüderlichen Grüße zu übersenden, mit der Versicherung, daß wir uns in geeigneter Zeit in der großen Internationalen Gewerkschaftsvereinigung in Eure Reihen stellen werden.“

Diesem Briefe fügt der Internationale Gewerkschaftssekretär folgendes hinzu:

„Wie in Warschau, so sind auch in anderen großen Städten Rußlands Gewerkschaftszentralen errichtet worden. Von den gewerkschaftlichen Zentralstellen in Petersburg, Moskau, Odessa und Charkoff werden auch gewerkschaftliche Blätter herausgegeben. Diese Organisationen, wie auch die erwähnten Blätter, haben jedoch unter der fürchterlichen Reaktion, die in Rußland wütet, nur unsicheren Bestand. Das von der Gewerkschaftskommission in Moskau herausgegebene Gewerkschaftsorgan, das schon zweimal sein Erscheinen einstellen mußte, ist nun zum dritten Mal unter neuem Titel erschienen. Die Zähigkeit, mit welcher die russischen Arbeiter ihr Organisationswerk verrichten, wird von der Reaktion nicht übertroffen werden können. Alle Gewalttaten der Machthaber werden das Entstehen und Erstarken der Gewerkschaften nicht verhindern.

Es sind auch bereits Versuche gemacht worden, die zu Gewerkschaftskartellen vereinigten Organisationen der einzelnen Bezirke miteinander zu verbinden. Die erste Anregung hierzu ging von Charkoff aus. Die Gewerkschaftszentrale von Petersburg nahm die Ausführung des Planes in die Hand. Es haben bereits zwei Gewerkschaftskonferenzen stattgefunden, die die Vorarbeiten für das Einigungswerk vollzogen. Auf der zweiten Gewerkschaftskonferenz waren Vertreter der vereinigten Gewerkschaften von Petersburg, Moskau, Warschau, Kiew, Charkoff, Odessa, Wilna, Lodz, Nischnij-Nowgorod und Nikolaieff anwesend. Man nahm Stellung zum neuen russischen Gewerkschaftsgesetz und verhandelte über die Wege, welche einzuschlagen sind, um in Rußland eine einheitliche gewerkschaftliche Bewegung zu schaffen. Ferner wurde die Einberufung eines allrussischen Gewerkschaftskongresses in Aussicht genommen.

Noch läßt sich ein zusammenfassendes Bild dieser gewaltigen, im Werden begriffenen Bewegung nicht geben. Die ersten kraftvollen Ansätze der Organisation berechtigen aber zur Hoffnung, daß sich in der gewerkschaftlichen Organisation unserer russischen Arbeitsgenossen in kurzer Zeit Einheitlichkeit und gesicherter Bestand einstellen werden. Die Ar-

beiterschaft aller Länder verfolgt nicht nur mit Aufmerksamkeit die Vorgänge im russischen Reiche, sondern wird auch jederzeit bereit sein, tatkräftige Hilfe zu leisten, um in Rußland eine schnellere Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung herbeizuführen.“

Dieser Bericht enthält auch einige Angaben über die Beitragszahlungen der angeschlossenen Landeszentralen. Die Unkosten der Jahre 1901/1903 wurden, wie früher schon angeführt, von Deutschland und England gemeinsam getragen; in den nächsten Jahren kamen folgende Beträge ein: 1903/1904 1046 Mark, 1904/1905 1087 Mark und 1905/1906 2145 Mark, Summen, mit denen sich nichts anfangen ließ, sodaß die deutsche Gewerkschaftszentrale sich genötigt sah, dem Internationalen Sekretär zur Deckung seiner Verpflichtungen einen Extrabeitrag von 3000 Mark zu übergeben. Die Hauptkosten wurden durch den alljährlichen Internationalen Bericht verursacht, weshalb auch der Konferenz von Kristiania ein Antrag Schwedens vorlag, den Bericht nur alle zwei Jahre herauszugeben. Nach ausführlicher Besprechung wurde jedoch dieser Vorschlag wieder zurückgezogen.

Der Konferenz von Kristiania ging wieder ein Briefwechsel mit der französischen Gewerkschaftszentrale voraus, die die Teilnahme davon abhängig machte, daß die auf der vorhergehenden Konferenz abgelehnten Tagesordnungspunkte „Generalstreik“ und „Antimilitarismus“ auf der Konferenz behandelt werden. Da der Internationale Sekretär auf Grund der vorigen Beschlüsse dies nicht zusagen konnte, blieben die Franzosen der Konferenz fern, ebenfalls die bisher angeschlossene holländische Landeszentrale, von der am Schlusse der Konferenz eine formelle Austrittserklärung einlief. In diesem Zusammenhang war in der Presse über die Absicht berichtet worden, daß Frankreich, das bereits seit zwei Jahren keine Beiträge bezahlt hatte, und Holland, das mit einem Jahresbeitrag im Rückstande war, beabsichtigten, aus dem Internationalen Sekretariat auszutreten und mit den bedeutungslosen, in Deutschland und Italien neben den gewerkschaftlichen Landeszentralen vorhandenen Gewerkschaftsgruppen eine neue Gewerkschaftsinternationale zu bilden. Soweit kam es jedoch nicht. Der damalige Leiter der französischen Gewerkschaft-

ten, Griffuelhes, mußte seinen Platz räumen, und bereits auf der Tagung von Kristiania war Holland durch eine neugegründete Landeszentrale vertreten, die in ihren Auffassungen mit jenen der übrigen Landeszentralen übereinstimmte, vielleicht deshalb bereits 30 000 Mitglieder zählte und die alte mehr anarchistisch eingestellte Landeszentrale immer mehr in den Hintergrund drängte. Als Gast nahm diesmal auch ein Vertreter Finnlands an den Beratungen teil.

Das Schreiben der französischen Gewerkschaftszentrale gab der Konferenz Veranlassung, nochmals ihre Auffassung über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Internationale in einer Resolution niederzulegen, um, wie der holländische Vertreter Oudegeest ausführte, „den französischen Gewerkschaften zu zeigen, daß nicht nur einzelne Personen einen der ‚Confédération‘ entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, sondern daß es sich um eine gemeinsame Auffassung aller übrigen Gewerkschaftszentralen handelt“.

Die von Legien, Huysmans und Olsen entworfene Resolution, die von der Konferenz einstimmig angenommen wurde, lautete folgendermaßen:

„Die Internationale Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften von England, der Niederlande, von Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien, abgehalten am 15. und 16. September in Kristiania, hat sich mit dem wiederum eingebrachten Antrage des Französischen Gewerkschaftsbundes beschäftigt, wonach auf die Tagesordnung der Konferenz die Frage des Antimilitarismus und des Generalstreiks gesetzt werden soll.

Die Konferenz wiederholt den in Amsterdam gefaßten Beschluß, laut welchem die internationalen Konferenzen die Aufgabe haben, zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft in Zusammenhang stehende Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.

Die Konferenz erachtet die Fragen des Militarismus und Generalstreiks als solche, die nicht von einer Konferenz von Gewerkschaftsfunktionären, sondern nur von der Vertretung der Gesamtheit des internationalen Proletariats, von den regelmäßig stattfindenden internationalen Sozialistenkongressen zu erledigen sind, zumal in Amsterdam und Stuttgart beide Fragen ihre Erledigung entsprechend der gegebenen Situation gefunden haben.

Die Konferenz bedauert, daß die „Confédération Générale du Travail“ nicht einsehen wollte, daß die Haltung der Internationalen Konferenz der Vertreter der Landeszentralen in diesen Fragen eine durchaus korrekte ist und diese Haltung zum Vorwand nimmt, um der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung fernzubleiben.

Die Konferenz richtet an die Arbeiterschaft Frankreichs das dringende Ersuchen, die erwähnten Fragen mit der politischen Organisation der Arbeiterklasse des eigenen Landes gemeinsam zu beraten, durch Teilnahme an den internationalen Sozialistenkongressen bei der Entscheidung dieser Fragen mitzuwirken und zum Zwecke der Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben auch fernerhin der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung anzugehören.“

Die Amerikaner waren auch diesmal zur Konferenz nicht erschienen, obgleich diese ihretwegen auf Mitte September festgelegt worden war und die Möglichkeit bestanden hätte, die amerikanischen Vertreter zu dem in der ersten Septemberwoche stattfindenden englischen Gewerkschaftskongreß auch nach Kristiania abzuordnen. Die Amerikaner hielten es nicht einmal für nötig, die Einladung zu beantworten, weshalb Legien der Meinung Ausdruck gab, daß offenbar die amerikanischen Gewerkschaftszentrale und deren Vorsitzender, Gompers, die Absicht hätten, ein Zusammengehen mit den Gewerkschaften der anderen Länder zu vermeiden, sodaß es zwecklos sein dürfte, in dieser Richtung noch weitere Anstrengungen zu machen. Dieser Ansicht trat Olsen entgegen. Er schlug vor, die amerikanischen Gewerkschaften in einem Schreiben des Sekretärs davon in Kenntnis zu setzen, daß man nur aus Rücksicht auf die Amerikaner die diesjährige Konferenz so spät einberufen habe und es deshalb bedauert werden müsse, daß Amerika auf der Konferenz nicht vertreten sei und nicht einmal auf die Einladung zur Teilnahme geantwortet habe.

Der Antrag Olsen bezüglich der Aufklärung der amerikanischen Gewerkschaften wurde einstimmig angenommen. Dieser Beschluß sollte der amerikanischen Gewerkschaftszentrale schriftlich übermittelt werden; ferner wurde vereinbart, den einzelnen Gewerkschaften später einen Bericht über die Konferenz in englischer Sprache zuzusenden.

Die Konferenz von Kristiania erhöhte den jährlichen Beitrag pro Tausend Mitglieder von 1,— Mark auf 1,50 Mark; sie beschloß die Deckung des vorhandenen Defizits durch Umlage auf die angeschlossenen Organisationen und überließ die Sorge für ein eventuelles neues Defizit den künftigen Konferenzen; ferner beschloß sie, die bisher bezüglich der internationalen Zentrale gefaßten Beschlüsse zu sammeln und gedruckt herauszugeben. Ferner wurde die Sammlung und Herausgabe der für die einzelnen Landeszentralen geltenden Bestimmungen in Aussicht genommen.

Die Konferenz beschäftigte sich weiter mit den Eintrittsbedingungen für Gewerkschaftsmitglieder, die von einem Lande nach einem anderen reisen, und anderen Fragen, die als Punkte der Tagesordnung den Landeszentralen vorher bekanntgegeben worden waren.

Über die Behandlung dieser Fragen und die dazu gefaßten Beschlüsse wird an anderer Stelle berichtet.

Am Schlusse der Konferenz wurde noch der Beschluß gefaßt, daß auf künftigen Konferenzen nur solche Resolutionen zur Besprechung kommen können, die dem Internationalen Sekretär vorher eingereicht und den Konferenzteilnehmern in Übersetzung zugänglich gemacht würden. Die nächste Konferenz wurde für das Jahr 1910 in Aussicht genommen und sollte in Wien stattfinden, sie wurde indessen bereits 1909 in Paris abgehalten.

Sechste Konferenz im Jahre 1909 in Paris

Im Bericht des Internationalen Sekretärs für 1907, der 1909 erschien und daher auch einige über das Jahr 1907 hinausgehende Mitteilungen brachte, wird auf einen Beschluß

des französischen Gewerkschaftskongresses 1908 in Marseille hingewiesen, in dem betont wird, daß Frankreich die Beziehungen zum Internationalen Sekretariat niemals abgebrochen habe und der Kongreß vom lebhaften Wunsche beseelt sei, die internationalen Beziehungen enger und wirksamer zu gestalten. Der Kongreß erteilte dem Vorstand der Landeszentrale Vollmacht, beim Internationalen Sekretariat zu beantragen, „auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz die Frage der Veranstaltung internationaler Arbeiterkongresse zu setzen, auf welchen die Bemühungen fortgesetzt werden sollen, um bisher systematisch zurückgewiesene Fragen zur Prüfung und Behandlung zu bringen“. Hiermit erklärte sich der Internationale Sekretär einverstanden, sodaß der Friede mit Frankreich wieder hergestellt war.

Auch die Beziehungen zu Amerika schienen sich besser zu gestalten. Der amerikanischen Gewerkschaftszentrale war der Beschluß von Kristiania und den ihr angeschlossenen Organisationen der Bericht über die Verhandlungen der Konferenz übersandt worden. Daraufhin erklärte die Gewerkschaftszentrale, daß die Internationale Konferenz von Kristiania von falschen Voraussetzungen ausgegangen und das Fehlen von Vertretern der amerikanischen Gewerkschaften auf der Konferenz einem Mißverständnis zuzuschreiben sei. Ferner wurde für die nächste Konferenz bestimmt ein Vertreter zugesagt.

Im Bericht für 1908 wird bezüglich Amerikas weiter ausgeführt, daß der im November 1908 abgehaltene Jahreskongreß der „American Federation of Labor“ die Entsendung eines Delegierten zur nächsten Internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen habe. Es wurde hierbei irrtümlicherweise angenommen, daß die Konferenz in der bisherigen Frist, also im Jahre 1909, stattfinde. In Wirklichkeit hatte jedoch die Konferenz in Kristiania beschlossen, das nächste Mal im Jahre 1910 in Wien zu tagen. Der von der Jahreskonvention als Delegierter gewählte Präsident der A. F. of L., Gompers, machte im Dezember 1908 dem Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen von diesem Irrtum Mit-

teilung und fragte an, ob es nicht möglich wäre, die nächste internationale Konferenz schon im Jahre 1909 stattfinden zu lassen. Die Konferenz in Kristiania hatte beschlossen, daß, falls eine frühere Einberufung der internationalen Konferenz notwendig werde, der Internationale Sekretär das Recht habe, den gewerkschaftlichen Landeszentralen einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten. Der Internationale Sekretär glaubte zur Stellung eines solchen Antrages auf Grund der Mitteilungen des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes berechtigt zu sein und versandte eine entsprechende Anfrage. Die Mehrheit der Landeszentralen erklärte sich denn auch zugunsten der Abhaltung der Konferenz im Jahre 1909 in Paris bereit. So nahm Gompers, der vorher eine Studienreise in Europa gemacht hatte, an dieser Konferenz teil. Daß an dieser Konferenz nach zweimaligem Fernbleiben auch die Franzosen teilnahmen, war selbstverständlich. Immerhin schienen die französischen Genossen einige Befürchtungen wegen einer evtl. Störung der Konferenz zu hegen, weshalb sie den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stellten, der indessen von allen übrigen Delegierten grundsätzlich abgelehnt wurde.

Über die Meinungsverschiedenheiten, die in den letzten Jahren zwischen der französischen Landeszentrale und den übrigen dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen bestanden hatten, wurde nach kurzer Besprechung hinweggegangen, dagegen nahm die Besprechung der Beziehung zur amerikanischen Landeszentrale mehr Zeit in Anspruch. Man war allgemein der Meinung, daß Gompers gekommen sei, um als Delegierter an der Konferenz teilzunehmen und den Anschluß der „American Federation of Labor“ zu erklären, eine Annahme, die dadurch bestärkt wurde, daß die genannte Organisation Anträge zur Konferenz gestellt hatte. Dagegen erklärte Gompers, er sei nicht als Delegierter, sondern nur als Gast anwesend und habe nicht den Auftrag, im Namen seiner Organisation eine bindende Erklärung abzugeben. Wenn die Gewähr gegeben werde, daß man die Amerikaner ihre Angelegenheiten selbst erledigen lasse, so sei er überzeugt,

daß der Anschluß der amerikanischen Gewerkschaftszentrale erfolgen werde. Die Vorschläge, die er an Legien gesandt habe, seien nur als Anregungen gedacht gewesen. Die Ausführungen von Gompers fanden keine allzu freundliche Aufnahme.

Der Konferenz lag auch ein Antrag der holländischen Landeszentrale vor, einen besoldeten Beamten anzustellen, der die Arbeiten des Internationalen Sekretariats unter der Leitung von Legien zu erledigen habe. Man glaubte dadurch die Möglichkeit zu geben, die Tätigkeit des Sekretariats zu erweitern. Obgleich man die Nützlichkeit einer solchen Anstellung einsah, wurde mit Rücksicht auf die Finanzfrage von einer Beschlußfassung abgesehen und dem Internationalen Sekretär die eventuelle Anstellung einer Hilfskraft überlassen. Gleichzeitig wurde dem Sekretär der Auftrag erteilt, der nächsten Internationalen Konferenz einen Vorschlag über den Ausbau des Sekretariats zu unterbreiten.

Da im Jahre 1919 bei der Umgestaltung der internationalen gewerkschaftlichen Zentralstelle in ähnlichem Sinne beschlossen wurde, darf einem Antrag, oder wie Gompers kurz vorher auf der Konferenz ausgeführt hatte, einer „Anregung“ der amerikanischen Gewerkschaftszentrale besondere Bedeutung beigemessen werden. Sie lautet:

„Die internationale Konferenz empfiehlt den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer „Internationalen Arbeitsföderation“, wobei die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung jedes Landes bestimmt und garantiert bleibt. Aufgabe der Föderation würde sein: der Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder und die Herbeiführung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.“

Gompers führte bei der Begründung aus, der Name „Internationales Sekretariat“ sage den Amerikanern nichts, es müsse ein anderer Name und eine andere Organisationsform gewählt werden. Da der Antrag nicht von einer angeschlossenen Organisation ausging, wurde im Einverständnis mit Gompers von einer Beratung und Beschlußfassung abgesehen.

Dem Antrag der französischen Gewerkschaftszentrale entsprechend wurde nunmehr die Frage der Abhaltung von Internationalen Arbeiterkongressen behandelt. Jouhau, der zum erstenmal als Vertreter der französischen Gewerkschaften am internationalen Kongreß teilnahm, wies zunächst auf die früheren Versuche der französischen Gewerkschaften hin, die internationalen Konferenzen durch Kongresse zu ersetzen. Konferenzen der jetzt üblichen Art genügten nicht zur gründlichen Diskussion der Arbeiterinteressen, dazu seien Kongresse nötig. Die Franzosen wollten nicht, daß Fragen, die die Arbeiterklasse betreffen, Organisationen zugewiesen werden, die außerhalb der Arbeiterklasse stehen. Die Konferenzen gäben die wirkliche Meinung der Organisation nicht wieder. Wenn manche Gewerkschaften die Sozialistenkongresse beschicken, so bleiben diese doch politische Kongresse; hier handle es sich jedoch darum, sich strikte auf den Boden der gewerkschaftlichen Bewegung zu stellen.

Hierzu gab Hueber folgende Erklärung ab:

„Im Namen der Landeszentralen von England, Belgien, Norwegen, Dänemark, Holland, Spanien, Italien, Ungarn, Österreich und Kroatien habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir achten die Begründung des Antrages der Franzosen. Wir begreifen, daß man in Frankreich Gründe hat, uns solche Vorschläge zu machen. Aber wir meinen, daß schon jetzt die internationalen Konferenzen genug Schwierigkeiten bieten. Die Einberufung internationaler Kongresse halten wir für eine Unmöglichkeit. Schon hier hat es sich gezeigt, daß Entscheidungen gegen den Willen einzelner Zentralen unmöglich sind. Um dem Proletariat schwere Enttäuschungen zu ersparen, müssen wir von der Abhaltung von Kongressen zurzeit absehen. Wir haben jedoch noch einen anderen Grund: wir stehen auf dem Standpunkt des gemeinsamen politischen und gewerkschaftlichen Kampfes. Es sind die beiden Arme des Körpers, der vom Kopf des organisierten Proletariats geleitet wird. Wir müssen den Kampf mit dem linken und dem rechten Arm führen. Solange die Kapitalistenklasse die Arbeiterschaft politisch und gewerkschaftlich unterdrückt, wäre es ein Verbrechen gegen das Proletariat, getrennt zu marschieren.“

Legien bemerkte hierzu, die deutschen Vertreter hätten sich der Erklärung Huebers nicht etwa deshalb nicht ange-

schlossen, weil sie ihren Sinn nicht billigen, sondern weil sie der Ansicht seien, das Anhören der Meinung der anderen Länder sei notwendig. Man könne die Frage der Zweckmäßigkeit der Kongresse sehr gut diskutieren. Auch er glaube, daß der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen die Einberufung internationaler Kongresse notwendig machen werde, aber nur als Vertretung einer geschlossenen Organisation. Man könne sehr gut den Antrag der französischen Genossen auf den kommenden Konferenzen diskutieren. Nach einer ziemlich hitzigen Debatte, die auf der einen Seite von Jouhau und Yvetot und auf der andern von den Vertretern Belgiens, Englands, Hollands, Italiens und Österreichs geführt wurde, zogen die französischen Vertreter ihren Antrag zurück, mit der Bitte an die Delegierten, den Antrag bis zur nächsten Konferenz in ihren Gewerkschaftszentralen erneut zu behandeln.

Siebente Konferenz im Jahre 1911 in Budapest

Der Internationale Sekretär konnte in seinem Bericht über das Jahr 1909 auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern bis auf eine einzige Ausnahme auf sozialpolitischem Gebiete beachtenswerte Erfolge errungen habe und daß sich überall die Tendenz zu einer strafferen Zusammenfassung der Kräfte kleiner Organisationen zur Zentralisation der Gewerkschaften bemerkbar mache.

Als besonders erfreuliches Ereignis konnte der nunmehr erfolgte Eintritt der amerikanischen Gewerkschaftszentrale bezeichnet werden, womit der erste Anschluß einer nicht-europäischen Gewerkschaftszentrale vollzogen war. Im ganzen gehörten nunmehr 20 Länder dem Internationalen Sekretariat an, und zwar Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Kroatien, Österreich, Norwegen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Der Internationale Sekretär hatte im Berichtsjahr auch von der von der Pariser Konferenz erteilten Ermächtigung

zur Anstellung einer besonderen Kraft Gebrauch gemacht und den Genossen A. Baumeister eingestellt.

Die bisherigen Berichte waren ohne Ausnahme mit großer Verspätung erschienen, und der Internationale Sekretär hatte sich dauernd über die großen Schwierigkeiten in der Beschaffung des notwendigen statistischen Materials bei den angeschlossenen Landeszentralen zu beklagen. Zum erstenmal gelang es, den Bericht über 1910 schon im folgenden Jahre herauszubringen, wobei freilich einige unverbesserliche Länder unberücksichtigt bleiben mußten. Bulgarien war diesmal nicht erwähnt, weil es trotz aller Bemühungen nicht möglich war, die beiden im Lande bestehenden Gewerkschaftszentralen zu vereinigen.

Die Budapester Tagung war stärker besucht als irgend eine der vorhergehenden Konferenzen. Die nunmehr angeschlossene amerikanische Gewerkschaftszentrale war durch Duncan vertreten; die Konkurrenzorganisation der „American Federation of Labor“, die „Industrial Workers of the World“, hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt, Foster. Die zweite, dem Internationalen Sekretariat nicht angeschlossene Landeszentrale Bulgariens hatte zwei Genossen entsandt, die als Gäste zugelassen wurden.

Das Erscheinen von Foster, der schon zu Beginn der Konferenz einen Zusammenstoß mit Duncan hatte, gab Anlaß zu einer langen Diskussion, die eine ganze Sitzung in Anspruch nahm. Die „Industrial Workers of the World“ (I. W. W.) hatten ihren Anschluß an das Internationale Sekretariat beantragt und gleichzeitig gegen die Aufnahme der „American Federation of Labor“ (A. F. of L.) protestiert. Der Hauptgrund war die Zugehörigkeit von leitenden Personen der A. F. of L. zur „Civic Federation“ (C. F.), einer aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammengesetzten Organisation, die den Zweck hatte, bei Streitigkeiten vermittelnd einzugreifen. Über die eigentliche Bedeutung der C. F. gingen die Meinungen auseinander. Jouhaux bezeichnete sie als eine Organisation zur Verwischung des Klassenkampfes, deren Tätigkeit sich gegen die Arbeiterklasse richte, und er fragte

Duncan, ob er dieser Organisation angehöre. Wenn ja, so müsse er gegen die Zulassung von Duncan stimmen. Demgegenüber vertrat Legien die Ansicht, daß die Frage, ob Duncan Mitglied der C. F. sei, die Konferenz nichts anginge. Duncan sei Vertreter der A. F. of L. und somit ohne weiteres als Mitglied der Konferenz zuzulassen; er persönlich würde es ablehnen, eine solche Frage zu beantworten. Man hätte hier nur die Frage zu entscheiden, ob dem Anschlußantrag der I. W. W. entsprochen werden soll, was schon deshalb unmöglich sei, weil auf Grund früherer Beschlüsse aus jedem Lande nur *eine* Gewerkschaftszentrale zugelassen werden könne. Nach langem Hin- und Herreden wurde darüber abgestimmt, ob ein Delegierter verpflichtet sei, über die Taktik seiner Landesorganisation und über seine persönliche politische Stellung Auskunft zu geben. Dies wurde verneint und der Anschluß der I. W. W. abgelehnt.

Eine längere Diskussion entstand auch über die Verhältnisse in Bulgarien. Beide bestehenden Landeszentralen hatten zur Konferenz Vertreter entsandt, und Legien hatte am Tage vor Zusammentritt der Konferenz einen Einigungsversuch gemacht, der aber erfolglos war. Die beiden Landeszentralen wurden aufgefordert, in ihrem Lande nochmals Einigungsverhandlungen aufzunehmen und der nächsten Konferenz Bericht zu erstatten. Bis dahin sollen beide Landeszentralen außerhalb des Internationalen Sekretariats bleiben.

Zum Bericht des Internationalen Sekretärs sprach Oudegeest den Wunsch aus, die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats weiter auszubauen; alle internationalen Angelegenheiten müßten über den Internationalen Sekretär gehen und nicht wie vielfach üblich zwischen den einzelnen Landeszentralen erledigt werden. Gleichzeitig unterbreitet er einen gemeinsamen Antrag der belgischen und der holländischen Gewerkschaftszentrale, in Zukunft die Internationalen Konferenzen nur alle drei Jahre abzuhalten, und zwar aus Sparsamkeitsgründen zusammen mit dem Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß. Legien widersprach diesem Antrag aus praktischen Gründen. Die zu erzielende Ersparnis sei sehr

zweifelhaft und die Arbeiten der Konferenz würden durch das gleichzeitige Tagen eines großen Kongresses erschwert werden. Dem schließt sich Duncan an, der gleichzeitig die Einladung der amerikanischen Gewerkschaftszentrale vorbringt und vorschlägt, die nächste Internationale Konferenz im Jahre 1915 gelegentlich der Eröffnung des Panamakanals in San Franzisko abzuhalten.

Da die Delegierten nicht die Möglichkeit gehabt hatten, eine vorherige Entscheidung ihrer Landeszentralen herbeizuführen, die wegen der entstehenden hohen Kosten nicht zu umgehen war, erzeugte diese Einladung eine gewisse Verlegenheit. Legien bemerkte dazu, daß die Abhaltung einer Konferenz in Amerika auf den ersten Blick unausführbar erscheine. Trotzdem müsse jedoch überlegt werden, ob nicht mit Rücksicht auf die wünschenswerte gute Verbindung mit den amerikanischen Gewerkschaften der Frage näher getreten werden soll. Durch ein Umlageverfahren könnte auch den kleineren Ländern die Möglichkeit gegeben werden, an der Reise teilzunehmen. Im Augenblick sei indessen eine Annahme der Einladung nicht möglich, man könne jedoch auf der nächsten Konferenz auf die Angelegenheit zurückkommen und sehen, ob die zweitnächste Konferenz in Amerika abgehalten werden könne. Schließlich wurde in diesem Sinne beschlossen. Der oben erwähnte belgisch-holländische Antrag wurde zurückgezogen.

Die von Gompers in Paris als „Anregungen“ gemachten Vorschläge lagen nunmehr nach Anschluß der amerikanischen Gewerkschaftszentrale als offizielle Anträge vor. Duncan bemerkte zu dem Antrag betr. Errichtung einer Internationalen Arbeitsföderation, daß dieser nicht eine sofortige Entscheidung bezwecke, sondern nur zum Studium der Frage anregen soll. Legien äußerte hierzu, daß er gerne bereit sei, dem Antrag zuzustimmen, da er die notwendige und logische Folgerung der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung sei. Der amerikanische Vorschlag könne indessen erst dann praktisch in Erwägung gezogen werden, wenn in den internationalen Beziehungen eine weitere Festigung eingetreten sei und die ge-

werkschaftlichen Einrichtungen in den einzelnen Ländern mehr Ähnlichkeiten aufweisen. Im Einvernehmen mit dem amerikanischen Delegierten wurde diese Frage den Landeszentralen zum Studium überwiesen.

Das gleiche gilt für den von Jouhaux befürworteten und von Legien, Bergmans und Hueber bekämpften französischen Antrag auf Veranstaltung internationaler Arbeiterkongresse, der bereits die Pariser Konferenz beschäftigt hatte. Auch Jouhaux erklärte sich mit der Überweisung an die Landeszentralen einverstanden.

Achte Konferenz im Jahre 1913 in Zürich

Im Bericht über 1910 mußte der Internationale Sekretär mitteilen, daß in Bulgarien noch immer keine Einigung erzielt werden konnte. Der Bericht über 1911 enthält dieselbe Feststellung. Da nunmehr bei internationalen Hilfsaktionen die Gelder an den Internationalen Sekretär gesandt werden mußten, konnte im Bericht 1911 über zwei Hilfsaktionen und deren Erfolge berichtet werden. Für Norwegen wurden 36 887 Mark gesammelt und für die ausgesperrten Dockarbeiter in London 100 072 Mark; hiervon kamen allein aus Deutschland 74 545 und aus Österreich 49 545 Mark. Dem Bericht lagen auch zum erstenmal eine Statistik sowie Einzeldarstellungen der Internationalen Berufssekretariate bei.

Im Bericht über 1912 wird über vier internationale Hilfsaktionen berichtet, und zwar für Serbien und Bulgarien mit einem Ertrage von 29 732 Mark, Belgien mit 10 470, Italien mit 8549 und die holländischen Tabakarbeiter mit 49 336 Mark.

An dieser Konferenz nahmen zum erstenmal die Internationalen Berufssekretariate teil. Im Anschluß daran fand ferner die Erste Konferenz der Internationalen Berufssekretäre statt. Sowohl die Teilnahme an der Internationalen Konferenz der Sekretäre der Landeszentralen wie die eigene Konferenz der Berufssekretäre sollte, wie Legien ausführte, dazu beitragen, die internationale Verbindung der Gewerkschaften zu stärken und auszubauen.

Aus England war diesmal nicht allein eine Vertretung der angeschlossenen „General Federation of Trade Unions“ anwesend, auch das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses, der losere, aber umfassendere Verband der englischen Gewerkschaften, hatte seinen Sekretär Bowerman als Gast entsandt. Von angeschlossenen Ländern fehlten aus finanziellen Gründen Rumänien und Serbien. Zu Beginn der Konferenz lief die Mitteilung ein, daß auch der Verband der Gewerkschaften von Transvaal dem Internationalen Sekretariat beigetreten sei.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Lage auf dem Balkan. Wegen der Kriegswirren hatten die für Serbien und Bulgarien gesammelten Gelder noch nicht abgeliefert werden können. Aus Saloniki lag ein Unterstützungsgesuch vor und auch Rumänien war unterstützungsbedürftig. Es wurde deshalb im Oktober desselben Jahres gelegentlich des österreichischen Gewerkschaftskongresses in Wien eine gewerkschaftliche Balkankonferenz in Aussicht genommen, desgleichen eine Reise des Internationalen Sekretärs nach dem Balkan zum Studium der dortigen Verhältnisse und im Interesse der richtigen Verwendung der gesammelten Gelder.

Der Teil des Berichtes des Internationalen Sekretärs, der sich mit den internationalen Hilfsaktionen beschäftigte, gab Anlaß zu einer längeren Aussprache, in der einzelnen Landeszentralen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie sich an Sammlungen garnicht oder fast garnicht beteiligen. Man könne keinem Lande vorschreiben, daß es andern Ländern finanzielle Hilfe leiste, aber eine moralische Verpflichtung dazu bestehe jedenfalls. Auch über die Beitragsrückstände einzelner Länder wurde gesprochen.

Oudegeest regte bei dieser Gelegenheit wiederum die Erweiterung der Tätigkeit des Internationalen Sekretärs an. Das Sekretariat müsse zum Beispiel über wichtige internationale Fragen, welche die Gewerkschaften berühren, Material sammeln und den angeschlossenen Organisationen in bezug auf ihre Stellungnahme dazu Rat erteilen. In allen solchen Fragen könnte das Internationale Sekretariat eine einheitliche Stel-

lungnahme der Landeszentralen vorbereiten und damit die Lösung dieser Probleme begünstigen.

Übrigens war bereits eine Erweiterung der Tätigkeit des Internationalen Sekretariats eingetreten, indem es seit Anfang 1913 eine in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinende „Internationale Gewerkschaftskorrespondenz“ herausgab. Die Anregung hierzu war auf früheren Konferenzen gemacht worden. Die Korrespondenz fand viel Anklang und trug dazu bei, in die Darstellung und Berichterstattung der gewerkschaftlichen Presse aller Länder einen einheitlichen Zug zu bringen. Wie auf der Konferenz anerkannt wurde, trug sie bereits viel zum Ausbau der Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern bei. Eine Korrespondenz in drei Sprachen kostet jedoch Geld, und deshalb stellte der Internationale Sekretär den Antrag, den Jahresbeitrag pro tausend Mitglieder von 1,50 Mark auf 4 Mark zu erhöhen. Der Antrag wurde nach kurzer Diskussion unter Stimmenthaltung des amerikanischen Vertreters einstimmig angenommen.

Von Appleton wurde die Frage der Beschickung der nationalen Gewerkschaftskongresse angeschnitten. Die englische Landeszentrale unterbreitete in diesem Zusammenhang nachstehenden Antrag:

„Das Internationale Sekretariat soll offiziell auf allen ordentlichen Kongressen der angeschlossenen Landeszentralen vertreten sein und seine Vertreter dazu aus den verschiedenen, dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen wählen. Die Kosten dieser Delegationen sind vom Internationalen Sekretariat zu tragen.“

Bezüglich des letzten Satzes machte Appleton den Vorschlag, entsprechend den entstandenen Kosten auf der nächsten Konferenz einen besonderen Beitrag zu beschließen. Im übrigen bemerkte er, daß es den Landeszentralen aus finanziellen Gründen nicht möglich sei, allen Einladungen zu den Gewerkschaftskongressen der einzelnen Länder zu entsprechen und daß eine gemeinsame Vertretung aller dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen durch das Sekretariat ausreichend und zudem vorteilhafter sei. Legien ging grundsätzlich mit Appleton einig, wünschte aber keine über-

stürzte Entscheidung. Auf seinen Vorschlag wurde der Antrag Appletons in dem Sinne angenommen, daß der Internationale Sekretär zunächst durch eine Rundfrage bei den Landeszentralen die Durchführbarkeit des Planes prüfen sollte.

Auch diesmal lagen die Anträge von Amerika betreffend Errichtung einer Internationalen Arbeitsföderation und von Frankreich betreffend Abhaltung internationaler Gewerkschaftskongresse vor. Beide Vorschläge wurden eingehend besprochen, ohne daß neue Gründe für oder gegen ihre Annahme ins Feld geführt werden konnten. Sie erlitten das gleiche Schicksal wie auf der vorigen Konferenz, d. h. sie wurden den Landeszentralen zum Studium überwiesen.

Dagegen wurde der Antrag des amerikanischen Vertreters Perkins, den Namen Internationales Sekretariat in

Internationaler Gewerkschaftsbund

umzuändern, einstimmig angenommen.

Perkins bemerkte dazu, daß es sich dabei nur um eine Namensänderung und nicht um eine Änderung der Organisationsform handle. Auch Legien war der Meinung, daß die Entwicklung der gewerkschaftlichen Internationale zu diesem Zeitpunkt die Namensänderung wohl rechtfertigte.

Infolge dieser Namensänderung mußte nun an Stelle des „Internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen“ ein „Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ bezeichnet werden. Selbstverständlich kam es zur einstimmigen Wahl Legiens.

Die Konferenz beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Begründung von Informationsbüros in den einzelnen Ländern und deren internationaler Zusammenarbeit. Man dachte hierbei nicht nur an engere Gewerkschaftsangelegenheiten, sondern an Beobachtungen der Wirtschaftslage, der Unternehmerorganisationen usw. Es wurde indessen die Meinung laut, daß diese Angelegenheit noch zu ungeklärt sei. Der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde deshalb beauftragt, bei den Landeszentralen über die schon bestehenden

Einrichtungen dieser oder ähnlicher Art eine Umfrage zu veranstalten, das Ergebnis zusammenzustellen und eventuell vor der nächsten Konferenz eine Vorlage auszuarbeiten.

Die Feststellung des Ortes der nächsten Konferenz führte zu einer langen Aussprache. Die amerikanische Gewerkschaftszentrale wiederholte in sehr herzlicher und dringender Form ihre Einladung und schlug vor, die nächste Internationale Konferenz im Jahre 1915 in San Franzisko abzuhalten. Perkins, der eine ausführliche Darstellung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gab, glaubte, daß ein Besuch europäischer Gewerkschaftsführer in Amerika viele Mißverständnisse beseitigen und eine Annäherung zwischen der europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung herbeiführen könne. Dieser Auffassung schlossen sich auch die übrigen Redner an. Auch diesmal trat die Kostenfrage in den Vordergrund. Legien betonte mit Recht, daß es keinen Zweck habe, nur eine Rumpfkonzferenz abzuhalten; auch dem kleinsten angeschlossenen Lande müsse die Möglichkeit gegeben werden, einen Vertreter zu entsenden. Es bleibe daher nichts anderes übrig, als die Kosten auf den Kopf der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Mitglieder zu verteilen, sodaß die großen Länder die Hauptkosten zu tragen hätten. Im übrigen befürwortete Legien die Annahme der Einladung, die dann auch mit 10 gegen 7 Stimmen unter Anerkennung des Umlageverfahrens der Kosten beschlossen wurde.

Die Konferenz des Jahres 1915 konnte leider nicht abgehalten werden, weder in San Franzisko noch an einem anderen Orte. Statt dessen stand zu diesem Zeitpunkt ein großer Teil der im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiter mit den Waffen in der Hand an der Front.

IV. Während des Krieges

Trotzdem Klassensolidarität

Der Weltkrieg unterbrach jäh die Vorarbeiten für die weitere Ausgestaltung der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften. Die Internationale Konferenz in Zürich hatte nicht nur den Namen der internationalen Organisation abgeändert, sondern ihr auch neue Aufgaben übertragen. So wurde die weitere Herausgabe der bereits ohne formellen Beschluß ins Leben gerufenen „Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz“ beschlossen und ein Übersetzungsbüro eingerichtet, das die Übersetzungsarbeiten für die angeschlossenen Landeszentralen und für die Internationalen Berufssekretariate ausführen sollte.

Bereits zu Beginn des Jahres 1914 hatte der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein größeres Büro eingerichtet, in dem beim Ausbruch des Krieges neben dem Sekretär zwölf Personen verschiedener Nationalitäten beschäftigt waren; für den Herbst des gleichen Jahres war eine weitere Ausdehnung in Aussicht genommen. Die Kosten wurden vollständig durch die Übersetzungsarbeiten gedeckt. Unmittelbar nach Kriegsausbruch mußte das Erscheinen der „Internationalen Korrespondenz“ eingestellt und — da auch die Übersetzungsaufträge ausblieben — ein Teil des Personals entlassen werden. Ein anderer Teil nahm seine Entlassung, um in die Heimat zurückzukehren.

Die Nationen, deren Gewerkschaften bereits anderthalb Jahrzehnte in freundschaftlicher Weise zusammengearbeitet hatten, standen sich mit den Waffen in der Hand gegenüber oder einflußlos zur Seite. Auch die Arbeiterschaft wurde wider ihren Willen in diesen unheilvollen Strudel hineingezogen. Man kann an dieser Stelle betonen, daß, von einzelnen Verirrungen

abgesehen, die internationale Arbeiterschaft niemals kriegsbegeistert war; sie mußte die Strafe für Sünden auf sich nehmen, die von anderen begangen wurden.

Es dürfte nicht uninteressant sein, hier einige Briefe bekannt zu geben, die beim Ausbruch des Krieges und während des Krieges zwischen dem Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und einzelnen Landeszentralen gewechselt wurden.

Die französische Gewerkschaftszentrale sandte am 31. Juli 1914 an Legien nachstehenden Brief:

„Werter Genosse Legien!

Sie werden mein Telegramm erhalten haben. Hinzufügen möchte ich, daß das französische und deutsche Proletariat unter den heutigen Umständen eine große Rolle spielen. Zwischen unseren beiden Organisationen muß absolute Einigkeit bestehen. Es ist nötig, daß wir gemeinsam handeln, um die Gefahr zu beschwören. Aus diesem Grunde und weil wir wahrscheinlich offiziell an der sozialistischen und gewerkschaftlichen Demonstration teilnehmen werden, die in Paris am 9. August als Einleitung des Internationalen Kongresses stattfinden soll, schlagen wir vor, daß bei dieser Gelegenheit eine besondere Sitzung der gewerkschaftlichen Vertretung zu diesem Kongreß stattfindet. Diese Konferenz würde unsere Thesen zu präzisieren haben und uns eine größere moralische Macht geben. Sie würde der Arbeiter-Internationale, die lebendiger ist als je, eine größere Autorität geben.

Wir unterbreiten Ihnen diesen Vorschlag, der, glauben wir, angenommen werden kann.

In dieser Erwartung empfangen Sie meinen brüderlichen und internationalen Gruß.

L. Jouhaux.“

Dieser Brief fiel bereits in die Hände der deutschen Militärzensur und wurde erst am 28. September freigegeben. Wie mit diesem Brief, so ging es auch mit fast allen anderen. Öfters mußten sie nicht nur eine Zensur, sondern verschiedene Zensuren passieren; sie wurden wochenlang zurückgehalten und wenn sie den militärischen Stellen nicht paßten, einfach vernichtet. Dadurch wurde vielfach Mißstimmung erzeugt, indem die Vermutung auftauchte, daß die Genossen jenseits der Grenze eine Verbindung ablehnten.

Am 25. August sandte der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Rundschreiben an die Landeszentralen der neutralen Länder, in dem er den Wunsch aussprach, die Verbindung mit diesen aufrecht zu erhalten und über diese neutralen Länder hinweg auch gelegentlich Nachrichten über die Zustände in den Ententeländern zu erhalten und diesen Nachrichten aus Deutschland zukommen zu lassen. Er gab dabei auch eine Darstellung der Verhältnisse in Deutschland, um verschiedenen unzutreffenden Presseäußerungen entgegenzutreten.

Am gleichen Tage übersandte die dänische Landeszentrale eine Mitteilung des Generalsekretärs der englischen „General Federation of Trade Unions“, Appleton, daß er einem Wunsche Legiens entsprechend einem früheren englischen Angestellten des Internationalen Sekretariates das noch rückständige Gehalt ausbezahlt habe. Es heißt dann weiter:

„In herzlichen Worten übermittelt er Ihnen seine Grüße und sendet Ihnen englische Zeitungsauszüge.“

Legien antwortete am 31. August:

„Besten Dank für die Übermittlung des Grußes vom Genossen Appleton. Daß er bereit war, an Mr. A. die restliche Summe zu zahlen, beweist mir, daß Appleton die Situation ebenso auffaßt wie ich, d. h., daß das Verhältnis unter der organisierten Arbeiterschaft durch die unglückseligen Kriegszustände nur vorübergehend beeinträchtigt werden kann. Ich hoffe, von Appleton hierüber bald weiteres zu hören. Es ist unmöglich, direkte Nachrichten aus England zu erhalten, sodaß ich nicht weiß, inwieweit dort der Krieg die gewerkschaftliche Organisation beeinflußt hat.“

Am 1. September schrieb Gompers:

„Ich weiß kaum, wie ich meine Gefühle über diesen schrecklichen, unerhörten Krieg, der den ganzen europäischen Kontinent verwüstet, ausdrücken soll. Ich verstehe sehr wohl, daß die von den Zeitungen in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Berichte nur Stückwerk und scharf zensiert sind und daß es für uns kaum einen Weg gibt, genaue Nachrichten über das, was vorfällt, zu erhalten. Ich kann nur die tiefgefühlte Hoffnung aussprechen — und ich bin überzeugt, das ist die Hoffnung des ganzen amerikanischen Volkes —, daß

40

dieser schreckliche und blutige Krieg recht bald beendet und der Friede wiederhergestellt sein wird. Bitte lassen Sie mich öfters von Ihnen hören.“

Am 25. September schrieb Legien an die belgische Gewerkschaftszentrale:

„Werter Genosse Mertens!

Seit dem plötzlichen Beginn dieses unglücklichen Krieges haben wir oft versucht, mit Ihnen in Verbindung zu treten, aber ohne Erfolg. Ich hoffe indessen, daß Sie mindestens diesen Brief erhalten werden, oder doch einer Ihrer Genossen, sodaß Sie uns dann sobald wie möglich ein Lebenszeichen geben werden.

Selbstverständlich müssen wir in dieser tragischen Stunde unser Möglichstes tun, um die internationalen Verbindungen aufrecht zu erhalten, um Haßgefühle zu zerstreuen oder zu vernichten, welche zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder entstehen könnten, um unsere Internationale zu retten, für welche wir schon so viel Anstrengungen und so viele Opfer gebracht haben. Ich glaube, es ist nicht notwendig, in diesem Augenblicke das, was sich vor unseren Augen abgespielt hat, zu diskutieren; hoffen wir, daß wir dieses recht bald in aller Ruhe tun können. Was mir dagegen für den Augenblick nützlich erscheint, das ist, uns gegenseitig nach Möglichkeit zu ermutigen und zu helfen und die Zukunft der internationalen Gewerkschaftsbewegung wieder vorzubereiten. Das Internationale Bureau funktioniert wieder, wie immer, nur haben wir die Veröffentlichung der „Internationalen Korrespondenz“ einstellen und infolgedessen von den bisherigen zwölf Angestellten acht entlassen müssen, aber ich hoffe, daß dieselben bald wieder angenommen werden können. Diejenigen, welche geblieben sind, erhalten zurzeit die Hälfte ihres üblichen Gehaltes, denn unsere Mittel sind bald erschöpft. Aber in Verbindung sind wir mit allen Ländern mit Ausnahme Frankreichs und Großbritanniens, mit denen wir aber indirekte Verbindungen haben. So sind wir in der Lage, alles zu sammeln und vorzubereiten, was sich auf die jetzige Situation bezieht, wie insbesondere auch die Tätigkeit der Gewerkschaften der verschiedenen Länder. Ich glaube, daß diese Sammlungen einen gewissen Wert nach dem Kriege haben werden und ich wende mich daher an Sie, um Sie zu bitten, uns in dieser Aufgabe beizustehen. Natürlich erhalten wir seit dem 31. Juli kein einziges belgisches Blatt mehr. Ist es möglich, uns eine Sammlung einiger der Blätter zu verschaffen, die Sie als für den genannten Zweck nützlich erachten, und zwar gegen Erstattung der Unkosten natürlich? Ich würde Ihnen dafür sehr dankbar sein. Sie sollten uns auch etwas schreiben über die Lage in Ihrem

41

unglücklichen Lande, sei es, um solches zu veröffentlichen, oder aber, um die besonders interessierten Personen darüber zu unterrichten. Dieses scheint mir umso notwendiger, als wir in der Presse, welche von den Argumenten von Paris und London abhängt, wirklich drollige Geschichten über die Ereignisse in Deutschland lesen, über die Haltung der Sozialisten unseres Landes usw. Gewiß fabriziert man vielerlei Lügen in Kriegszeiten, aber was ich z. B. in italienischen Zeitungen gelesen habe, hätte auch im Mittelalter erfunden werden können. Um uns zu helfen, die Mißverständnisse zu zerstreuen und soweit dies möglich ist, die Arbeiter unserer Länder wieder zusammenzuführen, bitte ich Sie dringend, uns Nachricht zu geben und uns Zeitungen zu senden, Zeitungsausschnitte wie auch anderes, was Sie für uns oder für die Partei nützlich halten. Selbstverständlich würde ich nur zu glücklich sein, Ihnen ähnliche Dienste leisten zu können. Sie brauchen nur anzugeben, was ich für Sie tun kann oder für einen Ihrer Genossen.

In der Hoffnung, Sie wie auch Ihre Genossen recht bald und in guter Gesundheit wieder zu sehen, sende ich Ihnen meine brüderlichen Grüße mit den besten Wünschen für den Frieden.“

Dieser Brief kam erst am 27. Oktober in Brüssel an und wurde am 7. November wie folgt beantwortet:

„Werter Genosse!

Das Bureau der Gewerkschaftsmitglieder, der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften hat von Ihrem Geehrten vom 25. September 1914, welches uns am 27. Oktober zugeht, Notiz genommen; es erachtet es nicht für angebracht, in diesem Augenblick den in Ihrem Brief ausgedrückten Wünschen Rechnung zu tragen.

Genehmigen Sie, werter Genosse, unsere besten Grüße: für das Bureau der Gewerkschaftskommission.

C. Mertens, Sekretär.“

Am 30. September schrieb Gompers einen langen Brief über die Lage in Amerika und die Sorgen, die ihm der Krieg verursachte. Ferner gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß auf die geplante internationale Gewerkschaftskonferenz in San Franzisko verzichtet werden mußte.

„Sie wissen, daß ich mich seit Jahren eifrig für die Abhaltung einer Sitzung des Intern. Sekretariats in den Vereinigten Staaten einsetzte. Schließlich gelang es mir auch, die Annahme der Einladung durchzusetzen: die nächste Konferenz sollte in

San Franzisko tagen. Es war uns darum zu tun, die Vertreter der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder in Amerika zu begrüßen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich auf Grund eigener Beobachtungen ein Urteil zu bilden und einen Kongreß der A. F. of L. an der Arbeit zu sehen. Es lag mir sehr daran, daß sie unsere Industrie, unsere Arbeiter, unsere Bewegung studieren wie auch alles prüfen sollten, was wir getan haben oder planen, und schließlich, daß sie die Gelegenheit haben sollten, die Panama-Ausstellung zu besichtigen. Alle diese Hoffnungen, die so viel zum besseren Verständnis der Bewegung sowie zur Festigung des Wissens und der Gefühle hätten beitragen können, sind nun zusammengebrochen.

Ich verstehe sehr wohl, daß, auch wenn der Krieg vor 1915 zu Ende geht, die in der Arbeiterbewegung aktiv Tätigen in der Heimat gebraucht werden, um wiederaufzubauen, was in der Arbeiterbewegung so jäh zurück- oder auf die Seite geworfen wurde. Aber trotzdem hoffe ich, daß der Krieg bald enden und daß den großen Massen des Volkes für die Lasten, die sie getragen, für die Opfer, die sie gebracht haben, irgend ein Ersatz werden möge.

Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gesundung bald nach dem Ende des Krieges einsetzen möge, eine nützliche, wohltuende Erholung; möge sie der Arbeiterbewegung neue Kräfte und neuen Aufschwung geben! Wir wollen hoffen, daß wir uns dann auch bald wieder darüber einig werden, daß der Internationale Kongreß doch abgehalten wird, und zwar in den Vereinigten Staaten zu einem Zeitpunkt, den die A. F. of L. vorschlagen wird.

In Trauer und doch das Beste erhoffend, sende ich Ihnen und unseren Freunden und Gewerkschaftsgenossen in Deutschland brüderliche Grüße.“

Der früher im Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte schweizerische Genosse A. Graber, der kurz nach Ausbruch des Krieges in seine Heimat zurückgekehrt war, schrieb am 10. September im Einverständnis mit Legien einen Brief an die französische Gewerkschaftszentrale, von dem sich leider bei den Akten keine Kopie befindet, dessen ungefährer Inhalt aber einigermaßen aus einer Antwort zu ersehen ist, die der vorläufige Sekretär der französischen Landeszentrale, A. Merrheim, am 3. Oktober an Graber richtete. Nach einer Schilderung der Entwicklung der Verhältnisse in Frankreich führt Merrheim folgendes aus:

„Wir könnten uns in unserem Schreiben auf diese Feststellungen beschränken. Sie hielten es jedoch für nötig, uns in Ihrem Briefe über die Gefühle der deutschen Arbeiter zu unterrichten, — die, wie Sie sagen — „mit größtem Bedauern gegen Frankreich in den Krieg ziehen“. Ferner fügen Sie bei, „daß Sie sich vom Zarismus bedroht fühlen und befürchten, sein Sieg könnte in Europa im allgemeinen und für die Arbeiterbewegung im besonderen verhängnisvolle Rückwirkungen haben.“

Erlauben Sie mir die Feststellung, daß mit Bedauern im Augenblick wenig getan ist. Es kann die Schrecken der Stunden nicht mildern. Desgleichen kann es sich im Augenblick auch nicht darum handeln, die Verantwortlichkeit der einen oder anderen Seite festzulegen oder abzuschwächen. Für uns zählt die brutale Tatsache, daß auf den Schlachtfeldern Europas täglich Tausende von belgischen, deutschen, englischen, österreichischen und französischen Arbeitern getötet oder verwundet werden, daß sich inmitten gemeinsamer Leiden ihre Angst- und Schmerzensrufe, ihre gräßlichen Klagen und Todesseufzer treffen. Von den Hunderttausenden von Krüppeln und Invaliden, die uns der Krieg hinterlassen wird, will ich noch garnicht sprechen.

Die Leiden aller sind die unsrigen. Wir teilen die nicht zu lindernden Schmerzen und die Trauer ihrer Eltern und Frauen, weil sie unserer Klasse, der Arbeiterklasse angehören. Denn unser Ideal ist, alle vereint zu sehen, die nach dem gleichen Ziele streben: der Befreiung, und zwar nicht durch den Krieg, sondern durch die internationale Organisation des Proletariats der ganzen Welt. Keiner von Ihnen kann für uns ein Feind oder ein Gegner sein oder als solcher erscheinen.

Aus diesem Grunde möchten wir Ihnen zum Ausdruck bringen, daß wir zwischen dem Imperialismus des Kaisers, der mit dem schweren Gewicht des Militarismus die Freiheiten der Arbeiter in Deutschland erdrückt und dem Imperialismus des Zaren, der die Freiheit in St. Petersburg erwürgt, mit dem besten Willen keinen Unterschied sehen können.

Die Freiheiten der Arbeiter sind in beiden Ländern die gleichen, d. h. man weiß von Ihnen beiderorts wenig oder nichts.

Es ist uns nicht klar, welcher Gewinn den deutschen Arbeitern daraus entstehen kann, wenn sie unter Strömen Bluts und mit einem Wall von Leichen den Imperialismus des Kaisers und der deutschen Junker stärken, deren Opfer sie sind und von denen sie jetzt und in Zukunft betrogen werden. Wir sehen auch nicht ein, was sie und mit ihnen die Freiheit Europas verlieren könnten.

Zum Schluß können und wollen wir nur sagen, daß der Französische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei Frankreichs jetzt wie während der früheren Krisen, bei denen unsere Aktion bei der Aufrechterhaltung des Friedens schwer ins Gewicht fiel, alles getan haben, um den Krieg und seine schrecklichen Folgen zu verhüten.

Mit kameradschaftlichen und internationalen Grüßen:
Im Auftrage der Zentralexekutive
der wahrnehmende Sekretär
A. Merrheim.“

Ein weiterer Brief der französischen Gewerkschaftszentrale war an A. Baumeister nach Kopenhagen gerichtet. Auch hier fehlt die Kopie des Baumeisterschen Briefes. Der vom 31. Oktober datierte und von Jouhaux gezeichnete Brief lautet folgendermaßen:

Ich habe den Auftrag, Ihnen im Namen der französischen „Confédération Générale du Travail“ auf Ihr Schreiben vom 23. September zu antworten, daß wir jetzt wie früher der Sache des Internationalismus treu bleiben und daß wir wie früher fest entschlossen sind, die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse zu verwirklichen.

Die tragischen Ereignisse, die wir erleben, haben unser Ideal in keiner Weise erschüttert. Ungeachtet der gegenwärtigen Leiden bleiben wir Vorkämpfer der menschlichen Befreiung. Wir haben auch unsere Pflicht friedliebender Arbeiter erfüllt, indem wir der kommenden Katastrophe und ihren schrecklichen Folgen entgegenarbeiteten.

Leider hing es nicht einzig und allein von uns ab, den Tag der Katastrophe zu verschieben. Als einerseits der Einfall in Luxemburg und Belgien und andererseits der Überfall unseres Landes zur Tatsache geworden war, konnten wir in einem Kampfe, bei dem das Recht der kleineren Völker, die Existenz unseres Landes und die Zukunft der Demokratie auf dem Spiele standen, nicht teilnahmslose Zuschauer bleiben.

Wir waren stets Gegner des Militarismus. In dieser schrecklichen Stunde war es uns nun deutlicher als je, daß der deutsche Militarismus eine Gefahr ist, die wir bekämpfen müssen und daß der preußische Militarismus, in demselben Maße wie der russische, ein schlechtes Prinzip ist, dessen Verschwinden den Weltfrieden bringen muß.

Von keiner Eroberungslust beseelt sind die Unsrigen ins Feld gezogen mit der Hoffnung im Herzen, daß ihre Opfer keine unnützen sein werden und daß dieser Krieg der letzte sein kann, wenn am Schlusse, nachdem jedes Volk in seinem eigenen

Lande seine demokratische Pflicht erfüllt hat, die Vereinigten Staaten Europas zustande kommen.

Da wir völlig davon in Anspruch genommen sind, das Elend der Unrigen zu erleichtern, wollen wir in dieser Stunde keine Diskussion über Verantwortungen einleiten. Ohne Zweifel wird man es uns nicht verübeln, wenn wir immerhin bemerken, daß der Aufruf der deutschen Intelligenz, in dem erklärt wird, daß die deutsche Kultur sich auf die Militärgewalt stütze und die Vernichtung von Löwen rechtfertigt, eine der Zivilisation unwürdige Tat ist.

Es steht uns natürlich ferne, das deutsche Volk für diese bestialischen Hirngespinnste verantwortlich zu machen. Wir haben nicht vergessen, wie enthusiastisch das Proletariat war am Tage der internationalen Versammlung im Saale „Neue Welt“. Wir haben kein anderes Streben, als ihm im Kampfe um die Freiheit, für die es sich schon früher einsetzte, nach Möglichkeit beizustehen.

Zum Schlusse geben wir der Ansicht Ausdruck, daß die rasche Lösung des Konfliktes nicht durch Wehklagen über das schon Geschehene, sondern durch die Wirksamkeit der den antidemokratischen Prinzipien unterjochten Massen herbeigeführt werden kann. Es sind die demokratischen Prinzipien, die uns in der Zukunft als Wegweiser dienen müssen.

Wir haben es nicht unterlassen wollen, diese Gefühle auszusprechen, um den Behauptungen jener entgegenzutreten, die über die Aufteilung Deutschlands und die Ausrottung der deutschen Nation sprechen.

Mit unserem brüderlichen Gruß
für die Confédération Générale du Travail:
der Sekretär L. Jouhaux.“

Dem Briefe war noch hinzugefügt, daß der Inhalt entweder vollständig oder überhaupt nicht veröffentlicht werden möge, da sonst Anlaß zu neuen Reibungen entstehen könnten.

Am 6. November schreibt Appleton im Namen der englischen „General Federation of Trade Union“:

„Mein lieber Legien!

Ich weiß nicht, ob meine letzten Briefe Sie erreicht haben. Alle Briefe werden sogar auf dieser Seite von der Zensur geprüft, und es gibt unter den von der Zensur beschäftigten Leuten recht unintelligente.

Zurzeit werden über die Behandlung deutscher Zivilgefangener hier haarsträubende Geschichten erzählt. Es wurde mir versichert, daß jede dieser Geschichten geprüft sei, und

ich wurde gebeten, beim Minister des Innern dieserhalb vorstellig zu werden. Die Erzählungen machten Eindruck auf mich und veranlaßten mich, sofort eine persönliche Untersuchung vorzunehmen und zu diesem Zweck alle andere Arbeit auf die Seite zu legen.“

Appleton schildert dann eine Anzahl Behauptungen, die ihm unterbreitet wurden, und fährt fort:

„Diese verrucht dummen Geschichten müssen die Gefühle auf beiden Seiten erbittern, und ich beabsichtige, um die Erlaubnis einzukommen, einige der Herren zu besuchen, um persönlich den wirklichen Stand der Dinge zu prüfen. Wenn Sie dies auf Ihrer Seite auch tun könnten, so würden wir in der Lage sein, nicht nur die Wahrheit zu erforschen, sondern auch das Schicksal jener zu verbessern, deren einzige Schuld ihre Nationalität ist.“

Am 13. September schrieb der Sekretär der kroatischen Landeszentrale, V. Bukšeg, einen langen Brief an Legien, in dem es u. a. heißt:

„Eine der peinlichsten Auswirkungen des Krieges ist diejenige auf die sozialistische Internationale, bei der sich die Frage stellt, ob sie überhaupt noch besteht. Noch schwerer für die Arbeiterbewegung ist der chauvinistische Geist, der nun in hellen Flammen emporlodert und die Schuld den Deutschen zuschreibt, weil sie sich in die serbisch-österreichische Angelegenheit hineingemengt haben. Ich glaube, daß nicht nur zwischen den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder unliebsame Erörterungen stattfinden werden, sondern daß diese auch in die Parteien hineingetragen werden. Dies sind keine schönen Aussichten für die Zukunft. Hoffentlich wird die Gewerkschaftsbewegung nicht direkt in diesen Streit hineingezogen werden.“

Darauf antwortete Legien am 28. November:

„Aus dem Zirkular, das ich in der vorigen Woche an die Landeszentralen richtete, wirst Du ersehen haben, daß das freundschaftliche Verhältnis selbst unter den gewerkschaftlichen Zentralen der Länder, die mit Deutschland im Kriege stehen, nicht vollständig geschwunden ist. Ich hoffe, daß auch für die schwere Zeit, die uns jedenfalls noch bevorsteht, eine Aenderung in diesem Verhältnis nicht eintreten wird und daß wir bald nach Abschluß dieses fürchterlichen Krieges gemeinsam unsere Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse wieder aufnehmen können.“

Am 30. November schrieb Legien an Jouhaux:

Lieber Jouhaux!

Ihren an den Genossen Baumeister gerichteten Brief sowie auch das Schreiben des Genossen Merrheim an den Genossen Graber habe ich erhalten. Sowohl Baumeister als auch Graber haben mit meinem Einverständnis an Sie geschrieben. Nur der Umstand, daß in der Zeit, in der diese Briefe abgesandt wurden, die Postverbindung zwischen unseren Ländern nicht funktionierte, gab Veranlassung, in der gewählten Form Schreiben an Sie gelangen zu lassen.

Sie können überzeugt sein, daß genau dieselben Auffassungen, die Sie in Ihrem Schreiben vom 31. Oktober zum Ausdruck bringen, auch bei der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands vorhanden sind.

Wir verstehen es vollständig, daß die Arbeiterschaft Frankreichs genau wie die Deutschlands in dieser kritischen Zeit bestrebt ist, das Beste des eigenen Landes anzustreben. Wir verdenken es unseren organisierten Genossen in Frankreich nicht, daß sie dies tun, wie ich nach Ihrem Schreiben wohl annehmen kann, daß auch Ihrerseits wegen des gleichen Bestrebens uns keine Vorwürfe gemacht werden. Wir haben bis zum Ausbruch des Krieges alles getan, was in unserer Macht stand, um den Nationen Europas diese fürchterliche Katastrophe zu ersparen. Daß wir nicht stark genug waren, das Unglück zu verhindern, ist bedauerlich, aber sicher nicht unsere Schuld.

Es wird mir nicht möglich sein, so gerne ich die von Ihnen ausgesprochenen Gedanken der Arbeiterklasse zur Kenntnis bringen möchte, Ihr Schreiben in vollem Wortlaut zu veröffentlichen. Da Sie nämlich ausdrücklich verlangen, daß im Falle einer Veröffentlichung der Wortlaut vollständig wiedergegeben wird, so muß ich zunächst von einer Veröffentlichung absehen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, diese meiner Ueberzeugung nach sehr wertvollen Mitteilungen insoweit in unserer Arbeiterpresse zu veröffentlichen, daß diejenigen Stellen, die bei unseren Zensurverhältnissen, die so ziemlich die gleichen sind, wie in Ihrem Lande, nicht passieren können, fortfallen, werde ich sehr gerne durch Ihr Schreiben den Beweis liefern, daß die Auffassungen über die Notwendigkeit der internationalen Verbindungen bei den gewerkschaftlichen Organisationen Ihres Landes die gleichen sind wie bei uns.

Welche Maßnahmen getroffen worden sind, um auch während dieser schrecklichen Zeit die Internationalität der Arbeiterbewegung nicht ganz verschwinden zu lassen, werden Sie durch mein letztes Zirkular erfahren haben.

Ich hoffe, von Ihnen bald wieder Nachricht zu erhalten und bin überzeugt, daß, wenn auch die beiden Nationen sich jetzt feindselig gegenüberstehen, dies nicht entscheidend für das Verhältnis der beiden Länder und auch nicht für unser persönliches Verhältnis sein wird. Ich bin der Überzeugung, daß wir uns nach Beendigung dieses fürchterlichen Krieges bald wieder zur gemeinsamen Arbeit, zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, zusammenfinden können.

Mit brüderlichem Gruß!

In ähnlicher freundschaftlicher Weise schrieb Legien am 5. Dezember an Appleton.

Dies ist in den Hauptzügen der Briefwechsel des ersten Kriegsjahres zwischen dem Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zugleich Vorsitzender der deutschen Gewerkschaften war, und den Gewerkschaftszentralen derjenigen Länder, mit denen Deutschland sich im Kriege befand. Jedermann muß anerkennen, daß die Gefühle, die hier zum Ausdruck gebracht wurden, fernab von jeder Kriegsbegeisterung und jedem kleinlichen Haß sind und daß die Gewerkschaften ein Recht darauf haben, sich der Stellung ihrer berufenen Vertreter zu freuen. Wenn im weiteren Verlauf des Krieges auch andere Worte gehört wurden, und zwar meistens von weniger berufenen Personen, so hängt dies auch damit zusammen, daß die Kriegshetze der Presse in allen Ländern die Luft verpestete und daß nicht nur persönliche Aussprachen, sondern auch geregelter schriftlicher Verkehr durch die kriegführenden Mächte unmöglich gemacht wurden.

Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Von der Begründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1901 bis zur Internationalen Konferenz des Jahres 1913 war noch niemals der Gedanke aufgetaucht, den Sitz des Bundes aus Deutschland zu verlegen. Daß nach Ausbruch des Krieges von der einen oder anderen Seite eine solche Anregung kommen würde, war vorauszusehen. Der Antrag, den Sitz nicht nach einem neutralen Lande, sondern von Berlin nach London zu verlegen, mußte jedoch Verwunderung erregen.

Oudegeest, damals Vorsitzender der holländischen Gewerkschaftszentrale, schreibt am 30. September 1914 an Legien:

„Leider sind jetzt die internationalen Verbindungen zerstört, und wir fürchten, daß der Krieg den gegenseitigen Haß auch zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder anfeuern wird.

Schon haben wir Briefe erhalten von der Nationalen Transportarbeiter-Föderation in England, in denen beantragt wird, den Sitz der Internationalen Föderation von Berlin nach London zu bringen. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß die holländischen Organisationen damit garnicht einverstanden sind. Wohl aber sind wir der Meinung, daß es notwendig sein wird, die internationalen Sekretariate vorläufig in ein neutrales Land zu verlegen. Wir erachten dies als einziges Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Internationale.“

Hierzu nahm Legien in einem Briefe vom 7. Oktober an Oudegeest folgendermaßen Stellung:

„Über Deinen Vorschlag, die Sitze der Internationalen Vereinigungen nach einem neutralen Lande zu verlegen, habe ich mit meinen Kollegen in der Generalkommission des näheren Rücksprache genommen. Wir sind einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß eine solche Sitzverlegung ohne praktische Bedeutung sein würde.

Irgendwelche praktische Tätigkeit können die internationalen Sekretariate zurzeit nicht ausüben. Es kann sich höchstens darum handeln, die internationale Verbindung nicht ganz eingehen zu lassen und durch gegenseitige freundschaftliche Berichterstattung aufrecht zu erhalten. Dies kann unseres Erachtens genau so, wie es bisher geschehen ist, auch während der Kriegszeit von Deutschland aus erfolgen, soweit internationale Sekretariate hier ihren Sitz haben.

Nach allem, was aus Deutschland in dieser Weise berichtet worden ist, sowie nach dem Verhalten unserer Arbeiterpresse, die jetzt regelmäßig in das neutrale Ausland kommt, dürfte sich unverkennbar ergeben, daß unsere organisierte Arbeiterschaft in Deutschland weit von chauvinistischen Anwandlungen entfernt ist. Wir nehmen das Unglück des Krieges als etwas Unabwendbares hin und müssen selbstverständlich, wie die Dinge einmal liegen, auch alles daran setzen, daß er zu einem für Deutschland günstigen Ende geführt wird. Dabei fühlen wir uns frei von Haß oder Verachtung gegenüber unsern Arbeitsgenossen auch in den Ländern, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befinden. Unter diesen Umständen glauben wir auch der Internationale völlig gerecht werden zu können, sodaß eine Verlegung der Sekretariate nicht erforder-

lich erscheint. Jedenfalls müßten wir damit noch einige Zeit warten, sowie auch die Meinung der angeschlossenen Organisationen einholen. Soweit der Internationale Gewerkschaftsbund in Frage kommt, ist, obgleich ich in der angegebenen Weise mit fast allen Landeszentralen in Korrespondenz stehe, noch von keiner Seite eine Andeutung über die Verlegung des Sitzes gemacht worden.“

Am 23. November versandte Legien in dieser Angelegenheit an die angeschlossenen Landeszentralen nachstehendes Zirkular:

„Werte Genossen!

Von der Landeszentrale der Niederlande ist angeregt worden, für den Internationalen Gewerkschaftsbund während der Kriegszeit eine Korrespondenzadresse in einem neutralen Lande einzurichten, damit die Verbindung zwischen den Gewerkschaften der am Kriege beteiligten Staaten nicht vollständig verloren geht.

Die internationale Korrespondenz wird sich in dieser Zeit nur auf allgemeine Mitteilungen erstrecken können, weil von einer Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten jetzt wohl kaum die Rede sein kann. Nun habe ich während der Dauer des Krieges sowohl Zuschriften von dem Genossen Jouhau, als auch von dem Genossen Appleton erhalten. Die Verbindung mit den Zentralen dieser im Kriege mit Deutschland befindlichen Länder ist somit nicht vollständig unterbrochen. Die Meinung der Vertreter der Gewerkschaften in Frankreich und England ist die gleiche wie die der Gewerkschaftsvertreter in Deutschland. Sie geht dahin, daß dieser Krieg bis zum bitteren Ende ausgefochten werden muß. Allerdings sind die Voraussetzungen, auf die sich diese Meinung gründet, sehr voneinander abweichend. Die Richtigkeit dieser Voraussetzungen zu untersuchen, ist gegenwärtig nicht angebracht.

Wenn die Vorsitzenden der Landeszentralen, so wie ich, Gelegenheit haben, die Arbeiterpresse aller Länder fortlaufend zu verfolgen, so werden sie zugeben müssen, daß die Arbeiterpresse Deutschlands, abgesehen von wenigen Entgleisungen, die auch wir nicht völlig verhindern können, allgemein bemüht ist, die Tatsachen objektiv zu würdigen. Ob mein Urteil richtig oder dadurch getrübt ist, daß ich in Deutschland wohne, möge an Hand der Arbeiterpresse der kriegführenden Länder geprüft werden. Die Prüfung dürfte ergeben, daß ein Grund zum Mißtrauen gegen die in Deutschland befindliche Leitung der gewerkschaftlichen Internationale kaum vorliegen kann.

Trotzdem erscheint es mir praktisch, der Anregung der Landeszentrale der Niederlande Folge zu leisten. Bei dem

Mangel einer Postverbindung zwischen den im Kriege befindlichen Ländern dürften wertvolle Materialien verloren gehen, die für die Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit und beim Wiederaufbau unserer internationalen gewerkschaftlichen Organisation von äußerster Wichtigkeit sein können.

Genosse Oudegeest, der zu einer Verhandlung betr. die internationale Transportarbeiter-Organisation in Berlin war, hat sich bereit erklärt, die Korrespondenzadresse für den Internationalen Gewerkschaftsbund zu übernehmen.

Ich bitte die gewerkschaftlichen Landeszentralen in den Ländern, die sich mit Deutschland im Kriege befinden, ihre Materialien und Korrespondenzen von jetzt ab senden zu wollen an:

C. Legien, per Adresse Oudegeest, Reguliersgracht 80,
Amsterdam.

Die Landeszentralen in den neutralen Ländern wollen die Materialien und Korrespondenzen an die alte Adresse des Internationalen Gewerkschaftsbundes richten:

C. Legien.“

Bei dieser Regelung ist es denn auch bis zum Internationalen Kongreß des Jahres 1919 geblieben. Der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes blieb nach wie vor Berlin, während die Korrespondenz mit den Gewerkschaften der Entente-Länder über Amsterdam geführt wurde.

Unterstützungsaktion für Belgien

Am 9. Dezember 1914 sandte Oudegeest im Namen der holländischen Landeszentrale einen Brief an Legien, in dem eine internationale Unterstützungsaktion für die belgische Arbeiterschaft angeregt wurde. Nach einer Schilderung der Verhältnisse, wie sie in Belgien während der deutschen Besetzung entstanden waren sowie Angaben über die unerträgliche Lage der belgischen Arbeiterschaft fährt Oudegeest fort:

„Unter normalen Umständen würden wir nichts Eiligeres zu tun haben, als Dich zu bitten, diesen Aufruf zu erlassen, da Du als Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes dazu die angewiesene Instanz bist. Unter den heutigen Verhältnissen jedoch herrscht, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, unter den Belgiern eine Stimmung, die

es ihnen unmöglich macht, die so hoch nötige Hilfe vermittels des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu erbitten. Wir wollen unsererseits nicht in eine Beurteilung dieser Stimmung und ihrer Veranlassung treten, beschränken uns lediglich darauf, Dir mitzuteilen, daß wir uns diese Stimmung erklären können.

Im Interesse der belgischen Gewerkschaftsbewegung und vor allem auch im Interesse der Zukunft unserer Internationale bitten wir Dich, dieser Stimmung auch Deinerseits Rechnung tragen zu wollen. Wir haben volles Vertrauen in Deine Kenntnis der Verhältnisse und Personen und erwarten, daß Du nach dieser Auseinandersetzung unsere Schritte zugunsten der belgischen Kameraden und zugleich zur Aufrechterhaltung der Internationale begreiflich finden und nicht verhindern wirst. Wir haben uns veranlaßt gefühlt, die Initiative dazu zu ergreifen, nachdem uns erst ausführliche Informationen zugegangen sind über die elenden Verhältnisse, in denen die belgischen Arbeiter leben und über die Stimmung, welche bei ihnen bezüglich der Internationale herrscht.“

Legien erklärte sich sofort mit der holländischen Anregung einverstanden; auch er war der Meinung, daß der Aufruf von neutraler Seite kommen müsse. Es wurde dann an die angeschlossenen Landeszentralen folgender Aufruf versandt:

„Nederlandsch Verbond van Vakverenigingen“
(Niederländischer Gewerkschaftsbund)

Amsterdam, Dezember 1914.

An die gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Werte Genossen!

Es sind bereits mehr als vier Monate verflossen, seit das belgische Volk wider seinen Willen in den Krieg gezogen worden ist, der den größten Teil Europas in Flammen gesetzt hat. Es sind mehr als vier Monate, seit der Krieg mit seinen Schrecken das wirtschaftliche Leben des genannten Landes vollständig gelähmt und das ganze Volk und in erster Linie die Arbeiter ins tiefste Elend gestürzt hat.

Wir glauben, daß es sich erübrigt, Ihnen die allgemeine Sachlage in dem vom Kriege heimgesuchten Lande zu schildern. Aus der Tagespresse Ihres eigenen Landes werden Sie dieselbe ersehen haben.

Dagegen erscheint es uns umso erwünschter, Ihre Aufmerksamkeit auf die Folgen zu lenken, welche der Krieg für die belgische Arbeiterklasse hat.

Vom ersten Tage der Feindseligkeiten an ist in allen Fabriken und Werkstätten die Arbeit eingestellt worden, wo-

durch die Arbeiter, welche nicht zur Verteidigung Ihres Landes unter die Fahnen gerufen wurden, samt ihren Familien zur vollständigen Arbeitslosigkeit verurteilt worden sind.

Ein Stück des Landes nach dem andern ist erobert und von den deutschen Truppen besetzt worden. Überall, wo Schlachten und Gefechte stattfanden, mußten die Arbeiter ihre Wohnungen verlassen und waren sie gezwungen, in eine andere Stadt oder in eine andere Gegend zu flüchten, voller Angst des Augenblicks gewärtig, wo sie von neuem würden fliehen und wieder einen anderen Schutzort suchen müssen.

Es ist deutlich, daß die Arbeitslosigkeit unter diesen Umständen einen solchen Umfang erreichen mußte, daß die Gewerkschaften ihr machtlos gegenüberstehen und außerstande sind, ihr Elend nennenswert zu lindern.

In allen öffentlichen Körperschaften, in denen die Arbeiter ihre Vertreter haben, ist zwar das Nötige angeregt und auch getan worden, um, soweit es möglich ist, für die Ernährung der unglücklichen, halb verhungerten Bevölkerung zu sorgen. Es sind in bescheidenem Maße die allernötigsten Lebensmittel verabreicht worden und hie und da auch kleine Unterstützungen in Geld.

Dies alles genügt jedoch in keiner Weise, um die Arbeiter und ihre Frauen und Kinder zu ernähren. Überall herrscht das grausamste Elend, das noch größer zu werden droht, da der Winter jetzt unmittelbar vor der Türe steht.

Die belgischen Gewerkschaften, die alles daran gesetzt haben, um ihre Organisationen vor gänzlicher Vernichtung zu bewahren, haben das äußerste getan, um ihre Mitglieder in diesen ernsten und tragischen Verhältnissen zu unterstützen. Aber alles hat seine Grenzen: die Mittel der belgischen Gewerkschaften sind völlig erschöpft.

Die gewerkschaftliche Landeszentrale Hollands hat nach sorgfältiger Prüfung der traurigen Sachlage den Beschluß gefaßt, zugunsten der belgischen Genossen an die Klassensolidarität der internationalen Arbeiterschaft zu appellieren. Wir haben uns zu diesem Zweck mit der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Vorsitzender Karl Legien in Berlin) in Verbindung gesetzt, dem wir unsere Absicht mitgeteilt haben und von dem wir Nachricht erhielten, daß er unsere Schritte zur Kenntnis genommen habe.

Wir erlauben uns deshalb, werte Genossen, uns jetzt an Ihre Organisation zu wenden, mit der Bitte, den belgischen Gewerkschaften, die augenblicklich so ernste und schwere Zeiten durchmachen, Ihre Hilfe angedeihen zu lassen.

Wir bitten Sie, beachten zu wollen, daß unsere belgischen Freunde ohne ihr Verschulden in die heutigen, traurigen Ver-

hältnisse geraten sind. Wir hoffen, daß Sie alles tun werden, was Sie vermögen, um der belgischen Arbeiterklasse zu helfen, die nichts anderes wünscht, als ruhig weiterzuarbeiten an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und der Er kämpfung der sozialen Befreiung.

Wir bitten Sie, uns Ihre Beiträge, die wir der belgischen Gewerkschaftszentrale übermitteln werden, baldigst zukommen zu lassen. Wir sagen Ihnen im voraus besten Dank und begrüßen Sie in Erwartung Ihrer baldigen Rückantwort, mit brüderlichem Gruße,

Für die gewerkschaftliche Landeszentrale Hollands:
J. Oudegeest.“

Es ergaben sich in der Folge gewisse Zweifel darüber, ob die belgischen Gewerkschaften bereit sein würden, aus Deutschland und Österreich kommende Gelder anzunehmen. Über diese Frage fand zwischen Legien und Oudegeest eine Aussprache statt, wobei Oudegeest den Standpunkt vertrat, daß Verhandlungen mit Belgien nicht angebracht wären, daß sich aber jedenfalls später eine Einigung erzielen lassen würde. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschloß denn auch die Einleitung von Sammlungen. In einem Zirkular an die Verbandsvorstände wies sie auf die vorliegenden Schwierigkeiten hin und bemerkte dazu:

„Trotz dieser Bedenken beschloß die Generalkommission, den Verbänden zu empfehlen, nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren, weil dies für die spätere Zeit von sehr großer Bedeutung sein wird. Es kann keinen besseren Beweis für die Unsinnigkeit der Behauptung geben, daß die organisierten Arbeiter Deutschlands alles gutheißen, was seitens der Reichsregierung aus militärischen Gründen gegenüber Belgien getan wird, als wenn die Gewerkschaften Deutschlands das durch den Krieg in Belgien entstandene Elend zu mildern suchen. Die Arbeiter aller Länder werden nach Abschluß des Krieges genau so wie vorher in ihren wirtschaftlichen Aktionen aufeinander angewiesen sein. Die Arbeiterschaft Deutschlands hat nichts von dem, was sie in der Kriegszeit getan hat, gegenüber den Arbeitern anderer Länder zu entschuldigen. Sie hat aber andererseits alles zu tun, was dazu angetan ist, das frühere gute Einvernehmen unter der Arbeiterschaft bald wieder herzustellen. Dazu dürfte die Gewährung einer Unterstützung für Belgien von nicht zu unterschätzendem Wert sein.“

Weitere Entwicklung, Konferenzen in Leeds und Stockholm

Aus dem Jahre 1915 und den folgenden Jahren liegt ebenfalls ein interessanter Briefwechsel zwischen dem Internationalen Sekretär und der holländischen Nebenstelle auf der einen und den Landeszentralen auf der anderen Seite vor. Es würde jedoch zu weit führen, diese Schreiben auch nur auszugsweise wiederzugeben. Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Stimmung immer schlechter und die Gegensätze immer größer wurden, obgleich die freundschaftliche Form der Briefe zunächst gewahrt blieb. Es wird ausreichend sein, wenn hier anhand des veröffentlichten Berichtes des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Ereignisse bis zum Zusammentritt der Gewerkschaftskonferenz 1917 in Bern kurz berichtet wird.

Die Errichtung der Nebenstelle in Holland erschien den französischen und englischen Landeszentralen auf die Dauer nicht ausreichend. Sie schlugen zu Beginn des Jahres 1915 vor, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein neutrales Land (Bern, Schweiz) zu verlegen und unterbreiteten diesen Vorschlag dem Präsidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der ihn am 4. März 1915 an den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes weiterleitete. So persönlich freundschaftlich wie das Schreiben des ersteren sollte auch die Antwort des letzteren ausfallen. Ehe diese erfolgte, veröffentlichte jedoch das Zentralorgan des Gewerkschaftsbundes Englands die in der Sache geführte Korrespondenz. Damit erhielt die Angelegenheit einen offiziellen Charakter. Der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes sah sich deshalb veranlaßt, die Landeszentrale der Niederlande zu ersuchen, eine internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen einzuberufen, die über die weitere Gestaltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschließen sollte.

Die Landeszentrale der Niederlande, mit der mündlich über die Einberufung der Konferenz in Amsterdam verhandelt

wurde, riet von dieser ab und wollte zunächst mit den Landeszentralen von England und Frankreich eine Verständigung herbeiführen.

Am 14. Mai 1915 versandte die „General Federation of Trade Unions“ ein von den Genossen Jouhaux und Appleton unterzeichnetes Rundschreiben an die Landeszentralen, in dem diese ersucht wurden, der „General Federation of Trade Unions“ ihre Meinung über die eventuelle Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitzuteilen. Da das Ergebnis dieser Rundfrage einer Abstimmung über die Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes gleichkam, über diese aber nur auf einer internationalen Konferenz Beschluß gefaßt werden darf, wurde die Landeszentrale der Niederlande veranlaßt, eine internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen.

Die meisten der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen erklärte hierauf, daß sie eine internationale Konferenz nicht für notwendig hielten, weil sie nicht wünschten, daß während des Krieges irgendwelche Änderungen eintreten. Damit war die Angelegenheit erledigt.

Am 5. Juli 1916 tagte in Leeds (England) eine Gewerkschaftskonferenz, an der Vertreter der Landeszentralen von England und Frankreich und Delegierte aus Belgien und Italien teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurden gewerkschaftliche Forderungen für den Friedensvertrag beschlossen. Diese wurden vom Französischen Gewerkschaftsbund (C. G. T.) den Landeszentralen mit dem Ersuchen übermittelt, Abänderungen oder Ergänzungen an die C. G. T. zu senden. Ferner wurde beschlossen, für die Dauer des Krieges in Paris ein internationales Korrespondenzbüro einzurichten.

Der Vorgang veranlaßte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch Rundschreiben vom 4. Okt. 1916 zum 11. Dezember 1916 nach Bern (Schweiz) eine internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen. Die Einberufung wurde durch Rundschreiben vom 12. November 1916 zurückgezogen, nachdem eine skandinavische Gewerkschaftskonferenz in Kopenhagen folgenden Beschluß gefaßt hatte:

„Da es unter den zurzeit herrschenden Umständen als schwierig angesehen werden muß, eine internationale gewerkschaftliche Konferenz mit wünschenswerter Vertretung zusammen zu bringen, da ferner verschiedene Fragen noch nicht vorbereitet sind, die auf einer Konferenz behandelt werden müßten, beschließen die am 10. und 11. November in Kopenhagen tagenden Vertreter der skandinavischen Landesorganisationen nach eingehender Beratung der Sache mit einem Vertreter des Internationalen Sekretariats dieses aufzufordern, die auf den 11. Dezember nach Bern einberufene Konferenz zu vertagen.

Zu einem späteren Zeitpunkt, d. h. wenn die Verhältnisse sich so geändert haben, daß größere Aussicht auf eine allgemeine Beteiligung besteht, sollte eine Konferenz einberufen werden, auf der ebenfalls die Frage der Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei dem kommenden Friedensschluß zur Erörterung gelangen könnten.“

Die von der Konferenz in Leeds beschlossenen Forderungen wurden vom Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes durchgearbeitet und ergänzt. Das Material, das im Februar 1917 fertiggestellt war, konnte jedoch infolge der Verschärfung des Kriegszustandes nicht versandt werden.

Auf dem Kongreß der Gewerkschaften Frankreichs, Weihnachten 1916, erklärten deren Vertreter, daß sie eine vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund in der Schweiz einzuberufende Konferenz beschicken würden. Alle Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund zahlten, erklärten sich mit der Einberufung durch die Schweiz einverstanden. Daraufhin wandte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund am 28. März 1917 an die Landeszentralen von Amerika, Belgien, England, Frankreich, Italien und Spanien mit dem Ersuchen, sich für die Teilnahme an einer von ihm einzuberufenden internationalen Gewerkschaftskonferenz zu entscheiden.

Während diese Verhandlungen schwebten, wurde die Absicht der Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz am 10. Juni 1917 in Stockholm bekannt. Da diese Konferenz für den Frieden wirken sollte, erschien es notwendig, ihr auch die gewerkschaftlichen Friedensforderungen zu unterbreiten, die jedoch zunächst auf einer Gewerkschaftskonferenz

beraten werden mußten. Nachdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund erklärt hatte, die Einberufung nicht übernehmen zu können, wurde deshalb von der Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam für den 8. Juni 1917 eine solche Besprechung in Stockholm anberaumt.

Auf dieser Konferenz waren Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Österreich, Norwegen, Schweden und Ungarn vertreten. Die Gewerkschaften der Entente-Länder, die an der Konferenz in Leeds teilgenommen hatten, fehlten. Es wurde die Vermutung geäußert, daß die Einladungsschreiben in die Hände der Zensur gefallen und den betreffenden Landeszentralen nicht zugestellt wurden.

Der Vorsitzende, Lindquist, machte zu Beginn der Konferenz im Einverständnis mit Legien den Vorschlag, auf eine Behandlung der teils von der Leeder Konferenz und teils von der internationalen Gewerkschaftszentrale vorliegenden sozialpolitischen Forderungen zu verzichten und sich auf die Vorbereitung einer neuen Konferenz zu beschränken, zu der alle Länder Delegierte entsenden konnten. Die Konferenz erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und beschloß nach eingehender Beratung folgende von allen Delegierten unterschriebene „Einladung zu einer allgemeinen gewerkschaftlichen Konferenz“:

„Die am 8. Juni 1917 in Stockholm abgehaltene Internationale gewerkschaftliche Konferenz, zu der die Gewerkschaften von Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien Vertreter entsandt haben, hat das Programm der Gewerkschaftskonferenz in Leeds vom Juli 1916 und den Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis genommen.

Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung usw. als eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages.

Da die Arbeiterklasse der ganzen Welt an diesen Fragen in hohem Maße interessiert ist, hält es die Konferenz nicht für zweckmäßig, jetzt in die endgültige Beratung derselben einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme möglich

ist. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse in allen Ländern wird hiermit eingeladen, an diese Konferenz Vertreter abzuordnen. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu dieser neuen Konferenz nicht den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zufolge nur drei Delegierte von jedem Lande entsandt werden, sondern daß die einzelnen Länder Gelegenheit haben, bis zu 10 Delegierte zu entsenden, jedoch unter Aufrechterhaltung der Bestimmung, daß bei Abstimmungen jedes Land nur eine Stimme hat.

Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft von Vertretern der organisierten Arbeiter der ganzen Welt für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

Zu lange schon hat der Krieg die Arbeiterschaft international getrennt. Sie auf dem Boden des Kampfes für Arbeiterrecht und Arbeiterschutz wieder zu einigen, ist eine hohe Pflicht, an deren Erfüllung wir gemeinsam arbeiten müssen.“

Die Stockholmer Konferenz hatte keine Veranlassung, und auch nicht die Absicht, gegenüber der Konferenz in Leeds eine ablehnende Haltung einzunehmen. Um dies auch nach außen hin festzustellen, wurde beschlossen, an Jouhaux nachstehendes Telegramm zu senden:

„Die Konferenz, die sich aus Vertretern der Landesorganisationen in Österreich, Ungarn, Deutschland, Bulgarien, Finnland, Norwegen, Dänemark, Schweden und der Filiale des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Holland zusammensetzt, begrüßt die Leeder Beschlüsse vom Juli 1916 als eine bedeutungsvolle Anregung für die Interessen der organisierten Arbeiter aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen des guten Willens, die durch den Krieg eingetretene Trennung der Arbeiter zu beseitigen. Die Konferenz erachtet es als ihre Pflicht, diese Anerkennung auszusprechen und ersucht um die Weitersendung dieser Mitteilung an die Organisationen, die in Leeds vertreten waren.“

Legien teilte noch mit, daß er einem früheren Auftrag entsprechend einen Entwurf zur Reorganisierung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausgearbeitet habe, daß er es aber für besser halte, die Beratung dieses Entwurfes bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen. Dem wurde zugestimmt. Aus dem Legien'schen Entwurf wurden bei der Beratung der neuen Satzungen auf dem Internationalen Kongreß des Jahres 1919 eine Anzahl Bestimmungen übernommen.

Internationale Konferenz im Jahre 1917 in Bern

Diese Konferenz wurde am 30. Juni 1917 durch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund einberufen, und zwar im Einverständnis mit Legien nicht wie in Stockholm beschlossen zum 17. September, sondern zum 1. Oktober. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Konstitution und Sitz des I. G. B.; 2. Die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß. Die Behandlung politischer Fragen sollte ausgeschlossen sein. Jedes Land hatte das Recht, bis zu zehn Delegierte zu entsenden.

Welche Länder vertreten waren, geht aus der beigefügten Tabelle hervor. Die französische Landeszentrale hatte den Wunsch, an der Konferenz teilzunehmen, konnte aber niemanden entsenden, da die französische Regierung die Pässe verweigerte. Die Italiener waren zum Kommen bereit, falls sich alle Länder mit der Einberufung einverstanden erklärten. Die belgischen und englischen Gewerkschaften lehnten die Teilnahme in schroffer Weise ab. Letztere beriefen sich dabei auf die Beschlüsse einer Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften der Ententemächte, die am 10. und 11. September in London stattgefunden hatte. Die Haltung der Belgier und Engländer gab zu einer langen Aussprache Veranlassung, wobei man sich besonders gegen das englische Schreiben wandte, während das Fernbleiben von Belgien von einzelnen Delegierten entschuldigt wurde. Die ursprünglich von Ungarn eingebrachte scharfe Resolution wurde im Laufe der Verhandlungen immer milder und gelangte schließlich in nachstehender Form zur Annahme:

„Die Internationale Konferenz bedauert sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht wurde, in Bern zu erscheinen.

Sie nimmt Kenntnis vom Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale, durch das diese das Fernbleiben ihrer Vertreter begründet.

Diese Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz erscheint ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Besprechungen und den Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz betrachtet sich nicht als kompetent, über die Frage der Mitschuld der

Völker und ihrer Regierungen am Kriege und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen und geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale zur Tagesordnung über, indem sie dem heißen Wunsche Ausdruck gibt, es möchten in allen Ländern Führer und Massen des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinwirken.“

Die Frage der Sitzverlegung nach einem neutralen Lande führte ebenfalls zu einer längeren Aussprache. Jouhaux hatte in seinem Telegramm, das die Verweigerung der Pässe mitteilte, das Verlangen ausgesprochen, „daß die Frage der Verlegung des Internationalen Gewerkschaftsbüros geprüft und geregelt werde, um den Erfolg der nächsten Konferenz sicher zu stellen“. Auch die schweizerischen Genossen, die die Möglichkeit von Besprechungen mit beiden Seiten gehabt hatten, traten lebhaft für Verlegung des Sitzes nach einem neutralen Lande ein. Sie wiesen dabei auf die Gefahr hin, daß anstatt der gewünschten Einheit zwei Internationales entstehen könnten, d. h. eine Internationale der Gewerkschaften der Mittelmächte und eine andere der Gewerkschaftsbewegung der Ententeländer. Eine besondere Kommission befaßte sich mit dieser Angelegenheit und legte folgende Resolution vor:

„Die Konferenz lehnt die Frage der Sitzverlegung prinzipiell nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit der ursprünglichen Antragsteller selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Beschlußfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen.

Um jedoch die internationale Verbindung unter den dem Bunde angeschlossenen Landesorganisationen aufrechtzuerhalten, bestätigt die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, ihre bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Landesorganisationen alles daran setzen, damit die heute noch vorherrschenden Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, sobald als möglich beseitigt werden und die Einigkeit herbeigeführt wird.“

Diese Resolution wurde nach einer weiteren Besprechung im Plenum gegen die Stimmen der schweizerischen Delegierten angenommen.

Legien gab hierzu im Namen der deutschen Delegation folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden darf, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt wird, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über die Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.“

Auf Vorschlag von Fimmen wurde noch beschlossen, an die französischen und italienischen Gewerkschaftszentralen folgendes Telegramm zu senden:

„Sämtliche Delegierte der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihre brüderlichen Grüße. Sie sprechen insbesondere den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die internationale Konferenz zu beschicken und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der nächsten internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verhandlung und Erledigung kommen und der Internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann.“

Am 4. Tage ging die Konferenz zur Beratung der von einer Kommission entworfenen Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß über. Das Programm umfaßte Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz, Seemannsrecht und Seemannschutz sowie die Durchführung des Arbeiterschutzes. Die sehr

eingehenden Forderungen hier wiederzugeben, würde zu weit führen; sie wurden nach kurzer Aussprache nach dem Vorschlag der Kommission angenommen, ebenfalls gelangte ein Antrag Leiparts zur Annahme, der die Gewerkschaften dringend aufforderte, für die Anerkennung und Durchführung der aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten und sie ihren Regierungen einzureichen. An die Regierungen wurde die Aufforderung gerichtet, zur Festsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Vertreter der Gewerkschaften heranzuziehen.

V. Wiederaufbau nach dem Kriege

Internationale Konferenz im Jahre 1919 in Bern

Am 26. Oktober 1918, also kurz vor Beendigung des Weltkrieges, sandte Oudegeest als stellvertretender Vorsitzender des I. G. B. folgendes Zirkular an die gewerkschaftlichen Landeszentralen:

„Werte Genossen!

Gestern ließ ich nachstehendes Telegramm an Sie abgehen:

Bitte baldigst Delegierte anzuweisen zu internationaler Gewerkschaftskonferenz am Ort und zur Zeit der offiziellen Friedensverhandlungen.

Tagesordnung: Neues Statut, Sitzverlegung des Internationalen Sekretariats, Friedensforderungen (Leedser- und Berner-Programm), Wahl einer Kommission von Gewerkschaftsvertretern für die Friedensverhandlungen. Brief folgt.

Oudegeest.

Ich erlaube mir, zu diesem Telegramm noch folgendes zu bemerken:

Obwohl noch keineswegs feststeht, wann und an welchem Orte die Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Staaten stattfinden werden, so ist doch Grund zur Annahme und Hoffnung vorhanden, daß diese Friedensverhandlungen binnen nicht all zu langer Zeit einen Anfang nehmen werden.

Mit Rücksicht auf diese Möglichkeit erachte ich es von allergrößter Wichtigkeit, daß die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter aller Länder zeitig diejenigen Maßregeln treffen, welche dahin führen können, daß bei dem kommenden Frieden nicht nur die internationalen Verbindungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationen wiederum angeknüpft und stärker ausgebaut, sondern auch, daß die Lebensinteressen der Arbeiterklasse so gut und so kräftig wie möglich ihre Wahrung finden werden.

Während der Dauer des Krieges ist bei mehreren Gelegenheiten nachdrücklich betont worden, daß die Vertreter der Gewerkschaftszentralen aller Länder zur Beratung zusammenkommen müssen, sobald die Friedensverhandlungen beginnen.

Ich erinnere nur an die Äußerungen der im Juni 1916 in Leeds abgehaltenen Konferenz von Gewerkschaftsführern aus den Ländern der Entente, an die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz vom Oktober vorigen Jahres in Bern und an die Auffassung, die unser Freund Gompers, der Vorsitzende der „American Federation of Labor“, seinerzeit zur Geltung gebracht hat.

Ich habe es auf Grund dieser Aussprachen für richtig gehalten, schon jetzt — wo die Möglichkeit besteht, daß die offiziellen Vertreter der kriegführenden Nationen binnen kurzem zusammenkommen werden — das Telegramm zu verschicken, dessen Inhalt Sie obenstehend nochmals wiedergegeben finden.

Die Fragen, welche ich als stellvertretender Vorsitzender des I. G. B. zur Tagesordnung angeben habe und denen die Gewerkschaftszentralen selbstverständlich noch andere beifügen können, bedürfen meines Erachtens kaum einer näheren Erklärung.

Als ersten Punkt für die Tagesordnung habe ich die Diskussion und Feststellung des neuen Statuts des I. G. B. angegeben, das Ihnen Ende 1915 im Konzept zugesandt worden ist.

Als zweiter Punkt ist von mir vorgemerkt worden die Frage einer möglichen Verlegung des Sitzes des I. G. B., welcher sich bis jetzt in Berlin befand. Sowohl in Leeds wie in Bern ist über diese Sitzverlegung bereits einiges gesagt worden, woraus hervorgeht, daß dieselbe von mehr als einer Seite für wünschenswert gehalten wird. Ich habe die Frage der Sitzverlegung deshalb ebenfalls an den Beginn der Tagesordnung gesetzt.

Für den dritten Punkt, die Friedensforderungen, beziehe ich mich ebenfalls auf das, was bereits in Leeds und Bern besprochen und beschlossen worden ist. Sowohl in Leeds als auch in Bern waren die Vertreter der dort anwesenden Gewerkschaftszentralen einstimmig der Ansicht, daß die kommenden Friedensverhandlungen dazu benützt werden müssen, um in allen Ländern ein Mindestprogramm von Friedensforderungen der Arbeiter aller Nationen festzulegen und seine Durchführung zu erzwingen. Beide Konferenzen beschlossen nahezu dasselbe. Es handelt sich nun darum, daß unter den Arbeitern aller Länder völlige Übereinstimmung erzielt wird. Diese wird nach meiner Ansicht auf der ersten, so bald wie möglich abzuhalten- den internationalen Konferenz aller Gewerkschaftszentralen ohne Zweifel zu erreichen sein.

Als letzter Punkt ist von mir die Wahl einer Kommission zur Diskussion gestellt worden, welche in der Stadt, in der die Friedensverhandlungen stattfinden werden, ihren Sitz haben wird, um in Übereinstimmung und in Zusammenarbeit mit den

Vertretern der Arbeiter in den offiziellen Friedensdelegationen für die Durchführung der von der internationalen Konferenz definitiv aufgestellten Friedensforderungen Sorge zu tragen und auch sonst für die Wahrung der Arbeiterinteressen einzutreten. Die Einsetzung einer derartigen Kommission kommt dem Wunsche entgegen, den unser Freund Gompers seinerzeit geäußert hat. Ich hoffe, daß Sie mit mir der Ansicht sind, daß schon jetzt alle Maßregeln getroffen werden müssen, damit der Einfluß der Arbeiterklasse bei den Friedensverhandlungen möglichst groß wird. Aus diesem Grunde sind Sie ohne Zweifel mit der von mir aufgestellten Tagesordnung einverstanden.

Ich bitte Sie deshalb, unverzüglich zur Anweisung einer Delegation zur internationalen Konferenz übergehen zu wollen, wobei ich vorschlagen möchte, die Zahl der Delegierten auf 10 zu beschränken.

Der baldigen telegraphischen Mitteilung der Namen der Delegierten, wie auch von eventuellen Fragen, die Sie noch zur Tagesordnung geben möchten, sehe ich gerne entgegen. Sobald bekannt ist, wo und an welchem Zeitpunkt die Friedensverhandlungen stattfinden werden, wird eine definitive Einladung telegraphisch an Sie abgehen.

Da sich die kapitalistischen Regierungen der kriegführenden Länder wahrscheinlich binnen kurzem an einen und denselben Tisch zur Beratung zusammensetzen werden, hoffe ich, daß auch die Vertreter der Arbeiter dieser Länder zusammenkommen werden und können, um in gemeinschaftlicher Arbeit die Grundlagen zu legen für eine neue Völkergemeinschaft, in der auch für Sie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit keine eiteln und inhaltslosen Worte sein werden.

In Erwartung Ihrer baldigen Nachricht übersende ich Ihnen meinen brüderlichen und internationalen Gruß.

(gez.) *J. Oudegeest.*“

Da indessen die Friedensverhandlungen in unerwarteter Weise verzögert wurden und auch keine Sicherheit bestand, daß die Gewerkschaftskonferenz am gleichen Orte wie die Friedenskonferenz tagen konnte, erschien es zweckmäßiger, die erstere unabhängig von der letzteren und in einem neutralen Lande abzuhalten. Oudegeest hatte inzwischen Gelegenheit gehabt, mit dem Vorstand der englischen Landeszentrale und anderen Genossen aus den Ententeländern Rücksprache zu nehmen und dabei festgestellt, daß man die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz für wünschenswert hielt, damit

die gewerkschaftliche Internationale ihre frühere Arbeit so bald wie möglich wieder aufnehmen könne. Auf die Abhaltung der Konferenz in Versailles wurde aus verschiedenen Gründen verzichtet, und man war damit einverstanden, sie in dem neutralen Holland abzuhalten. Zusagen zur Beschickung der Konferenz lagen bereits vor aus Dänemark, Deutschland, England, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, der Schweiz und Ungarn, während mit Amerika, Belgien und Frankreich noch verhandelt wurde. Von Italien und Spanien standen die Antworten noch aus, während mit den Balkanländern noch keine Verbindung hergestellt werden konnte. Es war also Grund zur Hoffnung vorhanden, daß so gut wie alle dem I. G. B. angeschlossenen Landeszentralen auf der Konferenz vertreten sein würden. Oudegeest berief daher am 3. Februar die Konferenz zum 8. März nach Amsterdam ein. Den Entwurf einer Tagesordnung und neuer Satzungen hatte er bereits früher zugesandt.

Inzwischen fand gelegentlich des Internationalen Sozialistenkongresses vom 5. bis 9. Februar in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz statt. Dieser waren eine Reihe Besprechungen zwischen den einzelnen Gruppen vorausgegangen. Oudegeest, der der Einberufung der Konferenz fernstand, wurde telegraphisch zur Teilnahme eingeladen, konnte aber nur am letzten Konferenztage anwesend sein. Die Frage der Sitzverlegung spielte wieder eine große Rolle, wobei sowohl von den deutschen als auch von den Vertretern neutraler Länder die Unzuständigkeit dieser Konferenz betont wurde. Schließlich einigte man sich über die Einsetzung einer Kommission für die Redaktion einer Resolution über den Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Internationale. Diese Kommission legte folgende Resolution vor, die auch einstimmig angenommen wurde.

„War schon vor dem Kriege der Bestand einer starken und gefestigten internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder, so ist deren unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft noch mehr gegeben. Die Wiederherstellung der zerstörten Volkskräfte und die Sicherung der materiellen und geistigen Interessen der arbeitenden Klasse

werden in jedem Lande starke Gewerkschaften nötig machen. Diese werden um so kräftiger sein, je mehr sie Rückhalt und gegenseitige Hilfsbereitschaft bei den Gewerkschaften aller anderen Länder finden. Von dieser Erwägung ausgehend spricht sich die internationale Gewerkschaftskonferenz für die rascheste, definitive Wiederaufrichtung der gewerkschaftlichen Internationale aus. Sie fordert daher die in Amsterdam bestehende Zweigstelle des I. G. B. auf, im Einvernehmen mit den dem Bund angehörenden Landeszentralen und mit der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften der Weststaaten in Paris so rasch als es die Umstände gestatten, spätestens jedoch bis zum Mai d. J., eine neue internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen, deren Aufgabe es sein soll, die Vollständigkeit und Geschlossenheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen.“

Die von Oudegeest vorgeschlagene Tagungszeit wurde als verfrüht bezeichnet, aber auch der von der Kommission in Aussicht genommene Termin konnte nicht innegehalten werden. Die Frage, welche Organisationen zur Konferenz eingeladen werden sollen, wurde dahin entschieden, außer den dem I. G. B. angeschlossenen Landeszentralen alle diejenigen einzuladen, die sich zur Aufnahme melden. Über die definitive Zulassung sollte die Konferenz selbst entscheiden.

Die Konferenz behandelte hierauf die Vorschläge der internationalen Gewerkschaftsorganisationen an die Friedenskonferenz, wobei von der Ansicht ausgegangen wurde, daß die hierauf bezüglichen Beschlüsse von Leeds (1916) und Bern (1917) bereits überholt seien und erweitert werden müssen.

Die französische Delegation hatte angeregt, die Frage des Völkerbundes zu behandeln; hiergegen wurden jedoch von verschiedenen Seiten Bedenken geäußert, da man dadurch das gewerkschaftliche Gebiet verlasse und mit den Richtlinien in Widerspruch komme, die die bisherigen Konferenzen aufgestellt hatten. Demgegenüber wurde von dem französischen Vertreter Bourderon betont,

„... daß die Zeit angebrochen sei, die gebietet, daß sich die Gewerkschaften auch mit politischen Fragen, welche Menschheitsfragen sind, beschäftigen.“

Nachstehende Äußerung des französischen Vertreters Merrheim sei ebenfalls angeführt:

„Und weiter sagt ihr, der Völkerbund wäre eine politische Frage. Da frage ich: Hat denn der Krieg nicht wahllos alle Völker und Klassen ergriffen und sie auf die Schlachtfelder geworfen, ohne sich um ihre politische Gesinnung zu kümmern? Ist nicht in Wirklichkeit die Frage des Völkerbundes eine Frage gerade der Arbeiterklasse, der Internationale? In dem Augenblick aber, wo die Vertreter der Deutschen Republik an alle Völker und an alle Arbeiter den Appell richten zur Hilfeleistung für einen gerechten und dauernden Frieden im Sinn und Geist der 14 Punkte des Präsidenten Wilson, sollten wir hier über diese Forderungen nicht sprechen? Wir in Frankreich wollen auch für Deutschland den gerechten Frieden, entgegen den Absichten unserer eigenen Regierung. Verlangt ihr von uns in welcher Form auch immer die Verleugnung des Völkerbundes, dann macht ihr uns schwach unserer Regierung gegenüber und ihr macht es uns unmöglich, uns im Interesse der deutschen Arbeiter für den gerechten Frieden zu wehren.“

Es gelangte dann auch nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Ohne auf die Einzelheiten der Organisation des Völkerbundes einzugehen, erklärt die außerordentliche Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß, in Übereinstimmung mit den Wünschen der großen Massen der Völker, der Völkerbund kein Verband der herrschenden Klassen sein darf, dessen Aufgaben lediglich in der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und in der Einschränkung der Rüstungen bestehen soll, sondern daß der Völkerbund auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker beruhen muß.

Die Völker dürfen nicht mehr zur Selbsthilfe greifen.

Andererseits muß, damit unter den Völkern das internationale Rechtsgefühl erstarkt, der Völkerbund zu einer vom Drucke der einzelnen Staatsregierungen befreiten Rechtsgemeinschaft werden.

Der Übergang zur Friedensordnung soll sich auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung vollziehen und die Freiheit der Völker ausschließlich durch die Vollzugsorgane des internationalen Gerichtshofes geschützt werden.

Der Völkerbund soll sowohl *gesetzgebende als richterliche Gewalten* haben, die voneinander zu trennen sind.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz drückt die bestimmte Erwartung aus, daß die gesetzgebende Körperschaft des Völkerbundes aus der Wahl der Völker hervorgehe.

Die Tätigkeit des Völkerbundes soll nicht nur auf das politische Gebiet beschränkt bleiben, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander fördern.

Die wirtschaftlichen Aufgaben des Völkerbundes sollen sein: Stärkung der Arbeitskraft und Hebung der Bildung der Arbeiter, Förderung des Arbeiterschutzes, rationelle und wissenschaftliche Organisation der Arbeit, internationale Verteilung der erforderlichen Rohstoffe sowie internationale Regelung des Zahlungs- und Transportverkehrs.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt jedoch, daß, wenn die Arbeiterklasse verhüten will, daß der Völkerbund zu einem Mittelpunkt der Reaktion und der Unterdrückung wird, sie sich international organisieren und dadurch zu einer solchen Machtfülle gelangen muß, daß sie zu einem wirksamen Kontrollorgan des Völkerbundes wird.“

Über die weiteren Konferenzen und Kongresse des Internationalen Gewerkschaftsbundes sowie über seine Tätigkeit liegt eine umfangreiche Literatur in Buchform vor. Sämtliche Veröffentlichungen sind im Verlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes erschienen. Ich nenne folgende Schriften:

1. Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongreß vom 28. Juli bis 2. August 1919 in Amsterdam. 56 Seiten. Preis M. 0,80.
2. Bericht über den Zweiten Ordentlichen Gewerkschaftskongreß vom 20. bis 26. April 1922 in Rom. 118 Seiten. Preis M. 2,50.
3. Bericht über den Außerordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongreß vom 22. bis 27. November 1920 in London. 134 Seiten. Preis M. 2,50.
4. Bericht über den Internationalen Friedenskongreß vom 10. bis 15. Dez. 1922 im Haag. 198 Seiten. Preis M. 2,50.
5. Bericht über die Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz vom 31. Mai 1924 in Wien.
6. Bericht über die Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Internationalen Berufsekretariaten vom 31. Mai bis 2. Juni 1924 in Wien.
7. Bericht über den Dritten Ordentlichen Gewerkschaftskongreß vom 2. bis 6. Juni 1924 in Wien.

(Die Nummern 5, 6 und 7 sind zusammen mit dem zweiten Bande unter dem Gesamttitel: „Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in den Jahren 1922—1924“ vereinigt. Preis M. 4,—.

8. Erster Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Juli 1919 bis Dezember 1921. 128 Seiten. Preis M. 2,50.
9. Zweiter Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Jahre 1922 und 1923 (siehe Bemerkung zu Nr. 7).
10. Die Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenzen von Washington (1919) und von Genua (1920). 31 Seiten. Preis M. 0,50.

Mit Rücksicht auf diese mehr als tausend Seiten starke Literatur der neueren Zeit dürfte es ausreichend sein, wenn hier über die Vorkommnisse der Jahre 1919 bis 1926 nur ganz kurz berichtet wird.

Erster Internationaler Gewerkschaftskongreß im Jahre 1919 in Amsterdam

Dem Kongreß, der, nicht wie in Bern beschlossen, spätestens im Mai, sondern vom 28. Juli bis 2. August abgehalten wurde, ging am 25. und 26. Juli eine Vorkonferenz voraus, die auch am 29. Juli tagte. Diese Konferenz war vom stellvertretenden Vorsitzenden Oudegeest einberufen und in derselben Weise zusammengesetzt wie die Konferenzen, die vor dem Kriege stattfanden, d. h. zwei Vertreter aus jedem Lande. Aufgabe war die Erledigung der Geschäfte der alten Internationale und Vorbereitung der Geschäftsordnung für den Kongreß. Dem Vorschlage, die Verhandlungen als vertraulich zu betrachten, wurde von der belgischen Delegation widersprochen, da sie genötigt sei, ihre Beschwerden über das Verhalten der Deutschen während des Krieges zur Sprache zu bringen; es wurde denn auch beschlossen, öffentlich zu verhandeln. Über die von Mertens angeregte Frage fand eine lange Auseinandersetzung statt zwischen Mertens, der die belgischen Beschwerden vortrug und Legien, der das Verhalten der deutschen Gewerk-

schaften verteidigte und dabei auch auf das Eingreifen der deutschen Gewerkschaften zugunsten der belgischen Deportierten hinwies. Zu diesem Punkte ergriffen einige Delegierte das Wort. Die Stimmung war teilweise sehr erregt. Schließlich gab Sassenbach unter Zustimmung Legiens folgende Erklärung ab:

„Die deutschen Gewerkschaften haben zu jeder Zeit anerkannt, daß Belgien schweres Unrecht zugefügt wurde; sie haben auch stets die Grausamkeiten verurteilt, die während der Besetzung Belgiens begangen wurden. Die Deportationen belgischer Arbeiter haben nicht etwa die Zustimmung der deutschen Arbeiter gefunden, sie sind statt dessen, soweit es der Kriegszustand erlaubte, bekämpft worden.

Die Haltung der deutschen Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges war bestimmt durch die Verhältnisse in Deutschland. Die deutsche organisierte Arbeiterschaft war der festen Überzeugung, daß es sich für Deutschland um einen Verteidigungskrieg handelte. Die deutsche Arbeiterschaft ist stets ein Gegner des Krieges und der Rüstungen gewesen und hat niemals imperialistische und annexionistische Bestrebungen unterstützt. Hätten die deutschen Gewerkschaften die Auffassung gehabt, daß Deutschland der angreifende Teil sei, so wäre ihre Stellung und die ihrer Vertreter eine andere gewesen. Wir wissen, daß die Arbeiter der Ententeländer viele unserer Handlungen während des Krieges als verfehlt betrachteten, die uns in dem schweren Kampf, den das deutsche Volk zu führen hatte, als selbstverständlich erschienen sind. Auch wir haben vieles, was von der Arbeiterschaft der Ententeländer geschah, nicht verstanden. Alles, was während der Kriegszeit seitens der deutschen Gewerkschaften getan wurde, geschah in der Auffassung, dem Lebensinteresse des deutschen Volkes zu dienen, ohne damit ein Unrecht gegen die Arbeiterschaft der anderen Länder zu begehen und ohne damit gegen unsere internationalen Verpflichtungen zu verstoßen.“

Die Vertreter der Gewerkschaften der Ententeländer waren mit dieser Erklärung zufriedengestellt und die Vergangenheit konnte als begraben betrachtet werden. Leider gaben die zum Kongreß erschienenen acht übrigen deutschen Delegierten am 31. Juli eine Gegenerklärung ab des Inhalts, daß sie den Wortlaut der Erklärung Sassenbachs nicht billigen könnten. Dadurch wurde die Stimmung wieder verschlechtert und der Verlauf des Kongresses unangenehm beeinflußt.

Der Kongreß selbst nahm die von einer Kommission ausgearbeiteten Satzungen mit geringen Änderungen an. Eine dieser Änderungen lautete dahin, daß der von der Kommission vorgeschlagene Beitrag von 4 Pfennig — 5 Centimes pro Mitglied — auf ungefähr die Hälfte, d. h. auf 1,2 holländische Cents herabgesetzt werden sollte. Die Wahl des Vorstandes verlief sehr peinlich und führte dazu, daß Legien die ihm angebotene Stelle als zweiter Vizevorsitzender ablehnte und daher nicht in den Vorstand eintrat. Zum Vorsitzenden wurde Appleton (England), zum ersten Vizevorsitzenden Jouhau (Frankreich) und zum zweiten Vizevorsitzenden Mertens (Belgien) gewählt. Sekretäre wurden die beiden Holländer Oudegeest und Fimmen.

Das Berner-Programm betreffend die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß wurde bestätigt und jede nationale Arbeiterbewegung zu dessen ganzer und sofortiger Verwirklichung verpflichtet. Die amerikanischen und englischen Vertreter stimmten dagegen. Bei der Beratung darüber, ob die nach Washington einberufene Internationale Arbeitskonferenz beschickt werden sollte, wurde der Antrag der eingesetzten Kommission, nur dann daran teilzunehmen, wenn die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgend welche Ausnahme als gleichberechtigte Vertreter eingeladen und zugelassen werden, von Jouhau energisch unterstützt und von Gompers ebenso energisch bekämpft; er wurde schließlich gegen die Stimmen von Amerika und England angenommen, in derselben Weise der Antrag, daß dieser Beschluß für alle in Amsterdam vertretenen Landeszentralen bindend sein soll. Immerhin erklärte Gompers am Schlusse des Kongresses, daß er sein möglichstes tun werde, um die Internationale wieder aufbauen zu helfen.

Erster Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes

In diesem den Zeitraum vom Amsterdamer Kongreß bis Ende des Jahres 1921 umfassenden Bericht werden zunächst einige Bemerkungen über den Verlauf des Amsterdamer Kon-

gresses sowie die Schwierigkeiten gemacht, die einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten immer noch im Wege standen. „Noch im August 1919 war die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß es wahr sei, was ein Presseorgan nach Beendigung des Kongresses geäußert hatte: Der in Scherben gefallene Krug sei zwar geleimt, doch stehe zu befürchten, daß er bei der ersten Gelegenheit wieder auseinanderfallen werde“. Diese Befürchtung ist indessen mit der Zeit gegenstandslos geworden. Es wird dann mitgeteilt, daß der auf dem Kongreß gewählte Vorsitzende Appleton sein Amt niedergelegt habe und an dessen Stelle J. H. Thomas getreten sei. Eine Vertretung Deutschlands in dem aus dem Präsidenten, den beiden Vizepräsidenten und den beiden Sekretären bestehenden Büro wurde für nötig erklärt, ebenfalls eine Vermehrung der Zahl der Sekretäre. Im Zusammenhang mit der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Arbeitskonferenz wurde ein langer Briefwechsel geführt, wobei schließlich das gewünschte Resultat erreicht wurde, sodaß der Teilnahme der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen an der

Internationalen Arbeitskonferenz in Washington

nichts mehr im Wege stand. Von den Büromitgliedern des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahmen Appleton, Jouhau, Mertens und Oudegeest an der Konferenz teil. Die Arbeitergruppe unter Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wirkte sowohl in den Kommissionen als auch bei den Beratungen im Plenum geschlossen und in voller Einheit. Es wurde auf der ganzen Linie gekämpft gegen die Regierungen und gegen die Unternehmer und ihre veralteten Auffassungen und Grundsätze. Die Konferenz nahm während ihrer Tagung vom 29. Oktober bis 29. November Entwürfe zu Übereinkommen und Vorschläge an betreffend die Einschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden und der Arbeitswoche auf 48 Stunden in industriellen Unternehmungen, ferner betreffend die Arbeitszeit, die Arbeitslosigkeit, die gegenseitige Behandlung der ausländischen Arbeiter, die Beschäftigung der Frauen

vor und nach der Niederkunft, die Milzbrandverhütung, den Frauen- und Kinderschutz, die Bleivergiftung, die Errichtung von Staatsgesundheitsämtern, die Altersgrenze der Zulassung der Kinder zu industriellen Unternehmungen, die Nacharbeit der Kinder in industriellen Unternehmungen und die Durchführung des 1906 in Bern angenommenen Internationalen Abkommens über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern.

Die

Zweite Internationale Arbeitskonferenz in Genua,

die vom 15. Juni bis 10. Juli 1920 tagte, fand die Arbeitergruppe wiederum unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Sie beschäftigte sich ausschließlich mit den Arbeitern in der Schifffahrt, nahm Übereinkommensentwürfe und Vorschläge an bezüglich die Beschränkung der Arbeitszeit im Fischereigewerbe und der Binnenschifffahrt, die Schaffung nationaler Seemannsordnungen, die Festsetzung des Mindestalters für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See, die Versicherung der Seeleute gegen Arbeitslosigkeit, die Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge Schiffbruchs und die Stellenvermittlung für Seeleute.

Auf den weiteren, alle Jahre abgehaltenen Internationalen Arbeitskonferenzen blieb die Einigkeit der Arbeitergruppe gewahrt; auch diejenigen Arbeitervertreter, deren Organisationen dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen waren, erkannten dessen Führung an. Über die faschistische Vertretung braucht dabei nichts gesagt zu werden.

Die Verfassung des

Internationalen Arbeitsamtes

sieht eine Mitarbeit von Arbeitervertretern vor, die zwar von den Regierungen ernannt, jedoch im Einvernehmen mit den maßgebenden Arbeiterorganisationen des Landes bestimmt werden müssen. Auch in dem aus 24 Mitgliedern bestehenden

Verwaltungsrat haben die Arbeitervertreter sechs Sitze. Durch die Geschlossenheit der Arbeitergruppe hat sich diese sowohl im Verwaltungsrat wie in den Plenarsitzungen einen weitgehenden Einfluß verschafft, wenn sie auch nicht imstande war, allen Wünschen zur Durchführung zu verhelfen. Im allgemeinen ist bisher wegen dieser Mitarbeit im Internationalen Arbeitsamt nur wenig Kritik geübt worden.

Von den Aktionen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der ersten Berichtsperiode seien folgende hervorgehoben:

Boykott gegen Ungarn

Die Reaktion in Ungarn und die Justizwillkür waren so unerträglich geworden, daß sich die ungarischen Gewerkschaften und Sozialisten um Hilfe an die Arbeiterorganisationen der anderen Länder wandten. Sie wünschten nicht nur Unterstützung der Opfer des Weißen Schreckens, sondern auch eine Einwirkung der Arbeiterparteien auf ihre Regierungen, um diese zu einem Einschreiten bei der ungarischen Regierung zu veranlassen. Da nichts Nennenswertes geschah und die Reaktion sich immer mehr verschärfte, wurde in der Bürositzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 10. und 11. Mai 1920 die Boykottierung Ungarns zum 20. Juni beschlossen. Die Zwischenzeit wurde zu schriftlichen Verhandlungen benützt. Da diese keinen Erfolg zeigten, trat am genannten Tage der Boykott in Kraft. Der Boykott, der nicht mit der erwünschten Vollständigkeit durchgeführt werden konnte, wurde am 8. August formell beendet. Eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen findet man auf Seite 37 bis 47 des Tätigkeitsberichts, während auf Seite 47 bis 51 über die ebenfalls 1920 beschlossene

Verweigerung von Munitionstransporten

berichtet wird. In dem Kampf, den Polen 1919/1920 gegen Rußland führte, stand das europäische Proletariat auf seiten

Rußlands, während es in der polnischen Regierung einen Agenten der westeuropäischen Reaktion sah. Am 19. August beschloß das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den sich bereits überall bemerkbar machenden Widerstand wider die gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland sowie den Kampf gegen die neue „Heilige Allianz“ zu einer gemeinsamen Angelegenheit des ganzen Proletariats zu machen: „Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiter befördert werden. Dem Kriege wird keine neue Nahrung zugeführt.“ Die gewerkschaftliche Internationale forderte überdies alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen, damit endlich die allgemeine Abrüstung durchgeführt werden kann, die die Völker vom Militarismus befreien und die Steigerung der Produktionskräfte herbeiführen soll. Die Schwierigkeiten waren selbstverständlich sehr groß. Es wurde vieles zur Durchführung des Boykottbeschlusses unternommen, ein voller Erfolg konnte indessen nicht erzielt werden. Mit dem Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen wurde die Aktion hinfällig.

Im November 1919 wurde die

Hilfsaktion für die Wiener Arbeiterbevölkerung

begonnen, die einen glänzenden Verlauf nahm, mehr als eine Million holl. Gulden ergab und in einer Zeit der schwersten, durch den Krieg und den nachfolgenden Zusammenbruch geschaffenen wirtschaftlichen Erschütterung, während der die Arbeiterschaft Österreichs mit der größten Not zu kämpfen hatte, als ein Beweis der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft gelten kann.

Einen noch größeren Umfang nahm die

Hilfsaktion für das hungernde Rußland

an, die im August 1921 einsetzte und erst 1923 zu Ende ging. Für diesen Zweck wurde eine Summe von über zwei Millionen

holländische Gulden zusammengebracht. Nähere Einzelheiten finden sich im Ersten Tätigkeitsbericht, Seite 54 bis 58, und im Zweiten Tätigkeitsbericht, Seite 78 bis 81.

Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß in London

Der vom 22. bis 27. November 1920 abgehaltene Kongreß beschäftigte sich, abgesehen von einem Referat von Fimmen über die internationale Lage und die internationale Gewerkschaftsbewegung, nur mit durch den Krieg in den Vordergrund gerückten Wirtschaftsfragen. Jouhaux referierte über das Valutaproblem, Mertens über die Verteilung der Rohstoffe für industrielle Zwecke und Oudegeest über die Sozialisierung der Produktionsmittel. Die Referate nebst Diskussionsreden und angenommenen Resolutionen sind als besonderer Bericht erschienen.

Der zweite ordentliche internationale Gewerkschaftskongreß in Rom

vom 20. bis 26. April 1922 hatte sich zunächst mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen, behandelte aber außerdem Fragen allgemeiner Art. Über den Wiederaufbau Europas sprach Jouhaux, über Abrüstung und Krieg gegen den Krieg Fimmen und über internationale Reaktion unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtstundentag Mertens. Auch hier sei auf den vorhandenen ausführlichen Bericht verwiesen, indessen kurz bemerkt, daß man die Stelle eines neuen Vizepräsidenten schuf, um die Möglichkeit zu haben, auch einen Deutschen in den engeren Vorstand zu wählen. Als neuer Vizepräsident wurde Leipart gewählt, im übrigen blieb die Zusammensetzung wie bisher, doch wurde in Aussicht genommen, die Zahl der Sekretäre zu erhöhen.

Internationaler Friedenskongreß im Haag

Dieser Kongreß, der vom 10. bis 15. Dezember 1922 tagte und an dem nicht nur Vertreter der dem Internationalen Ge-

werkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften, sondern auch andere Gewerkschaftsrichtungen, Genossenschaften, politische Organisationen, Jugendorganisationen, pazifistische Organisationen und andere teilnahmen, hat seinerzeit viel Aufsehen erregt und zweifellos den Friedensgedanken gestärkt. Es wurden folgende Referate gehalten: Jouhaux: die Notwendigkeit der Konzentrierung aller für den Frieden arbeitenden Kräfte auf ein gemeinsames Ziel; Fimmen: Die Aufgabe der organisierten Arbeiter in der Bewegung für den Weltfrieden; Henderson: Was haben die Regierungen und die verschiedenen politischen Parteien für die Sicherung des Friedens getan und was können sie in Zukunft tun? Buisson: Die Förderung des Friedensideales unter der heranwachsenden Generation auf dem Wege der Erziehung; Quidde: Die pazifistischen Organisationen und ihre Aufgabe in der Weltbewegung gegen den Krieg.

Zweiter Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Dieser Bericht umfaßt die Jahre 1922 und 1923. Über die Zusammensetzung des engeren Vorstandes wird mitgeteilt, daß entsprechend dem römischen Beschlusse Ende 1922 Sassenbach als Sekretär und Brown als Hilfssekretär zu den bisherigen Sekretären Fimmen und Oudegeest hinzutraten. Fimmen ist im Jahre 1923 ausgeschieden und Brown wurde zum Sekretär befördert. Wegen der Valutakrise in einzelnen Ländern, vor allem in Deutschland, durch die auch der Internationale Gewerkschaftsbund scharf in Mitleidenschaft gezogen wurde, mußte das im Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte Personal auf die Hälfte abgebaut werden. Trotzdem war es möglich, die Tätigkeit in ausreichendem Maße fortzuführen. Der Pressedienst wurde gänzlich umgestaltet. Als neue Aufgabe wurde die Arbeiterbildung übernommen. Der Kampf gegen Krieg, Militarismus und Reaktion wurde in wirkungsvoller Weise fortgeführt, wobei auch mit

der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Sozialistischen Jugend-Internationale zusammengearbeitet wurde. Auch wurde in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale versucht, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes Schritte zu unternehmen. Leider war die internationale Arbeiterbewegung nicht kräftig genug, um zusammen mit der französischen Arbeiterschaft den französischen Militarismus niederzuhalten. Für die deutschen Gewerkschaften, die unter der Inflationskrise fast zusammenbrachen, wurde eine internationale Hilfsaktion eingeleitet, die eine Gesamtsumme von 494 490 holländischen Gulden ergab.

Die Beziehungen zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau beschäftigten in den Jahren 1922 und 1923 fast jede Sitzung des Vorstandes und Ausschusses und veranlaßten eine ausgedehnte Polemik in der Öffentlichkeit. Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, mit dem sich bereits der Londoner Internationale Gewerkschaftskongreß 1920 beschäftigt hatte, wurde weitere Aufmerksamkeit geschenkt und man kann sagen, daß die Beschlüsse der Arbeiterorganisationen nicht ohne Einfluß auf die Regierungen geblieben sind. Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf wurde in der in den vorhergehenden Jahren üblichen Weise fortgesetzt. Mit dem Internationalen Genossenschaftsbund kam es zu einem vorübergehenden Zusammenarbeiten.

Dritter ordentlicher Gewerkschaftskongreß in Wien

Diesem Kongreß ging eine Internationale Arbeiterinnenkonferenz und eine Konferenz des Vorstandes des I. G. B. mit den Internationalen Berufssekretariaten voraus. Der Kongreß selbst tagte vom 2. bis 6. Juni 1924 in Wien. Außer den üblichen organisatorischen Fragen behandelte der Kongreß die organisatorische Verbindung zwischen dem I. G. B. und den Inter-

nationalen Berufssekretariaten (Ref. Oudegeest), die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung (Ref. Leipart), den Kampf gegen Krieg und Militarismus (Ref. Jouhaux), den internationalen Kampf um den Achtstundentag (Ref. Mertens), und die Internationale soziale Gesetzgebung (Ref. Oudegeest). An Stelle von J. H. Thomas, der wegen seines Eintrittes in die englische Arbeiterregierung seine Stelle als Vorsitzender niedergelegt hatte, wurde auf Vorschlag der englischen Delegierten A. A. Purcell gewählt.

Der Entschliebung der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz und der Konferenz der Berufssekretäre wurde zugestimmt. Die Satzungen wurden in neue Formen gebracht und dabei festgelegt, daß in Zukunft die Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongresse nur noch alle drei Jahre stattfinden sollen. Als Kongreßort für 1927 wurde Paris bestimmt. Mit den Beziehungen zur Roten Gewerkschaftsinternationale hatte sich der Kongreß ebenfalls zu beschäftigen.

Unvergesslich wird allen Kongreßteilnehmern die Massenkundgebung der Wiener Arbeiter sein. Aus Dankbarkeit stiftete der Kongreß den Wiener Arbeitern eine Fahne.

Nach dem Wiener Kongreß

Über die Ereignisse der Jahre 1924, 1925 und 1926 wird dem im August 1927 in Paris tagenden vierten Ordentlichen Gewerkschaftskongreß ein eingehender Bericht vorgelegt werden; hier dürfte daher eine kurze Aneinanderreihung von Tatsachen genügen.

Im Jahre 1924 wurde eine Hilfsaktion für Georgien unternommen, indem aus vorhandenen Mitteln ein großer Posten Medikamente geliefert wurde. Eine Hilfsaktion für die schwer unter der Valutakrise leidenden deutschen Gewerkschaften ergab eine Summe von 494 490 holländischen Gulden; für den Großkampf in Dänemark wurden im Jahre 1925 4 423 201 dänische Kronen und für die indischen Textilarbeiter 34 000

Gulden gesammelt. Über die im laufenden Jahre unternommene Hilfsaktion für England liegt eine Schlußabrechnung noch nicht vor.

Die Aktion gegen Krieg und Militarismus wurde ununterbrochen fortgesetzt; der Höhepunkt war der Anti-Kriegstag 1924, der durch fortlaufend erscheinende Artikel von bekannten Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung vorbereitet wurde und in der ganzen Welt zu wirkungsvollen Demonstrationen führte. Gegen Reaktion und Faschismus wurde ebenfalls ein fortlaufender Kampf geführt, gegen letzteren auch in einer für die Faschisten sehr unangenehmen Weise bei den Sitzungen des Internationalen Arbeitsamtes.

Der Streit um den Achtstundentag und um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens stand stets im Vordergrund des Interesses und hat bereits zu dem Erfolg geführt, daß Belgien die Ratifikation vorgenommen hat, ein Schritt, der hoffentlich von anderen Nationen befolgt werden wird.

Die Russenfrage stand auch nach dem Wiener Kongreß ständig im Vordergrund. Der Beschluß des Wiener Kongresses, der dem Vorstand empfahl, soweit es möglich sei, ohne die Würde des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes der internationalen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen, führte zu Verhandlungen, die indessen bis heute noch keine Resultate zeigten.

Zu den bisher schon in dänischer, deutscher, englischer, französischer und holländischer Sprache erscheinenden Presseberichten wurde noch eine besondere für Südamerika berechnete spanische Ausgabe hinzugefügt. Dadurch entstand die Möglichkeit, die südamerikanischen Gewerkschaften über die Absichten und die Tätigkeit des I. G. B. zu unterrichten. Der Anschluß der neugebildeten Gewerkschaftszentrale von Argentinien ist die erste Frucht dieser Bemühung.

Dem Wiederanschluß der „American Federation of Labor“ ist man, trotz sehr freundschaftlicher Beziehungen zu dem Nachfolger von Gompers, Green, nicht näher gekommen, ebenfalls stehen Norwegen, Finnland und Portugal noch immer beiseite. In Litauen und Estland sind die gewerkschaftlichen Verhältnisse ganz trostlos. Griechenland wird formell erst im nächsten Jahre den Beitritt erklären können; indessen sind durch die in Sofia abgehaltene Balkankonferenz mit allen Ländern im südöstlichen Europa enge Verbindungen geschaffen worden. In der Tschechoslowakei sind erfolgreiche Einigungsverhandlungen zwischen den gesonderten Gewerkschaftsorganisationen der deutschen und der tschechischen Arbeiter geführt worden.

Internationale Bildungskonferenzen fanden in Oxford und Brüssel statt; internationale Sommerschulen 1924 in Schönbrunn und Oxford, 1925 in Brunnsvik und Prag und 1926 in Brüssel. Einer vorbereitenden Wanderungskonferenz in Prag im Jahre 1924 folgte im Jahre 1926 der Welt-Wanderungskongreß in London.

Über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern bringt das seit vier Jahren erscheinende „Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ sehr ausführliches Material. Danach waren in den einzelnen Jahren dem I. G. B. angeschlossen:

1904	2 477 077	1915	5 168 429
1905	2 949 453	1916	5 234 343
1906	3 664 707	1917	6 996 572
1907	4 097 002	1918	10 359 805
1908	4 237 547	1919	23 170 006
1909	5 807 799	1920	22 701 103
1910	6 118 748	1921	21 991 615
1911	6 900 319	1922	18 185 531
1912	7 383 420	1923	15 316 127
1913	7 702 368	1924	13 133 004
1914	6 843 909		

Wie hieraus zu ersehen, nahm die Gewerkschaftsbewegung bis zum Ausbruch des Krieges einen ununterbrochenen Aufstieg, der zunächst aufhörte, aber nach Beendigung des Krieges in überwältigender Weise wieder einsetzte. Daß hierauf ein Rückschlag eintreten mußte, war vorauszusehen. Immerhin hat auch das Jahr 1920 noch einen Aufschwung in den einzelnen Ländern gebracht, da in der für dieses Jahr aufgestellten internationalen Statistik die 3 260 068 Mitglieder fehlen, die im Jahre zuvor bei der American Federation of Labor angegeben waren. Es steht jetzt bereits fest, daß am Ende 1925 von neuem eine Erhöhung der Mitgliederzahl zu verzeichnen sein wird.

Aus den nachstehenden Tabellen ist zu ersehen, welche Länder auf den einzelnen Konferenzen und Kongressen vertreten waren und wer diese Vertretung ausübte.

Land	I	II	III	IV
	Kopenhagen 1901	Stuttgart 1902	Dublin 1903	Amsterdam 1905
Belgien	A. Octors	—	—	A. Octors
Dänemark	J. Jensen	J. Jensen	Martin Olsen	Martin Olsen
Deutschland	Carl Legien	Carl Legien	Carl Legien Joh. Sassenbach	Carl Legien Joh. Sassenbach
Finnland	H. Drokila	—	—	—
Groß- britannien	Isaac Mitchell	Pete Curran James O'Grady	Pete Curran Isaac Mitchell und 14 Mitglieder d. Committee of the General Federation of Trade Unions	T. Malallieu Isaac Mitchell
Norwegen	A. Pedersen	A. Pedersen	A. Pedersen	Joh. Johnsen
Schweden	Herm. Lindquist	Herm. Lindquist	—	Ernst Söderberg
Frankreich	Vic. Griffhuelhes	Victor Griffhuelhes	Victor Griffhuelhes George Yvetot	—
Holland	—	G. van Erkel	A. W. Ammerlaan G. van Erkel	J. W. Bonnet G. van Erkel A. Spierdijk
Italien	—	A. Cabrini	A. Cabrini	—
Osterreich	—	Anton Hueber J. Rousar	Anton Hueber	Anton Hueber
Schweiz	—	A. Calame	—	—
Spanien	—	A. G. Quejido	—	Vincente Barrio
Ungarn	—	—	—	Samuel Jászai
Kroatien	—	—	—	—
Bosnien- Herzegow.	—	—	—	—
Bulgarien	—	—	—	—
Rumänien	—	—	—	—
Serbien	—	—	—	—
Vereinigte Staaten	—	—	—	—

	V	VI	VII	VIII	IX
	Kristiania 1907	Paris 1909	Budapest 1911	Zürich 1913	Amsterdam 1919
	C. Huysmans	J. Bergmans C. Huysmans	J. Bergmans	C. Mertens	C. Mertens G. Solau
	Carl F. Madsen Martin Olsen	Carl Gran Carl F. Madsen	Carl Gran Carl F. Madsen	Carl F. Madsen	Carl F. Madsen
	Carl Legien Joh. Sassenbach	Carl Legien Joh. Sassenbach	Carl Legien Joh. Sassenbach	Carl Legien Joh. Sassenbach	Carl Legien Joh. Sassenbach
	K. Wartiainen	—	—	O. Tokoi	—
	Pete Curran Allen Gee	W. A. Appleton Allen Gee	W. A. Appleton James O'Grady	W. A. Appleton James O'Grady	W. A. Appleton Ben Tillett
	Rich. Hansen Ole O. Lian	Ole O. Lian	—	Ole O. Lian	Ole O. Lian Jens Teigen
	Herm. Lindquist Ernst Söderberg	—	Arvid Thorberg	Ernst Söderberg	Arvid Thorberg
	—	L. Jouhaux George Yvetot	L. Jouhaux George Yvetot	G. Dumoulin L. Jouhaux	G. Dumoulin L. Jouhaux
	J. Oudegeest	J. Oudegeest	J. Oudegeest	J. Oudegeest	Edo Fimmen J. Oudegeest
	A. Cabrini	R. Rigola F. Quaglino	L. D'Aragona	L. D'Aragona F. Quaglino	—
	Anton Hueber S. Zulawski	Anton Hueber F. A. Jura	Anton Hueber F. Rautenkranz	Anton Hueber Franz Nader	Franz Domes Anton Hueber
	—	Aug. Huggler	Aug. Huggler	Aug. Huggler Rob. Kolb	Karl Dürr Ch. Schürch
	—	Vincente Barrio	Vincente Barrio	Vincente Barrio	Julian Besteiro F. L. Caballero
	Samuel Jászai	Samuel Jászai	Samuel Jászai K. Teszársz	Samuel Jászai	—
	—	Wilh. Bukscheg	Wilh. Bukscheg	Wilh. Bukscheg	—
	—	—	Franz Rauscher	Franz Rauscher	—
	—	—	G. Karpousoff J. Sakasoff	—	—
	—	—	G. Christescu	—	—
	—	—	D. Laptshewitsch D. Tucovic	—	—
	—	—	James Duncan	George W. Perkins	Samuel Gompers John J. Hynes Daniel J. Tobin

L a n d	Gewerkschafts- konferenz 1917 B e r n	Gewerkschafts- konferenz 1919 B e r n
Norwegen	R. Hansen O. Ruud — —	P. Aarö Olav Kringen D. Ole Lian —
Österreich	F. Domes J. Grünwald F. Hanusch A. Hueber R. Müller — —	F. Domes J. Gion J. Grünwald — — — —
Palästina	— — —	— — —
Polen	— — — — —	— — — — —
Rumänien	— —	— —
Schweden	J. Jönsson Herm. Lindquist E. Söderberg Claes E. Tholin Arvid Thorberg — — — — —	K. Holmström E. Söderberg A. Thorberg — — — — — —
Schweiz	K. Dürr H. Eugster A. GrosPierre A. Huggler E. Nicolet F. Reichmann Emile Ryser J. Schlumpf O. Schneeberger Alb. Senn A. Vuattolo	E. Duby K. Dürr A. GrosPierre A. Huggler K. Iig E. Marti E. Ryser O. Schneeberger Ch. Schürch —

I. ordentlicher Kongreß 1919 A m s t e r d a m	Außerordentlicher Kongreß 1920 L o n d o n	II. ordentlicher Kongreß 1922 R o m	III. ordentlicher Kongreß 1924 W i e n
K. Hansen O. O. Lian J. Teigen —	P. Aarö K. Eng H. Olsen O. Olsen E. Volan	O. O. Lian — — — —	— — — —
Frau A. Boschek F. Domes J. Grünwald A. Hueber St. Huppert G. Loria J. Paulik K. Pick	F. Domes A. Hueber Ed. Straas — — — — —	F. Domes — — — — — — —	Frau A. Boschek Fr. Domes J. Hannak J. Schorsch Ed. Straas J. Svitancis —
— —	— —	— —	E. Golumb D. Hos D. Sverdlhoff
— — — — —	J. Adamek A. Debski Z. Zulawski — — —	Kurylowicz J. Stanezyk A. Szezerkowski Z. Zulawski — —	V. Alter J. Kwapinski A. Szezerkowski W. Topinek A. Zdanowski Z. Zulawski
— —	— —	— —	J. Flueras G. Hoffer
J. Jönsson A. Sjöstedt C. E. Tholin A. Thorberg — — — — —	K. W. Holmström J. Jönsson E. Lange A. Thorberg — — — — —	A. Bengtsson S. Hansson K. W. Holmström E. Johanson J. O. Johansson J. Larsson J. A. Lundgren L. Nordgren A. Thorberg — —	P. Bergman A. Forslund C. O. Johansson E. Johanson E. Lange J. Larsson Ch. Lindley J. A. Lundgren L. Noord L. Nordgren A. Svensson
K. Dürr A. GrosPierre Ch. Schürch — — — — — — — — —	K. Dürr — — — — — — — — —	O. Berger R. Bratschi K. Dürr O. Kunz A. Schneeberger Ch. Schürch — — — — —	A. Brunner K. Dürr E. Marti Dr. Oprecht A. Traber M. Wilhelm — — — — —

VI. Internationale Berufssekretariate

In einer Darstellung der Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung dürfen die Internationalen Berufssekretariate nicht fehlen. Auch sie haben nach Kräften dazu beigetragen, die Arbeiter der verschiedenen Länder miteinander in Verbindung zu bringen. Vielfach ging dem Zusammenschluß der Landeszentralen ein internationaler Zusammenschluß einzelner Berufe voraus. Dieser doppelte internationale Zusammenschluß der Gewerkschaften hat sich gut bewährt, und die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen der einzelnen Berufe hat niemals Schwierigkeiten verursacht, da jede dieser Körperschaften ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen hat. Das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen und die von diesem einberufenen Internationalen Gewerkschaftskonferenzen haben den internationalen Zusammenschluß der Berufe stets gefördert, wie auch diese stets für den Anschluß an die Landeszentralen eingetreten sind.

Zuerst hat sich die Konferenz von Kristiania (1907) mit dieser Frage beschäftigt und einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz ist der Auffassung, daß die einzelnen Gewerkschaften, sowohl aus allgemeinen Solidaritätsgründen wie auch mit Rücksicht auf die stark zunehmende Koalition der Unternehmer, die Pflicht haben, den betreffenden Berufsverbänden im eigenen Lande anzugehören und daß diese Verbände aus den genannten Gründen verpflichtet sind, sich der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes anzuschließen.

Wenn dieser Hauptpflicht nachgekommen ist, aber auch nur dann, hält die Konferenz es für richtig, daß die einzelnen Berufsverbände sich international mit den entsprechenden Verbänden anderer Länder verbinden, teils um sich, wenn nötig,

bei größeren Lohnkämpfen eine weitere Unterstützung als die, welche die Landeszentrale aufzubringen vermag, zu sichern, und weiter, um durch die engstmöglichen tätigen Beziehungen nach jeder Richtung hin die internationale Verbrüderung der Arbeiter aller Länder zur Durchführung zu bringen.“

Die Konferenz von Kristiania nahm auch bereits bei Beratung des von Norwegen beantragten Tagesordnungspunktes „Organisation der Seeleute“ Veranlassung, diese Angelegenheit nicht zu behandeln, sie vielmehr der Internationale der Seeleute zu überweisen.

Die Internationale Konferenz in Budapest (1911) erweiterte den Beschluß von Kristiania in folgender Weise:

„Die Internationale Konferenz in Budapest ersucht, unter Bekräftigung des im Jahre 1907 in Kristiania gefaßten Beschlusses, wonach es Pflicht der einzelnen Organisationen ist, sich ihrer Landeszentrale anzuschließen, die Internationalen Berufssekretariate und Verbände, nur solche Organisationen zuzulassen, die ihrer zuständigen Landeszentrale angehören, und bei den Organisationen, die ihren Internationalen Berufssekretariaten angeschlossen sind, ohne ihrer Landeszentrale anzugehören, dahin zu wirken, daß sie sich der zuständigen Landeszentrale anschließen.“

Im Bericht des Internationalen Sekretärs über das Jahr 1911 wird zum erstenmal eine Statistik über die Internationalen Berufssekretariate gegeben, ebenfalls Einzeldarstellungen der verschiedenen Sekretariate. Es gab in diesem Jahre 28 Berufssekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland hatten, und zwar die Sekretariate der Bäcker, Bauarbeiter, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Friseurgehilfen, Gemeindearbeiter, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Hotel- und Restaurantangestellten, Hutarbeiter, Kürschner, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler, Schneider, Schuh- und Lederarbeiter, Steinsetzer, Tabakarbeiter, Transportarbeiter und Töpfer. Die Sekretariate der Bergarbeiter und der Textilarbeiter hatten den Sitz in England, das der Handelsangestellten in Holland und das der Steinarbeiter in der Schweiz. Von 22 dieser Sekretariate wurden Angaben über die angeschlossenen Länder und Organisationen sowie deren Mitgliederzahl gemacht.

Die Züricher Konferenz (1913), an der zum erstenmal Vertreter der Internationalen Berufssekretariate teilnahmen, beschäftigte sich in eingehender Weise mit den Beziehungen zwischen Landeszentralen und Internationalen Berufssekretariaten. Rumänien, obgleich nicht vertreten, hatte den Antrag gestellt, daß den Internationalen Berufssekretariaten nur solche Gewerkschaften angehören können, welche der in Frage kommenden Landeszentrale angeschlossen sind. Demgegenüber verwies Legien auf die Beschlüsse von Kristiania und Budapest, in denen der Wunsch ausgedrückt ist, daß das geschehe, was die rumänische Landeszentrale nun zum Obligatorium erheben möchte. Er glaubte, daß dazu die Zeit noch nicht gekommen sei und daß es besser wäre, den in dieser Angelegenheit von den vorhergehenden Konferenzen geäußerten Wunsch zu wiederholen.

Derselben Ansicht waren fast alle zum Wort kommenden Vertreter der Landeszentralen und der Internationalen Berufssekretariate. Nur Jouhau, Mertens und D'Aragna stimmten dem rumänischen Antrage zu, was Fimmen zur Bemerkung veranlaßte, daß der rumänische Antrag höchstens in einigen germanischen Ländern Aussicht auf Verwirklichung hätte, daß er aber gerade von den romanischen Ländern, wo er absolut undurchführbar sei, befürwortet werde. Perkins erklärte sein grundsätzliches Einverständnis mit dem Antrag, lehnte ihn aber auf Grund der von Legien gemachten Ausführungen ab. Schließlich wurde folgende von Hueber eingebrachte Resolution angenommen:

„Die Konferenz erklärt, an den bisherigen Beschlüssen über die gegenseitige Verpflichtung der Landeszentralen und Internationalen Berufssekretariate, außenstehende Organisationen zum Anschluß zu bewegen, festzuhalten und geht über den Antrag der rumänischen Landeszentrale zur Tagesordnung über.“

Dieselbe Frage stand auch auf der Tagesordnung der Ersten Konferenz der Internationalen Berufssekretäre, die im Anschluß an die Internationale Konferenz der Gewerkschaftlichen Landeszentralen abgehalten wurde. Viel Neues kam dabei nicht heraus. Am Schluß wurde folgende von Tom Shaw,

dem Internationalen Sekretär der Textilarbeiter beantragte Resolution einstimmig angenommen:

„Diese Konferenz der Landes- und Internationalen Berufssekretäre ist der Meinung, daß die internationale Organisation sehr gefördert werden kann durch eine engere Verbindung zwischen den Internationalen Berufssekretären und dem Internationalen Büro sowie durch Schaffung einer ständigen Übersetzungs-Abteilung im Internationalen Büro.“

In der Folge wurde noch über die Frage der Vereinheitlichung der Berichterstattung sowie der internationalen Gewerkschaftsstatistik verhandelt und beschlossen, die Ausarbeitung gemeinsamer statistischer Formulare einer Kommission von drei Personen zu übertragen.

Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Internationalen Berufssekretäre auch zu den künftigen Konferenzen der Landeszentralen einzuladen.

Der Weltkrieg schaltete auch die Wirksamkeit der Internationalen Berufssekretariate aus, vor allem, da sie mit zwei Ausnahmen in kriegführenden Ländern ansässig waren. Auch an den Konferenzen in Bern nahmen die Internationalen Sekretariate nicht teil, ebensowenig am Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam. Dagegen waren auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in London 18 Internationale Sekretariate vertreten. Auch bei den Berufssekretariaten regte sich überall neues Leben, sodaß Ende 1921 in den Internationalen Berufssekretariaten über 21 Millionen Arbeiter zusammengeschlossen waren. Dem Kongreß in Rom wohnten zahlreiche Vertreter der Berufssekretariate bei, die sich auch lebhaft an den Debatten beteiligten. Hier wurde auch eine Resolution angenommen, in der die Berufs- und Industrieverbände der einzelnen Länder aufgefordert werden, sich sowohl ihren Landeszentralen als auch ihren Internationalen Berufssekretariaten anzuschließen. Ferner wurde der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes ermächtigt, im Bedarfsfalle besondere Konferenzen mit den Berufssekretären abzuhalten.

Während des Kongresses fand auch eine besondere Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der Berufssekretariate statt, in der

über die Aufgaben der Berufssekretariate, über Teilnahme an den Gewerkschaftskongressen und die Verpflichtung zum Beitritt zu den gewerkschaftlichen Landeszentralen verhandelt wurde. Hier spielte auch bereits die Russenfrage eine Rolle, desgleichen bei den Verhandlungen, die dem Kongreß folgten. Am 9. November 1923 wurde in Amsterdam eine Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Berufssekretären abgehalten, auf der teilweise einstimmig, teilweise mit starker Majorität Beschlüsse über die Beziehungen zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Internationalen Berufssekretariaten gefaßt wurden. Der Text dieses Übereinkommens ist im Bericht an den Wiener Gewerkschaftskongreß zu finden, ebenfalls eine eingehende Darstellung des Verhältnisses der Internationalen Berufssekretariate zu Moskau.

Dem Wiener Gewerkschaftskongreß ging ebenfalls eine Konferenz zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Berufssekretariaten voraus, über die ein ausführliches Protokoll vorliegt. Die hier gefaßte, später vom Gewerkschaftskongreß bestätigte kurze Resolution, die heute noch in Kraft steht, lautet folgendermaßen:

„Die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate vom 31. Mai und 1. Juni 1924 erklärt, daß als einzige Internationale aller Gewerkschaften ausschließlich der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam anerkannt wird.

Die Beschlüsse der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Berufssekretariate vom 9. und 10. November 1923 werden als organisatorische Richtlinien anerkannt.

Sollten Internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit versetzt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gebeten, sich zuvor mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes und den drei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen.

Erklärung:

Die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate erklären, daß sie die Zusammenarbeit mit dem Internationalen

Gewerkschaftsbund als nötig erachten und deshalb dem Passus: „Sollten Internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit versetzt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gebeten, sich zuvor mit dem Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes und den drei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen“, im Sinne des Absatzes 4 der Richtlinien für die Internationalen Berufssekretariate zustimmen.

(Absatz 4 lautet wie folgt: Die Internationalen Berufssekretariate verpflichten sich, in allgemeinen Fragen, die über das Gebiet der besonderen Berufsinteressen hinausgehen, sowie in speziellen, die Interessen der anderen Gewerkschaftsorganisationen betreffenden Fragen, ohne vorherige Beratung mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes oder zum mindesten mit dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine endgültigen Beschlüsse zu fassen.)“

Der Wiener Kongreß billigte den Internationalen Berufssekretariaten eine aus drei Personen bestehende Vertretung der Berufssekretariate im Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu, um so eine reibungslose Zusammenarbeit herbeizuführen.

Bei allen Verhandlungen wurde stets davon ausgegangen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine Zusammenfassung der Landeszentralen ist, daß die Internationalen Berufssekretariate nicht direkt angeschlossen sind, sondern daß es sich nur um ein freundschaftliches Zusammenarbeiten handelt. Um aber diese Zusammenarbeit so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten, wurde in einer späteren Sitzung eine Vertretung der Berufssekretariate eingesetzt, die mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes neue Richtlinien über die Beziehungen zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Berufssekretariaten ausarbeiten soll. Diese Beratungen sind noch nicht zu Ende geführt.

Nachstehende Mitteilungen über die einzelnen Berufssekretariate sind von diesen selbst geliefert, sie beziehen sich auf folgende Fragen:

1. In welchem Jahre wurde Ihr Sekretariat begründet?
2. Welche internationalen Beziehungen sind dieser Gründung vorausgegangen?
3. An welchem Orte wurde das Sekretariat eingerichtet, und welche Sitzverlegungen haben stattgefunden?
4. Namen der aufeinanderfolgenden Sekretäre mit Angabe ihrer Tätigkeitsdauer.
5. Welche internationalen Kongresse bzw. Konferenzen haben stattgefunden?
6. Ist Ihr Sekretariat aus einer Verschmelzung selbständiger internationaler Sekretariate entstanden; wann wurden diese begründet, und wann haben die Verschmelzungen stattgefunden?
7. Wieviel Länder, Organisationen und Mitglieder sind Ihrem Sekretariat angeschlossen?

Bauarbeiter.

Bauarbeiter-Internationale.

1. 1903.
2. Schon vor der Gründung der Bauarbeiter-Internationale stand der Deutsche Maurerverband mit den Bauarbeiterorganisationen in Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, der Schweiz, Italien, Ungarn, Österreich und Deutschland im Verkehr. Das Verhältnis des Deutschen Maurerverbandes zu den Maurerorganisationen in den skandinavischen Ländern fußte hauptsächlich auf kameradschaftlichen Beziehungen ohne besonderen wirtschaftlichen Hintergrund. Etwas anders, selbstverständlich auch kameradschaftlich, war das Verhältnis zu den Bauarbeiterorganisationen in Italien, Österreich, Ungarn und Holland. In diesen Ländern versuchte der Deutsche Maurerverband durch Hergabe von Geldmitteln und durch Entsendung von Propagandisten die Organisation zu stärken und den Zuzug von Streikbrechern nach Deutschland zu verhindern.
3. 1903 bis jetzt Hamburg.
4. 1903—1913 Theodor Bömelburg, 1913—1919 Fritz Paepflow, 1919 bis jetzt Georg Käppler.
5. 1903 Berlin, 1907 Stuttgart, 1910 Kopenhagen, 1919 Amsterdam, 1921 Innsbruck, 1922 Wien, 1924 Stockholm.
6. Am 1. Januar 1925 ist die Internationale der Zimmerer mit der Bauarbeiter-Internationale verschmolzen worden. Die Zimmerer-Internationale wurde ebenfalls 1903 auf einer Konferenz in Berlin begründet. Der Sitz war stets Hamburg. Spätere Konferenzen fanden statt 1907 in Köln und 1913 in Hamburg. Die Verschmelzung wurde nötig, weil im Laufe der Zeit die Zimmererorganisationen in allen Ländern mit Ausnahme von Dänemark und Deutschland zu den allgemeinen Bauarbeiterorganisationen übertraten.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 26 Organisationen mit 756 059 Mitgliedern.

Bekleidungsarbeiter.

Internationale Bekleidungsarbeiter-Föderation.

1. 1893.
2. Über frühere internationale Beziehungen ist nichts bekannt.
3. 1894—1920 Berlin, 1920 bis jetzt Amsterdam.
4. 1894—1900 Frau Klara Zetkin, 1900—1920 Heinrich Stühmer, 1920 bis jetzt T. van der Heeg.
5. 1893 Zürich, 1896 London, 1900 Paris, 1904 Dresden, 1908 Frankfurt a. M., 1913 Wien, 1919 Amsterdam, 1920 Kopenhagen, 1924 Wien.
6. Am 1. Januar 1925 ist das Internationale Kürschnersekretariat mit der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation verschmolzen worden. Dieses wurde 1894 begründet und hatte bis zum Jahre 1901 seinen Sitz in Wien, dann wurde es 1910 nach Berlin verlegt. Sekretäre waren 1894—1901 Jos. Waslawik, 1901—1908 Kobis, 1908—1909 Schubert und zuletzt A. Regge. Kongresse fanden statt 1894 Brüssel, 1902 Hamburg, 1906 Leipzig, 1909 Brüssel, 1912 Wien, 1921 Leipzig und 1924 Berlin.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 29 Organisationen mit 315 447 Mitgliedern.

Bergarbeiter.

Internationaler Bergarbeiter-Verband.

1. 1890.
2. Über frühere Beziehungen ist nichts bekannt.
3. 1890—1918 Manchester, 1919 bis jetzt London.
4. 1890—1918 Thomas Ashton, 1918 bis jetzt Frank Hodges, mit vorübergehender Vertretung durch A. J. Cook.

5. 1890 Jolimont, 1891 Paris, 1892 London, 1893 Brüssel, 1894 Berlin, 1895 Paris, 1896 Aix-la-Chapelle, 1897 London, 1898 Wien, 1899 Brüssel, 1900 Paris, 1901 London, 1902 Düsseldorf, 1903 Brüssel, 1904 Paris, 1905 Liège, 1906 London, 1907 Salzburg, 1908 Paris, 1909 Berlin, 1910 Brüssel, 1911 London, 1912 Amsterdam, 1913 Karlsbad, 1920 Genf, 1922 Frankfurt, 1924 Prag.

6. —.

7. Angeschlossen waren am 1. Mai 1926 15 Organisationen mit 1 750 550 Mitgliedern.

Buchbinder.

Internationale Organisation der Buchbinder und verwandten Berufe.

1. 1907.
2. Im Jahre 1902 regte der österreichische Verband eine internationale Konferenz an, dann trat der deutsche Verbandstag von 1904 für engere internationale Beziehungen ein und der deutsche Verband erließ entsprechende Anfragen an die Verbände, jedoch ohne Erfolg. Der österreichische Verband wiederholte seine Anstrengungen, und eine erneute Einladung des deutschen Verbandes führte zu der Internationalen Konferenz des Jahres 1907.
3. 1907—1919 Berlin, 1920 bis jetzt Bern.
4. 1907—1919 Emil Kloch, 1920 bis jetzt H. Hochstrasser.
5. 1907 Nürnberg, 1910 Erfurt, 1913 Brüssel, 1920 Bern, 1923 Leipzig.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 17 Organisationen mit 79 800 Mitgliedern.

Buchdrucker.

Internationales Buchdrucker-Sekretariat.

1. 1893.
2. Es bestanden zwischen einzelnen Verbänden, hauptsächlich zwischen denjenigen des deutschen Sprachgebiets, schon seit langem Beziehungen, die sich hauptsächlich auf die Reiseunterstützung bezogen. Schon in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen, die die Freizügigkeit von einem Verband zum andern in der Frage der Reiseunterstützung, die so alt ist wie das Buchdruckgewerbe überhaupt, festlegte.
3. 1893—1909 Bern, 1909—1919 Stuttgart, 1919 bis jetzt Bern.
4. 1893—1896 G. Reimann, 1896—1901 Friedrich Siebenmann, 1902—1920 Pierre Stautner, 1921—1925 Fritz Verdan, seit 1. Januar 1926 Hans Grundbacher.
5. 1889 Paris, 1892 Bern, 1896 Genf, 1901 Luzern, 1907 Paris, 1912 Stuttgart, 1919 Luzern, 1921 Wien, 1924 Hamburg.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 1. Mai 1926 23 Organisationen mit 175 104 Mitgliedern.

Diamantarbeiter.

Diamantarbeiter-Weltverband.

1. 1905.
2. Bereits im Jahre 1889 fand gelegentlich eines Konfliktes in Frankreich ein Zusammenarbeiten statt und an einem im selben Jahre in Paris abgehaltenen Kongreß nahmen französische und schweizerische Delegierte teil. Auf einem zweiten internationalen Kongreß, der 1890 in Charlesville stattfand, waren Belgier und Holländer vertreten, und am dritten Kongreß 1894 nahmen auch nur diese beiden Länder teil. Dagegen war 1895 in Amsterdam

Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland und die Schweiz vertreten. Es folgte noch ein Kongreß im Jahre 1897 in Antwerpen und dann der Kongreß 1905 in Paris, der die Errichtung des Weltverbandes beschloß.

3. 1905 bis jetzt Antwerpen.
4. 1905—1911 Groesser, 1911—1913 Bartels, 1913 bis jetzt Van Berckelaer.
5. 1905 Paris, 1907 St. Claude, 1910 Amsterdam, 1913 Antwerpen, 1920 London, 1925 Paris. Außerdem fanden Konferenzen zur Erledigung bestimmter Fragen statt, und zwar 1911 in Frankfurt wegen Regelung der Lehrlingsfrage, 1921 in Idar wegen allgemeiner Propaganda und 1924 in Antwerpen wegen der Frage der Valuta.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 9 Organisationen mit 21 241 Mitgliedern.

Fabrikarbeiter.

Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiter-Verbände.

1. 1920.
2. Von 1908 bis 1914 bestand in ganz bescheidenem Umfange ein Internationales Sekretariat, das mit Ausbruch des Krieges seine Tätigkeit einstellte.
3. 1920 bis jetzt Amsterdam.
4. 1920 bis jetzt R. Stenhuis.
5. 1920 Amsterdam, 1923 Wien, 1925 Wien.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 17 Organisationen mit 690 115 Mitgliedern.

Friseure.

Internationale Union der Friseurgehilfen.

1. 1907.
2. Durch die Beschäftigung deutscher Friseurgehilfen in der Schweiz, England, Frankreich, Dänemark und Schweden ergaben sich internationale Beziehungen von selbst, in erster Linie mit Österreich und der Schweiz. Seit 1905 erfolgte eine gegenseitige Vertretung auf den Verbandstagen. Zeitweilig bildete die „Friseurgehilfen-Zeitung“ des deutschen Verbandes zugleich das Organ für Österreich und für die Schweiz. Schließlich kam es zu Gegenseitigkeitsabkommen betr. Übertritt und Reiseunterstützung.
3. 1907—1908 Hamburg, 1908 bis jetzt Berlin.
4. 1907 bis jetzt Friedrich Eitzkorn.
5. 1907 Stuttgart, 1911 Zürich, 1921 Reichenberg, 1924 Wien.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 9 Organisationen mit 8 860 Mitgliedern.

Glasarbeiter.

Internationale Glasarbeiter-Föderation.

1. 1908.
2. Bereits 1892 wurde ein internationales Sekretariat mit dem Sitz in Castelefort (England) ins Leben gerufen, das aber nur bis 1900 bestand. Sekretär war Greenwood. Es wurden zwei Kongresse abgehalten, und zwar 1892 in Fourmiers und 1894 in London.
3. 1908—1920 Berlin, 1920 bis jetzt Paris.
4. 1908—1920 Emil Girbig, 1920 bis jetzt Charles Delzant.
5. 1908 Paris, 1911 Berlin, 1921 Amsterdam, 1924 Prag.

6. —.

7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 11 Organisationen mit 93 000 Mitgliedern.

Holzarbeiter.

Internationale Union der Holzarbeiter.

1. 1904.
2. Im August 1891 fand auf Grund einer Einladung des Belgischen Holzarbeiterverbandes in Brüssel der 1. Internationale Holzarbeiterkongreß statt, der die Einrichtung eines Internationalen Informationsdienstes beschloß. Im Jahre 1893 wurde in Zürich der 2. Internationale Kongreß abgehalten. Gelegentlich des Internationalen Arbeiterkongresses in London 1896 fand eine Holzarbeiterbesprechung statt, an der sich jedoch nur Vertreter aus Deutschland, England, Frankreich und Holland beteiligten. Bis 1899 waren die internationalen Beziehungen sehr gelockert. Nach 1899 entwickelte sich ein neuer internationaler Verkehr zwischen verschiedenen mitteleuropäischen Ländern einerseits und Frankreich und England andererseits. Die Fühlungnahme der beiden Gruppen führte zur Einberufung des Amsterdamer Kongresses im Jahre 1904.
3. 1891—1893 Brüssel, 1893—1896 Stuttgart, 1904—1908 Stuttgart, 1909—1919 Berlin, 1920 bis jetzt Amsterdam.
4. 1891—1893 François Sas, 1893—1896 Karl Kloß, 1904—1919 Theodor Leipart, 1920 bis jetzt Cornelis Woudenberg.
5. 1891 Brüssel, 1893 Zürich, 1896 London, 1904 Amsterdam, 1907 Stuttgart, 1910 Kopenhagen, 1919 Amsterdam, 1922 Wien, 1925 Brüssel.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 41 Organisationen in 22 Ländern mit 1 000 876 Mitgliedern.

Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte.

Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

1. 1908.
2. Der deutsche Verband stand vor Errichtung des Sekretariats mit der österreichischen Organisation in enger Fühlung. In anderen Ländern waren freie gewerkschaftliche Organisationen der gastwirtschaftlichen Angestellten von Bedeutung nicht vorhanden. Dieser Umstand veranlaßte den deutschen Verband, sein Organisationsgebiet auch auf das Ausland zu erstrecken, und namentlich in den Ländern, wo Deutsche und Österreicher in großer Anzahl tätig waren, Agitation zu betreiben. Auf diese Weise wurden Zweigvereine des deutschen Verbandes in Paris, London, Brüssel, Zürich u. a. außerdeutschen Städten gegründet, die ebenso wie die Zweigvereine in Deutschland mit der Hauptverwaltung bzw. dem Gesamtverbande verbunden waren.
3. 1908—1920 Berlin, 1920—1924 Amsterdam, 1924 bis jetzt Berlin.
4. 1908—1912 Albert Baumeister, 1912—1920 Hugo Poetzsch, 1920—1924 van Heusden, 1924 bis jetzt Rudolf Ströhlinger.
5. 1908 Berlin, 1911 Amsterdam, 1920 Amsterdam, 1924 Berlin.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 14 Organisationen mit ca. 68 000 Mitgliedern.

Hutmacher.

Internationaler Hutarbeiterbund.

1. 1900.
2. Vor der Gründung der Internationale wurden drei Kongresse abgehalten, und zwar 1889 in Paris, 1893 in Zürich und 1896 in London. Der Gedanke der Gründung einer Internationalen

Föderation kam im Jahre 1878 während der Weltausstellung in Paris in einer Sitzung von Vertretern der Hutmachervereinigungen Deutschlands, Dänemarks und Italiens auf. Schon viel früher wurden jedoch internationale Verbindungen zwischen den Vereinigungen der Hutmacher der verschiedenen Länder zur Unterstützung der Arbeit suchenden Genossen im Auslande unterhalten.

3. 1900—1906 Paris, 1906—1921 Altenburg (Deutschland), 1921 bis jetzt Monza (Italien).
4. 1900—1906 Joseph Espanet, 1906—1921 A. Metschke, 1921 bis jetzt Ettore Reina.
5. 1900 Paris, 1903 Brüssel, 1906 Frankfurt a. M., 1909 Wien, 1912 Monza, 1921 Zürich, 1925 Paris.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 13 Organisationen mit 57 077 Mitgliedern.

Keramische Arbeiter.

Internationale Föderation der keramischen Arbeiter.

1. 1905.
2. Schon längere Jahre vor der Errichtung des Sekretariats hatte der deutsche Verband mit der österreichischen und in der Folge auch mit der dänischen Organisation Gegenseitigkeitsverträge, welche die gegenseitige Unterstützung reisender Mitglieder in den Vertragsländern regelte und bei Arbeitsaufnahme in einem Vertragslande die bedingungslose Aufnahme in die Organisation des Landes unter Anrechnung der im Stammverbande zurückgelegten Mitgliedsdauer und Wahrung erworbener Rechte sicherte.
3. 1905 bis jetzt Berlin.
4. 1905—1913 Fritz Zietsch, 1913 bis jetzt Georg Wollmann.
5. 1906 Limoges, 1909 Florenz, 1912 Hanley, 1923 Berlin.

6. —.

7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 6 Organisationen mit 84 869 Mitgliedern.

Landarbeiter.

Internationale Landarbeiter-Föderation.

1. 1920.

2. Vor 1920 bestand nur ein Austausch von Verbandsorganen und Drucksachen.

3. 1920—1924 Utrecht (Holland), 1924 bis jetzt Berlin.

4. 1920—1924 Hiemstra, 1924 bis jetzt Georg Schmidt.

5. 1920 Amsterdam, 1921 Genf, 1922 Wien, 1924 Berlin.

6. —.

7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 15 Organisationen mit 377 800 Mitgliedern.

Lebensmittelarbeiter.

Internationale Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie.

1. 1920.

2. —.

3. 1920 bis jetzt Zürich.

4. 1920 bis jetzt Jean Schifferstein.

5. 1920 Zürich, 1923 Brüssel, 1925 Kopenhagen. Außerdem hielten die Bäckereiarbeiter vier selbständige internationale Kongresse zur Besprechung der Frage der Nacharbeit ab, und zwar 1923 Köln, 1924 Bern, 1925 Stuttgart, 1925 Kopenhagen.

6. Vor 1920 bestanden drei internationale Sekretariate, die sich am 1. Oktober verschmolzen, und zwar das Internationale Sekretariat der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter, begründet 1907, das Internationale Sekretariat der Brauerei- und Mühlenarbeiter, begründet 1908 und die Internationale Zentralstelle der Fleischereiarbeiter, begründet 1913.

7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 29 Organisationen mit 623 000 Mitgliedern.

Lederindustrie.

Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter.

1. 1907.

2. Das erste Internationale Sekretariat der Schuhmacher wurde im Jahre 1889 gelegentlich einer Konferenz in Paris, die zeitlich mit dem Internationalen Sozialistenkongreß zusammenfiel, gegründet. Als Sitz wurde Zürich bestimmt. Das Sekretariat konnte wegen des mangelnden Interesses der einzelnen Landesorganisationen eine größere Tätigkeit nicht entfalten. Der letzte Rechenschaftsbericht des damaligen Sekretärs Martens in Zürich ist im Mai 1897 erschienen. — Bis zur Gründung des jetzigen Sekretariats waren die internationalen Beziehungen nur ganz lose. Sie bestanden in der Hauptsache darin, daß zwischen den Schuhmacherverbänden in Deutschland, den skandinavischen Ländern, Österreich und Ungarn und der Schweiz ein Abkommen getroffen war über gegenseitige Auszahlung von Reiseunterstützung an Mitglieder dieser Verbände. Am Jahresschluß erfolgte dann Abrechnung über diese ausgezahlten Unterstützungen. Ab und zu wurde auch bei größeren Streiks bzw. Aussperrungen gegenseitige Unterstützung gewährt.

3. 1907 bis jetzt Nürnberg.

4. 1907 bis jetzt Josef Simon.

5. 1907 Stuttgart, 1910 Kopenhagen, 1919 Zürich, 1921 Wien, 1923 Dresden, 1925 Paris.

6. Die „Internationale Vereinigung“ wurde im Jahre 1921 gebildet durch Verschmelzung des Internationalen Berufssekretariates der Schuhmacher, auf das vorstehende Angaben Bezug haben, mit dem Internationalen Berufssekretariat der Sattler (begründet 1903, Sekretär Joh. Sassenbach) und der Lederarbeiter (Gerber). Dieses letztere war aus dem 1896 begründeten Internationalen Sekretariat der Handschuhmacher hervorgegangen, das 1914 die Aufnahme von Gewerkschaften der Lederarbeiter beschloß und seinen Namen entsprechend änderte. Sekretär war Heinrich Mahler.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 26 Organisationen mit 357 504 Mitgliedern.

Lithographen.

Internationaler Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

1. 1896.
2. Frühere organisatorische Beziehungen bestanden nicht, die Beziehungen beschränkten sich auf den Austausch von Mitteilungen.
3. 1896—1907 London, 1907—1920 Berlin, 1920 bis jetzt Brüssel.
4. 1896—1900 C. Harrap, 1900—1907 G. D. Kelley, 1907—1920 Otto Sillier, 1920 bis jetzt Fr. Poels.
5. 1896 London, 1898 Bern, 1900 Paris, 1902 Berlin, 1904 Mailand, 1907 Kopenhagen, 1910 Amsterdam, 1913 Wien, 1920 Bern, 1923 Luzern, 1925 Köln.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 22 Organisationen mit 45 562 Mitgliedern.

Maler.

Internationales Sekretariat der Zentralverbände der Maler und verwandten Berufe.

1. 1911.
2. Die internationalen Beziehungen gehen bis 1903 zurück. Damals besuchte zum ersten Male der Vorsitzende des dänischen Malerverbandes (Rudolph Poulsen, jetzt 73 Jahre alt und immer noch auf gleichem Posten) die Generalversammlung des deutschen Verbandes in Berlin. Anlässlich dessen Generalversammlung fand im Jahre 1907 in Leipzig eine Konferenz statt, an der Vertreter der Verbände von Dänemark, Deutschland, Holland, Österreich, Ungarn, Schweden, der Schweiz und Serbien teilnahmen. Im Jahre 1911 folgte eine weitere Konferenz in München, an der die gleichen Länder sich beteiligten. — Diese Konferenz beschloß die Abhaltung eines Internationalen Kongresses, der 1911 in Zürich stattfand.
3. 1911 bis jetzt Hamburg.
4. 1911—1914 Albert Tobler, 1914 bis jetzt Otto Streine.
5. 1911 Zürich, 1920 Stuttgart, 1923 Berlin, 1925 Dresden.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 11 Organisationen mit 181 536 Mitgliedern.

Metallarbeiter.

Internationaler Metallarbeiter-Bund.

1. 1893.
2. Im Jahre 1891 fand in Brüssel eine Besprechung über eine zu schaffende internationale Verbindung statt.
3. 1893—1896 Winterthur (Schweiz), 1896—1904 London, 1904—1920 Stuttgart, 1920 bis jetzt Bern.

4. 1893—1896 fünfgliederiger Vorstand, 1896—1904 Charles Hobson, 1904—1920 Alexander Schlicke, 1920 Konrad Ilg.
5. 1893 Zürich, 1896 London, 1900 Paris, 1904 Amsterdam, 1907 Brüssel, 1910 Birmingham, 1913 Berlin, 1920 Kopenhagen, 1921 Luzern, 1924 Wien.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 28 Organisationen mit 1 857 984 Mitgliedern.

Öffentliche Dienste.

Internationale Föderation der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe.

1. 1907.
2. Gelegentlich des Verbandstages des Deutschen Gemeindearbeiterverbandes, der im Jahre 1906 in Mainz stattfand, wurde mit den Vertretern ausländischer Organisationen über die Gründung einer Internationale verhandelt.
3. 1907—1919 Berlin, 1919 bis jetzt Amsterdam.
4. 1907—1919 Albin Mohs, 1919 bis jetzt N. van Hinte.
5. 1907 Stuttgart, 1910 Kopenhagen, 1913 Zürich, 1919 Amsterdam, 1920 London, 1923 Brüssel, 1923 Berlin.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 15 Organisationen mit 445 145 Mitgliedern.

Post-Betriebe.

Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephon-Betriebe.

1. 1911.
2. Die erste Anregung und der erste Beschluß, eine internationale Liga zu gründen, ging vom Kongreß der französischen Postbeamten in Marseille im Juni 1910 aus. Auf diesem Kongreß wurde diese Angelegenheit von einem russischen Delegierten zur Sprache gebracht. Besonders setzte sich der englische Delegierte Brown (Postmen's Federation) für diese Idee ein, der auf dem Kongreß von Paris sich darauf berief, daß er mit dem besonderen Auftrag nach Marseille gesendet worden sei, eine internationale Bewegung unter den Postangestellten anzuregen.
3. 1911—1919 Bern, 1919 bis jetzt Wien.
4. 1911—1917 Felix Koch, 1919 bis jetzt Dr. Ludwig Maier.
5. 1911 Paris, 1914 London, 1920 Wien, Bern und Mailand, 1921 Prag, 1922 Koblenz und Berlin, 1923 Basel und Salzburg, 1924 Bregenz und Wien, 1925 Luxemburg und Straßburg.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Mai 1926 30 Organisationen mit 466 246 Mitgliedern.

Privatangestellte.

Internationaler Bund der Privatangestellten.

1. 1920.
2. Vor dem Kriege bestand ein Internationales Sekretariat, das im Jahre 1910 in Kopenhagen begründet wurde und später einging.
3. 1920 bis jetzt Amsterdam.

4. 1920 bis jetzt G. J. A. Smit jr.
5. 1920 Amsterdam, 1921 Wien, 1925 Kopenhagen. — Gruppenkonferenzen: Bankangestellte 1922 Berlin, 1925 Kopenhagen; Techniker: 1922 Berlin, 1925 Kopenhagen.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 41 Organisationen mit 725 103 Mitgliedern.

Steinarbeiter.

Internationales Steinarbeiter-Sekretariat.

1. 1903.
2. Seit 1898 standen die Organisationen von Deutschland, Österreich, Norwegen und Schweden miteinander in Verbindung.
3. 1903 bis jetzt Zürich.
4. 1903 bis jetzt Robert Kolb.
5. 1903 Zürich, 1908 Kassel, 1913 Brüssel, 1921 Innsbruck, 1924 Lugano.
6. Das im Jahre 1904 begründete Internationale Steinsetzer-Sekretariat hat sich im Jahre 1923 dem Steinarbeiter-Sekretariat angeschlossen.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 14 Organisationen mit 108 455 Mitgliedern.

Tabakarbeiter.

Internationaler Tabakarbeiter-Verband.

1. 1889.
2. Schon vor 1889 wurde durch die belgischen und holländischen Organisationen die Errichtung einer internationalen Organisation angestrebt. Es fand zwischen diesen und den deutschen Organisationen über diese Frage ein Briefwechsel statt.

3. 1889—1910 Antwerpen, 1910—1919 Bremen, 1919 bis jetzt Amsterdam.
4. 1890—1892 J. Vendelmans, 1892—1910 H. Jugters, 1910—1919 Karl Deichmann, 1919 bis jetzt H. J. J. Eichelsheim.
5. 1889 Antwerpen, 1890 Antwerpen, 1892 Amsterdam, 1895 Basel, 1896 London, 1900 Paris, 1904 Amsterdam, 1907 Stuttgart, 1910 Kopenhagen, 1919 Amsterdam, 1925 Brüssel.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 11 Organisationen mit 118 376 Mitgliedern.

Textilarbeiter.

Internationale der Textilarbeiter.

1. 1894.
2. Der Begründung waren in Zürich Besprechungen zwischen den deutschen und englischen Organisationen vorausgegangen.
3. Das Sekretariat befand sich immer in England, und zwar nacheinander in Manchester, Accrington, Colne und London.
4. 1894—1905 W. H. Wilkingson, 1905—1911 W. Marsland, 1911—1924 Tom Shaw, 1924—1925 J. Bell, 1925 bis jetzt Tom Shaw.
5. 1894 Manchester, 1895 Gent, 1897 Roubaix, 1900 Berlin, 1902 Zürich, 1905 Mailand, 1908 Wien, 1911 Amsterdam, 1914 Blackpool, 1921 Paris, 1924 Wien.
6. —.
7. Angeschlossen waren am 19. Mai 1926 14 Organisationen mit 942 000 Mitgliedern.

Transportarbeiter.

Internationale Transportarbeiter-Föderation.

1. 1897.
2. Auf einer im Juli 1896 in London abgehaltenen Konferenz von englischen Hafentarbeiter- und Seeleute-Organisationen wurde die Errichtung einer Internationale der Hafentarbeiter und Seeleute (Ship, Dock and River Workers) ins Auge gefaßt und beschlossen, zu diesem Zwecke im Februar 1897 einen Kongreß abzuhalten. Dieser Kongreß fand statt und beschloß die Begründung der Internationale; Im Juni 1898 wurde beschlossen, alle Gruppen von Transportarbeitern, Hafentarbeiter und Seeleute aufzunehmen. Dieser Gründung waren internationale Kongresse der Eisenbahner vorausgegangen, und zwar 1893 in Zürich, 1894 in Paris und 1895 in Mailand. Auf diesem letzten Kongreß war die Errichtung einer Internationalen Studienkommission zur Wahrung der Interessen der Eisenbahner (Comité international d'études des intérêts des travailleurs des chemins de fer) beschlossen worden.
3. 1897—1904 London, 1904—1919 Berlin, 1919 bis jetzt Amsterdam.
4. 1897—1904 Tom Chambers und zuletzt für kurze Zeit Ben Tillett, 1904—1919 Hermann Jochade, 1919 bis jetzt Edo Fimmen.
5. 1897 London, 1900 Paris, 1902 Stockholm, 1904 Amsterdam, 1906 Mailand, 1908 Wien, 1910 Kopenhagen, 1913 London, 1919 Amsterdam, 1920 Kristiania, 1921 Genf, 1922 Wien, 1924 Hamburg. Gruppenkonferenzen: *Eisenbahner* 1900 Paris, 1906 Mailand, 1908 Wien, 1920 London, 1921 Genf, 1922 Wien, 1924 Hamburg, 1925 Bellinzona. *Hafen- und Transportarbeiter* 1910 Kopenhagen, 1921 Genf, 1922 Wien, 1924 Hamburg, 1924 Hamburg (Chaufeuere), 1924 Hamburg (Binnenschiffahrt), 1924 Antwerpen (Nordseehäfen), 1925 Berlin (Nordseehäfen). *Seeleute* 1908 London und Wien, 1910 Kopenhagen und Antwerpen, 1911 Antwerpen und London, 1912 zwei in Antwerpen, 1913 Brüssel, 1921 Genf, 1922 Wien und Hamburg, 1923 London und Amsterdam, 1924 Hamburg.
6. Siehe unter 2.
7. Angeschlossen waren am 31. Dezember 1925 83 Organisationen mit 2 140 123 Mitgliedern in 35 Ländern.

VII. Internationale gewerkschaftliche Fragen

Statistische Erhebungen und internationale Auskunfts-erteilung

Bereits die Stuttgarter Konferenz 1902 befaßte sich mit der Frage: „Welche gemeinsamen statistischen Aufgaben der Gewerkschaften können in allen gewerkschaftlichen Landesorganisationen einheitlich durchgeführt werden?“ Daß einheitliche, nach denselben Grundsätzen durchgeführte Statistiken wünschenswert sind, wurde allzeit anerkannt, desgleichen wurde aber auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen.

Die folgende Konferenz in Dublin verpflichtete die Landeszentralen, dem Internationalen Sekretär einmal im Jahre einen Bericht über die Bewegung in ihren Ländern einzusenden, von dem jeder Landeszentrale zwei Abzüge zugesandt werden sollten. Diesen Beschluß hat der Internationale Sekretär in etwas anderer Form ausgeführt, indem er vom Jahre 1903 an die „Internationalen Berichte über die Gewerkschaftsbewegung“ in Buchform veröffentlichte, und zwar in deutscher, englischer und französischer Sprache. Da diese Veröffentlichung nicht nur die gewünschten Berichte brachte, sondern auch einen zusammenfassenden Bericht des Internationalen Sekretärs sowie die Protokolle der internationalen Konferenzen, die Adressen der gewerkschaftlichen Landeszentralen und der ihr angeschlossenen Organisationen mit statistischen Angaben über Mitgliederzahl, Beitragshöhe, Einnahmen und Ausgaben, war ein neues Bindeglied geschaffen, das zur Festigung der internationalen Beziehungen sehr viel beitragen konnte.

Über die beste Art der Aufstellung gewerkschaftlicher Statistiken haben die meisten folgenden Konferenzen Aussprachen geführt, und zwar im Anschluß an die ständigen

Klagen des Internationalen Sekretärs über ungenügende Mitarbeit der Landeszentralen. Jedenfalls konnten die internationalen Statistiken bis zum Ausbruch des Krieges ständig vervollkommen werden. Daß sie während des Krieges nicht fortgesetzt wurden, ist selbstverständlich. Nachdem der I. G. B. in Amsterdam seine Tätigkeit aufgenommen hatte, wurde im Jahre 1921 wiederum mit statistischen Erhebungen begonnen und das „Erste Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ herausgebracht, das nunmehr in vierter Auflage über das Jahr 1924 berichtet und auf 686 Seiten nicht allein eingehende Mitteilungen über den Stand und die Tätigkeit der dem I. G. B. angeschlossenen Landeszentralen und der diesen angeschlossenen Organisationen gibt, sondern ebenso ausführlich über die Internationalen Berufssekretariate Auskunft gibt. Ferner bringt das Jahrbuch Mitteilungen über die anderen Gewerkschaftsrichtungen, über die Sozialistische Arbeiterinternationale, den Internationalen Genossenschaftsbund, die Sozialistische Jugendinternationale und die Arbeiterbildungseinrichtungen.

Internationale gewerkschaftliche Hilfsaktionen

Feste Vereinbarungen über gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen wurden schon auf der Kopenhagener Konferenz als notwendig und die Schaffung solcher Vereinbarungen als eine Aufgabe der internationalen Zusammenkünfte bezeichnet. Die Stuttgarter Konferenz ging ausführlicher auf diese Angelegenheit ein. Es wurde festgelegt, daß nicht die Internationale Zentrale über die Notwendigkeit einer internationalen Unterstützung beschließt, sondern die betreffende Landeszentrale selbst, daß auch nur diese eine internationale Hilfsaktion beantragen kann. Die meisten Delegierten sprachen sich für diesen Modus aus, hingegen wurde nicht formell festgelegt, daß das Unterstützungsgesuch an die Internationale Zentrale zu richten und von dieser an die angeschlossenen Länder weiter zu geben ist.

Im ersten Bericht, den die internationale Zentralstelle der gewerkschaftlichen Landeszentralen der Dubliner Konferenz

vorlegte, konnte über eine internationale Unterstützungsaktion für die Bergarbeiter in Frankreich und über den Generalstreik in Holland berichtet werden.

Die Dubliner Konferenz regelte das internationale Unterstützungswesen durch die Annahme folgenden Antrages:

„Auf Ersuchen einer Landeszentrale hat der Internationale Sekretär sämtlichen Landeszentralen ein Gesuch zur Unterstützung bei größeren Kämpfen zuzustellen.

Die Landeszentrale, welche ein solches Gesuch um Unterstützung einreicht, hat diesem einen Bericht beizufügen, in welchem angegeben sein muß:

- a) die Anzahl der Streikenden und die Anzahl der in der betr. Industrie Beschäftigten;
- b) die Anzahl der im Lande vorhandenen Arbeiter und die Zahl der organisierten Arbeiter;
- c) welche Unterstützungsmittel im eigenen Lande aufgebracht werden.

Über die Gewährung von Unterstützungen entscheiden die einzelnen Landeszentralen.

Die Unterstützungsbeträge sind direkt an die um Unterstützung nachsuchende Landeszentrale zu senden, diese ist jedoch verpflichtet, dem Internationalen Sekretär einen Bericht über die Gesamtausgaben für den Kampf und über die Beitragsleistung der einzelnen Länder einzusenden. Diese Aufgaben sind im Bericht, der der Internationalen Konferenz der Landessekretäre vorzulegen ist, mit aufzunehmen.“

Ferner wurde noch beschlossen, „daß bei größeren Bewegungen und Streiks den Landeszentralen wöchentlich Berichte über die Lage zugehen müssen, damit auf die vielfach lügenhaften Berichte der bürgerlichen Presse reagiert werden kann.“

In jedem Bericht des Internationalen Sekretärs, der seit der Dubliner Konferenz erschienen ist, befinden sich Mitteilungen über beantragte und auch durchgeführte internationale Hilfsaktionen. Da indessen die Unterstützungsbeträge direkt an die betreffende Landeszentrale und sehr oft an den betreffenden Verband gesandt wurden, ohne daß man immer dem Internationalen Sekretär Mitteilung machte, läßt sich eine Aufstellung der im Laufe der Jahre für internationale Unterstützung gegebenen Summen nicht machen.

Die Budapester Konferenz (1911) hielt es aus verschiedenen Gründen für nötig, die Frage der internationalen Hilfsaktionen ausführlich zu besprechen und nahm nachstehenden, durch Zusatzanträge von Holland erweiterten Antrag der schweizerischen Landeszentrale an:

- „a) Das Internationale Sekretariat hat sich an internationalen Hilfsaktionen nur dann zu beteiligen, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- oder Industrieverbände eines Landes derart in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind, daß die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel im eigenen Lande oder von den internationalen Berufsorganisationen, denen die beteiligten Verbände angehören, nicht aufgebracht werden können. In Ausnahmefällen kann das Internationale Sekretariat auch eine Hilfsaktion einleiten, wenn in einem Lande eine solch große Anzahl Arbeiter eines einzelnen Berufes im Kampfe steht, daß die Mittel des eigenen Landes oder vom Internationalen Gewerkschaftssekretariat nicht ausreichen.
- b) Die Einleitung einer internationalen Hilfsaktion hat ferner nur dann zu erfolgen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
1. Von der Landeszentrale, der die zu unterstützenden Organisationen angehören, ist ein motiviertes Gesuch an das Internationale Gewerkschaftssekretariat einzureichen. Die Motivierung soll enthalten: Einen summarischen Bericht über Ursachen und bisherigen Verlauf des Konfliktes, ferner eine Übersicht über die Organisationsstärke und die finanzielle Leistungsfähigkeit der hilfesuchenden Organisationen.
 2. Die zu unterstützenden Organisationen müssen Mitglieder einer dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentrale sein, insofern nicht besondere politische Verhältnisse des Landes dies unmöglich machen.
 3. Ferner wird die Unterstützungsaktion nur für solche Organisationen weitergeführt, die das Internationale Sekretariat durch regelmäßige Informationen über den Verlauf der Kämpfe orientieren und sich zur Veröffentlichung der Abrechnung über die Kosten des Kampfes verpflichten.
- c) Sind die in Abschnitt b bezeichneten Bedingungen erfüllt, so hat das Internationale Gewerkschaftssekretariat die Hilfsaktion einzuleiten. Das an die Landeszentralen gerichtete Unterstützungsgesuch soll enthalten: eine kurze Begründung, ein Gutachten des Internationalen Sekretariats

und, soweit dies möglich erscheint, bestimmte Vorschläge über die Art und Weise, wie die Unterstützung am zweckmäßigsten erfolgen könnte.

- d) Das Internationale Sekretariat hat ferner dafür zu sorgen, daß bei länger andauernden Kämpfen die an der Hilfsaktion sich beteiligenden Landeszentralen von Zeit zu Zeit über die Situation unterrichtet werden, und daß in allen Fällen baldmöglichst nach Abschluß des Kampfes den betr. Landeszentralen Bericht und Abrechnung über den Kampf erstattet wird.
- e) Alle Gelder werden dem Internationalen Sekretariat übermittelt, das nach Abschluß des Kampfes eine Abrechnung veröffentlicht.“

Eine Anregung der Landeszentrale Kroatiens, einen Fonds „zur Unterstützung großer ausländischer wirtschaftlicher Kämpfe“ mit regelmäßigen Beiträgen der angeschlossenen Organisationen oder deren Mitglieder zu bilden, wurde als verfrüht bezeichnet und vom Antragsteller zurückgezogen.

Eine Besprechung dieser Angelegenheit fand auch auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz im Jahre 1913 in Zürich statt. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß einzelne angeschlossene Länder sich an Hilfsaktionen kaum beteiligen. Am Schlusse der Besprechung gab der Internationale Sekretär nachstehende Erklärung ab, die einstimmig gebilligt wurde:

„Handelt es sich um eine Aktion, bei der die Hilfe aller organisierten Arbeiter eines Landes in Anspruch genommen wird, so kann nur die betreffende Landeszentrale einen Aufruf erlassen. Handelt es sich um eine größere Bewegung eines Berufes, so kann sich die beteiligte Berufsorganisation um Hilfe an ihr Internationales Berufssekretariat wenden, das dann berechtigt ist, den Aufruf an alle ihm angeschlossenen Berufsorganisationen weiterzugeben. Sollte das nicht genügen, bzw. sollte der Kampf sich auf andere Gruppen ausdehnen oder einen außergewöhnlichen Umfang annehmen, so kann die betreffende Landeszentrale bei unserem Internationalen Sekretariat den Antrag auf Einleitung einer Unterstützungsaktion bei allen Landeszentralen stellen.“

Weitere Konferenz- oder Kongreßbeschlüsse liegen nicht vor.

Die internationale Solidarität bei Arbeitskämpfen kann nicht nur durch die Zahlung von Unterstützungsgeldern gezeigt

werden, sondern auch durch Fernhaltung von Streikbrechern und Verweigerung der Anfertigung von Waren, die für das bestreikte Land bestimmt sind, endlich durch die Verhinderung des Transportes solcher Waren. Verschiedene unangenehme Vorkommnisse, die kurz vorher zu verzeichnen waren, besonders die Heranholung von Streikbrechern aus dem Auslande, veranlaßten die Konferenz in Kristiania, diese Angelegenheit zu beraten und sich in scharfer Weise gegen internationalen Streikbruch auszusprechen. Die Landeszentralen wurden aufgefordert, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Pariser Konferenz nahm einen formellen Antrag der englischen Gewerkschaftszentrale an, durch den der internationale Streikbruch auf das schärfste verurteilt wurde. Daß dieser Grundsatz zu den fundamentalsten der internationalen Gewerkschaftsbewegung gehört, wird allseitig anerkannt, indessen haben sich im Laufe der Zeit öfters technische Schwierigkeiten ergeben, auch Schwierigkeiten, die durch abgeschlossene Tarifverträge entstanden. Es wird daher nötig sein, daß sich der nächste Internationale Gewerkschaftskongreß in eingehender Weise mit der Frage der internationalen Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung bei Lohnkämpfen beschäftigt.

Anerkennung der Mitgliedschaft in ausländischen Verbänden

Diese Frage kam zuerst auf der Konferenz in Amsterdam zur Sprache. Veranlassung dazu gab ein Antrag der holländischen Landeszentrale, der die Einführung einer internationalen Legitimationskarte verlangte. Diese Legitimationskarte, die leicht den Charakter von „internationalen Bettelbriefen“ annehmen könnte, fand keine Zustimmung. Dagegen ersuchte Sassenbach unter Zustimmung der anderen Konferenzteilnehmer die englischen Delegierten, in ihrem Lande dahin zu wirken, daß zureisende ausländische Gewerkschaftsmitglieder als solche anerkannt und ohne künstliche Schwierigkeiten in die englischen Organisationen aufgenommen werden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, wenn man zureisenden Gewerkschaftsmitgliedern, die

der englischen Berufsorganisation beitreten wollen, die Aufnahme verweigert und sie dann als Unorganisierte behandelt. Die englischen Delegierten erklärten sich bereit, in der gewünschten Weise zu wirken.

Ob dies in systematischer Weise geschehen ist, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls sah man keine Änderung im Verhalten der englischen Gewerkschaften, weshalb der Konferenz in Kristiania von der deutschen Gewerkschaftszentrale der nachstehende Antrag vorgelegt wurde:

„Mitglieder solcher Verbände, die der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes angeschlossen sind, *müssen*, wenn sie in einem anderen Lande zureisen und eine Abmeldebescheinigung ihrer bisherigen Organisation vorlegen, von ihrer dortigen Berufsorganisation als Mitglieder aufgenommen werden.

Soweit keine anderweitigen Abmachungen zwischen den einzelnen Berufsorganisationen bestehen, gelten folgende Übertrittsbedingungen:

- a) Das in der bisherigen Organisation gezahlte *Eintrittsgeld* wird angerechnet. Sollte das von Inländern erhobene Eintrittsgeld in der neuen Organisation höher sein als in der alten Organisation, so kann die Differenz erhoben werden.
- b) Bezüglich des Anspruches auf Unterstützungen und andere Vorteile wird die Summe der in der bisherigen Organisation gezahlten *Beiträge* angerechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß auf keinen Fall eine längere Mitgliedschaft angerechnet wird, als tatsächlich vorhanden ist.

Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, diese Übertrittsbedingungen der nächsten Sitzung der zuständigen Körperschaft ihres Landes vorzulegen und deren Annahme zu befürworten.“

Dieser Antrag stieß auf den Widerstand der englischen Vertreter. Curran führte aus, daß er mit der Tendenz einverstanden sei, daß indessen in den verschiedenen englischen Gewerkschaften Satzungen bestehen, die es nicht möglich machen, sofort in der durch den Antrag verlangten Weise zu handeln, auch könnten die englischen Vertreter dem Antrage nur dann zustimmen, wenn das Wort „müssen“ durch „können“ ersetzt werde. Hiergegen wandte sich Legien, da dann überhaupt nichts mehr gesagt sei. Um aber den Bedenken der englischen Vertreter entgegen zu kommen, wurde der Resolution der Satz vorangestellt: „Die Konferenz ist der Meinung,

daß“ In dieser Form wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Trotzdem hatte sich die Pariser Konferenz wiederum mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, da sich anscheinend in England nichts geändert hatte. Deutschland hatte beantragt: „Die Konferenz wolle feststellen, welche Schritte von den Landeszentralen unternommen worden sind, um den einstimmig gefaßten Beschluß der letzten Internationalen Konferenz in Kristiania zur Ausführung zu bringen.“ Sassenbach führte aus, daß dieser Antrag besonders in Hinsicht auf die in England herrschenden Verhältnisse gestellt wurde. In England würden gute Genossen, die in ihrem Heimatlande ihren Organisationen angehörten, als Nichtorganisierte betrachtet, wenn sie sich bemühen, den englischen Organisationen beizutreten. England verschließe sich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der anderen Länder. Deswegen wurden schon in Kristiania die englischen Delegierten ersucht, dafür zu sorgen, daß in ihren Gewerkschaften die zureisenden Gewerkschaftsmitglieder anderer Länder anerkannt werden. Man habe die Konzession gemacht, daß, wenn ihre Eintrittsgelder höher sind, sie die Differenz erheben können. Die englischen Delegierten erklärten, sich einem direkten Beschluß der Konferenz widersetzen zu müssen, hingegen könnte die Konferenz ihre Meinung ausdrücken, es sei dafür zu sorgen, daß diese Frage den Organisationen zu unterbreiten sei. Zwei Jahre seien seither vergangen, und man habe nicht gehört, daß in England in dieser Hinsicht etwas geschehen ist. Man wisse sehr gut die Schwierigkeiten zu schätzen, die bestehen, und wisse auch, daß alteingewurzelte Einrichtungen nicht ohne weiteres abgeschafft werden können. Man möchte jedoch wissen, was die englischen Delegierten getan haben, um den Beschlüssen von Kristiania Geltung zu verschaffen.

Appleton bemerkte hierzu, daß die Zentrale der englischen Gewerkschaften nicht imstande sei, sich in derartige Angelegenheiten der einzelnen Gewerkschaften zu mischen. Diese wären autonom und würden jeden Versuch, diese Autonomie zu verletzen, scharf zurückweisen. Manche Organisationen hätten

schon besondere Abmachungen mit ihren ausländischen Bruderorganisationen getroffen. Über diese Angelegenheit entstand eine lange Diskussion, an der Vertreter aller Länder teilnahmen und in der von allen Rednern als selbstverständlich bezeichnet wurde, daß jede angeschlossene Organisation verpflichtet ist, jedes zureisende Gewerkschaftsmitglied sofort aufzunehmen. Von einer formellen Beschlußfassung wurde abgesehen.

Die Budapester Konferenz (1911) kam nochmals kurz auf diese Angelegenheit zurück, wobei bereits ein Fortschritt im gewünschten Sinne festgestellt werden konnte, ebenfalls die Züricher Konferenz (1913), die den Antrag annahm, daß ausländische Arbeiter ihre Beiträge an die Organisationen des Landes zu entrichten haben, in dem sie sich befinden.

Zwischen den anderen dem I. G. B. angeschlossenen Ländern kam es niemals zu Schwierigkeiten, da man dort die Aufnahme von ausländischen Gewerkschaftsmitgliedern für selbstverständlich erachtete. Vielleicht wäre es noch zu Auseinandersetzungen mit den nordamerikanischen Gewerkschaften gekommen, falls diese längere Zeit dem I. G. B. angehört hätten. Neuerdings ist diese Frage von den Internationalen Berufsekretariaten so ziemlich zur allgemeinen Befriedigung gelöst worden.

Wanderungsfragen

Die Konferenz in Kristiania (1907) hatte sich mit einem Antrag der italienischen Gewerkschaftszentrale betreffend die Regelung der Auswanderung durch die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften zu beschäftigen. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß wegen Mangel an Unterlagen eine Beschlußfassung unmöglich war. Auch eine eingesetzte Kommission konnte zu keinem einheitlichen Vorschlag kommen. Schließlich wurde bei einigen Stimmenenthaltungen eine Verlegenheitsresolution angenommen, durch die die Gewerkschaften aufgefordert wurden, den Gewerkschaften der anderen Länder oder den von ihnen eingerichteten Auswanderungsbüros alle zweckdienlichen Auskünfte betreffend den Arbeitsmarkt zugehen zu lassen.

Die Pariser Konferenz (1909) beschäftigte sich mit dem Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter, den die preußische Regierung eingeführt hatte. Legien gab eine Darlegung dieser Einrichtung, durch die die ausländischen Arbeiter zu Streikbrechern erzogen würden. Die ausländischen Arbeiter, die ihr Arbeitsverhältnis „nicht ordnungsgemäß lösten“, würden ausgewiesen, wenn sie nicht in das alte Arbeitsverhältnis zurückkehrten. Dagegen hätten bereits einige ausländische Regierungen und auch der Deutsche Reichstag protestiert. Er schlägt vor, daß die Delegierten auf ihre Genossen im Parlament einwirken sollen, um auch ihre Regierungen zu einem Eingreifen zu veranlassen. Der belgische Delegierte Bergmans beantragte im Auftrag seiner Landeszentrale, daß, um die Beseitigung der Legitimationskarten für ausländische Arbeiter herbeizuführen, die gewerkschaftliche Internationale mit der politischen Internationale in Verbindung treten solle, ein Vorschlag, der von den französischen Delegierten scharf bekämpft wurde. Eine englische Resolution, die „die Anwendung aller möglichen Mittel“ zur Abschaffung der Legitimationskarten empfiehlt, wurde schließlich mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hatte einen Antrag eingesandt, in dem es als das Ziel der Arbeiterbewegung bezeichnet wurde, mit allen Kräften die Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande in andere Länder in Zeiten industrieller Depression, während Lohnkämpfen, oder, wenn solche bevorstehen, zu verhindern. Dieser Antrag, bei dem zweifellos speziell amerikanische Interessen eine Rolle spielten, wurde wegen der Nichtzugehörigkeit des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nicht diskutiert, sondern bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Auf der Budapester Konferenz (1911) war Amerika bereits als angeschlossene Landeszentrale vertreten und der Antrag wurde angenommen, damit jedoch die Forderung verbunden, daß in normalen Zeiten die vom Auslande zureisenden Arbeiter ohne Schwierigkeit in die Organisationen aufgenommen werden.

Bei dieser Gelegenheit wurde von O'Grady auf die Versuche einzelner Regierungen, die Auswanderung zu fördern,

aufmerksam gemacht. Solche Bestrebungen würden in den Einwanderungsländern zum Lohndruck führen. Ähnliche Versuche der Regierungen müßten im Auge behalten werden.

Auf der Züricher Konferenz (1913) kam Jouhau auf die bedrohliche Zunahme der Einwanderungen ausländischer Arbeiter in Frankreich zu sprechen. Gegen die Einwanderung an sich wandten sich die französischen Gewerkschaften nicht, hingegen regten sie an, daß die Einwandernden vorher darüber belehrt werden, daß sie nach den französischen Gesetzen in Frankreich völlig recht- und schutzlos sind. Ihre im Ausland abgeschlossenen Verträge gelten in Frankreich nicht, und es sei fast unmöglich, diese Arbeiter zu organisieren. Es komme sogar vor, daß streikende Franzosen durch unorganisierte Ausländer ersetzt werden und daß der Unternehmer diesen die den ersteren abgelehnten Bedingungen gewährt, natürlich, um sie später wieder über den Haufen zu werfen. Die Annahme eines von gewisser Seite verlangten Gesetzes zur Besteuerung ausländischer Arbeiter hätten die französischen Kameraden durch eine zweijährige heftige Gegenagitation bisher verhindern können; es sei jedoch fraglich, ob sich nicht die Arbeiter schließlich doch umstimmen lassen, wenn die Gefahr durch diese Art der Einwanderung fortduert.

Nach dem Kriege, als durch die Verschiebung der Grenzen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in allen europäischen Ländern die Wanderungsfrage besonders akut wurde, hat sich der I. G. B. wiederholt mit der Frage der Ein- und Auswanderung beschäftigt, zuletzt in sehr eingehender Weise auf dem vom I. G. B. und der Sozialistischen Arbeiterinternationale gemeinsam veranstalteten Weltwanderungskongreß 1926 in London.

Politische Stellungnahme

Bereits auf der Ersten Konferenz in Kopenhagen hatte Legien auf die Teilnahme der Gewerkschaften an den Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongressen hingewiesen und vorgeschlagen, diesen die Beratung allgemeiner Fragen zu

überlassen. Hiergegen wurde bereits auf der Zweiten Konferenz in Stuttgart von Van Erkel (Holland) Widerspruch erhoben. Die damalige holländische Landeszentrale stand auf syndikalistischem Standpunkt und war gegen politische Betätigung und gegen Parlamentarismus. Van Erkel beantragte bereits bei Festsetzung der Tagesordnung, daß keine Beschlüsse gefaßt würden, die die Landeszentralen zum Besuche der Internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Kongresse verpflichten. Er bezeichnete die Einberufung besonderer Internationaler Gewerkschaftskongresse für richtiger. Dieser Standpunkt wurde indessen nur vom Vertreter der französischen Gewerkschaften geteilt; alle übrigen Kongreßteilnehmer sprachen sich gegen besondere Internationale Gewerkschaftskongresse aus.

Die Amsterdamer Konferenz (1905) kam gelegentlich des deutschen Antrages betr. Zusammensetzung und Aufgaben der Internationalen Konferenz ebenfalls auf die Beziehungen zur politischen Arbeiterbewegung zu sprechen, da die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß durch dessen Annahme eine Trennung zwischen Gewerkschaften und politischer Partei befördert werde. Auch die Pariser Konferenz (1909) befaßte sich mit derselben Angelegenheit gelegentlich der Beratung des französischen Antrages auf Umänderung der Internationalen Konferenzen in Internationale Gewerkschaftskongresse. Die französischen Delegierten brachten dabei ihre Abneigung gegen ein Zusammengehen mit politischen Parteien wiederholt in scharfer Weise zum Ausdruck.

Im allgemeinen trat bis zur Beendigung des Krieges keine Änderung der Auffassung ein und es wurde vermieden, zu rein politischen Fragen Stellung zu nehmen und diese auf den Internationalen Konferenzen zu behandeln.

Es waren nicht allein die engen Beziehungen, die in den meisten Ländern zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bestanden, die diese Stellungnahme veranlaßten, sondern auch die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Gewerkschaften, die ihnen eine politische Tätigkeit untersagten und bei Überschreitung der durch das Gesetz

gezogenen Grenzen die willkommene Gelegenheit zu einer Auflösung der Organisation boten.

Nach dem Kriege lagen die Verhältnisse anders. Die Umwälzungen, die besonders in den allerreaktionärsten Staatsgebilden zu ganz neuen Zuständen führten, machten den Gewerkschaften auch eine politische Tätigkeit möglich. Dazu kam, daß die politische Internationale viel schwierigere Verhältnisse vorfand und eine wirkliche Tätigkeit erst viel später als die Gewerkschaften aufnehmen konnte. Die in Amsterdam angenommenen Satzungen sehen auch jetzt noch nur gewerkschaftliche Aufgaben vor, es wurden jedoch Resolutionen angenommen, die sehr weit auf das politische Gebiet hinüberführten.

Seit dieser Zeit hat der Internationale Gewerkschaftsbund viele Fragen politischer Art behandelt, aber stets in guter Übereinstimmung mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr

Im Februar 1904 wandte sich die französische Landeszentrale an den Internationalen Sekretär und regte im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Kriege die Abhaltung einer internationalen Konferenz an, zu der die Gewerkschaften aller Länder Vertreter entsenden sollten. Dieser Antrag wurde auf Empfehlung Legiens von den angeschlossenen Landeszentralen abgelehnt, was einen gewissen Gegensatz zu den französischen Gewerkschaften zur Folge hatte. Die Franzosen beantragten deshalb die Behandlung der Punkte Anti-Militarismus und Generalstreik auf den internationalen Konferenzen in Amsterdam und Kristiania. Da der Vorschlag abgelehnt wurde, blieben sie beiden Konferenzen fern. Sie haben später wiederholt den Versuch gemacht, diese Angelegenheit wieder zur Sprache zu bringen, wurden aber stets zurückgewiesen, da alle anderen Länder auf dem Standpunkt standen, daß die Gewerkschaften und vor allem die Gewerkschaftsinternationale sich nur mit gewerkschaftlichen Fragen

zu beschäftigen haben und die hochpolitische Frage der Bekämpfung von Kriegsgefahr und Militarismus der Sozialdemokratie überlassen bleiben müsse.

Dieser Standpunkt konnte nach dem Kriege nicht aufrecht erhalten werden. Unter „Politische Stellungnahme“ wurde bereits darauf hingewiesen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund genötigt war, sich auch mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen. Was konnte näher liegen, als daß vor allem die Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr in den Vordergrund trat. Schon der erste Tätigkeitsbericht macht Mitteilung über Bestrebungen auf diesem Gebiete.

Es war eine Zeit, in der der Haß gegen den Krieg und die Hoffnung auf einen dauernden Frieden alle Bevölkerungskreise und alle Länder beseelte. Der Internationale Gewerkschaftsbund mit seiner damaligen Mitgliederzahl von 23 Millionen galt als eine Macht, die wohl imstande sein durfte, gegen die Kriegsabsichten einzelner Mächte aufzutreten. Die Verweigerung der Munitionstransporte nach Polen war die erste Bekundung dieser Macht. Auch die regierenden Kreise gingen nicht mehr an der Vertretung der Arbeiterschaft achtlos vorbei. Als im Jahre 1921 der Völkerbund den Beschluß faßte, eine Abrüstungskonferenz einzusetzen, in die ursprünglich nur Militärsachverständige, Finanzleute und Volkswirtschaftler gewählt werden sollten, sah man sich genötigt, auch Vertreter der Arbeiterschaft heranzuziehen: Jouhaux, Oudegeest und Thorberg wurden in die Kommission aufgenommen. Auf dem außerordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1920 in London hielt Fimmen ein Referat über die Weltlage, das durch eine Resolution über den Pazifismus bekräftigt wurde. Ferner sprach Fimmen auf dem zweiten ordentlichen Gewerkschaftskongreß 1922 in Rom über Abrüstung und „Krieg gegen den Krieg“. Es wurde eine Resolution über Krieg und Militarismus sowie ein gegen Krieg und Militarismus gerichtetes Manifest an die Arbeiter der Welt angenommen. (Seite 115—117 des Kongreßberichtes.) Im Dezember desselben Jahres fand dann der Internationale

Friedenskongreß im Haag statt, über den ein 200 Seiten starker Bericht vorliegt. Dieser Kongreß hat in der ganzen Welt ein lebhaftes Echo gefunden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat auf Grund der gefaßten Kongreßbeschlüsse eine ununterbrochene Tätigkeit zugunsten der Völkerversöhnung und gegen Krieg und Militarismus geführt. Ein speziell zu diesem Zwecke gebildeter Anti-Kriegs-Fonds, der auf fast 200 000 holländische Gulden stieg, lieferte hierzu die Mittel. Neben einer ununterbrochenen Pressekampagne, die die Arbeiterpresse der ganzen Welt lebhaft unterstützte, gelangten die Anti-Kriegsplakate und Postkarten mit Zeichnungen erster Künstler zur Versendung. Die Rede von Fimmen auf dem Haager Friedenskongreß wurde unter dem Titel: „Krieg dem Kriege“ als Broschüre verbreitet. Das vom Kongreß in Rom eingesetzte Komitee für die Aktion gegen Krieg und Militarismus, dem außer dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Sekretäre der Internationalen Berufssekretariate der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter angehörten und zu dem später noch das Internationale Sekretariat der Fabrikarbeiter hinzutrat, hielt einige Sitzungen ab, unter anderm auch um Stellung zur drohenden Ruhrbesetzung zu nehmen. Leider war die Macht der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr so unbestritten, wie unmittelbar nach dem Kriege.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß im Jahre 1924 in Wien nahm nach einem Referat von Jouhaux folgende Resolution an, die auch heute noch als das Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu betrachten ist:

Internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Der vom 2. bis 6. Juni in Wien tagende internationale Gewerkschaftskongreß bestätigt die früheren Resolutionen gegen Krieg und Militarismus und erinnert die national und international organisierte Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Krieg entschieden zu widersetzen: durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des Transports von Kriegsmaterial, den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generalstreik.

Der Kongreß erklärt, daß es Pflicht der Gewerkschaftsorganisation aller Länder ist, durch eine unausgesetzte Propaganda für die Beseitigung des Völkerhasses zu arbeiten und auf eine neue Organisation der Völkerbeziehungen hinzuwirken, die sich auf gegenseitige internationale Hilfe, auf Anwendung des internationalen Rechtes und des obligatorischen Schiedsgerichts gründet.

In der Erkenntnis, daß das allgemeine Wohl der Völker nur gesichert werden kann durch eine allgemeine Abrüstung, erklärt der Kongreß als dringend notwendig:

1. Durchführung einer Kontrolle für die Waffen- und Munitionsindustrie sowie den Handel mit Kriegsmaterial.
2. Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Unterdrückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Herbeiführung eines allgemeinen Verbots der Fabrikation und des Handels für alle Arten von Kriegsmaterial.

Der Kongreß beauftragt das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, seine auf die Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen, auf die Stärkung der für den Frieden arbeitenden Kräfte der Welt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.

In Ausführung dieser Beschlüsse und unter feierlicher Bestätigung der vom Vorstand auf seiner Sitzung vom 8. und 9. November 1923 angenommenen Resolution betreffend die Organisation eines internationalen Antikriegstages am 21. September d. J. fordert der Internationale Gewerkschaftskongreß die Arbeiter aller Länder auf, alles zu tun, um zu erreichen, daß diese Manifestation eine der jetzigen Weltlage angemessene Bedeutung erhält und dementsprechenden Widerhall findet.“

Der Internationale Antikriegstag am 21. September 1924, von dem am Schlusse der Resolution die Rede ist, hat bekanntlich überall einen glänzenden Verlauf genommen.

Wenn man die friedensfördernde Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die er im Laufe der Berichtsperiode ausgeübt hat, vorurteilslos betrachtet, muß man zugeben, daß alles geschehen ist, was mit Rücksicht auf die

Machtverhältnisse der Gewerkschaften in den angeschlossenen Ländern geschehen konnte. Wenn der Internationale Gewerkschaftsbund es ablehnte, mit großen Worten große Beschlüsse zu fassen, zu deren Ausführung ihm die Macht fehlte, so kann ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden. Er hat aber mehr als irgend eine andere Weltorganisation einen internationalen Geist der Völkerverbrüderung geschaffen, der sich in der Zukunft in günstigem Sinne bemerkbar machen wird.

Internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee

Die Gewerkschaften haben stets die Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen Arbeiter anerkannt und, von geringen Ausnahmen abgesehen, für beide Geschlechter gemeinsame Organisationen geschaffen. Daß dies der einzig richtige Weg ist, wurde auch von der dem Wiener Gewerkschaftskongreß vorausgehenden Internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkonferenz allseitig anerkannt. Trotzdem gibt es Fragen, für die die Arbeiterinnen ein ganz besonderes Interesse haben. Um geäußerten Wünschen gerecht zu werden, wurde in Wien ein Internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee eingesetzt und in Aussicht genommen, mit jedem internationalen Gewerkschaftskongreß eine Internationale Arbeiterinnenkonferenz zu verbinden. Das Komitee, das als eine Einrichtung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu betrachten ist, hat in seiner Sitzung im November 1925 seine Aufgaben folgendermaßen begrenzt:

„Das Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee beschließt grundsätzlich, nur solche Fragen zu behandeln, die

1. die Frau als *erwerbstätige Arbeiterin* betreffen;
2. bei denen entweder besondere Belange der weiblichen Arbeiter vorliegen oder auf die Veranlagung der Frau besonders Rücksicht genommen werden muß.“

Schon jetzt darf angenommen werden, daß dieses Komitee bei der Heranziehung der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften wertvolle Hilfe leisten wird.

Internationale Hilfssprache

Der Amsterdamer Konferenz (1903) lag folgender Antrag der holländischen Landeszentrale vor:

„Die Internationale Konferenz wolle überlegen, ob es möglich ist, eine internationale Korrespondenzsprache einzuführen. Das Internationale Sekretariat wird beauftragt, eine Untersuchung darüber anzustellen und der nächsten Internationalen Konferenz einen Vorschlag oder Antrag vorzulegen, damit auf der fünften Internationalen Konferenz die Frage endgültig entschieden werden kann.“

In der Begründung betonte Van Erkel, daß man davon abgesehen habe, eine bestimmte lebende oder tote Sprache in Vorschlag zu bringen.

Sassenbach betonte den berechtigten Kern, den der holländische Antrag habe, doch sei die Ausführung sehr schwierig. Jedenfalls könne nur eine lebende Sprache in Frage kommen, am besten die englische. Würde man sich auf eine bestimmte Sprache einigen, so würde mancher Gewerkschaftsführer und auch mancher strebsame Gewerkschafter bereit sein, diese Sprache zu erlernen. Dadurch würde nicht allein der Verkehr zwischen den Landeszentralen erleichtert, sondern auch der internationale Verkehr der Berufsorganisationen. Er stellte folgenden Antrag:

„Der Gedanke, eine internationale Korrespondenzsprache anzustreben, ist berechtigt. Als solche kann nur eine lebende Sprache in Betracht kommen. Am besten ist die englische Sprache geeignet. Die Konferenz hält es im Interesse der einzelnen international verbundenen Gewerkschaften für gut, sich die Kenntnis dieser Sprache anzueignen.“

Der holländische Vertreter zog seinen Antrag zugunsten des Sassenbachschen Antrages zurück, doch wurde er nach kurzer Diskussion, wobei Hueber bemerkte, daß man in Österreich mit den dortigen sieben Sprachen genug zu tun und keine Zeit habe, noch englisch hinzuzulernen, gegen die Stimmen von Deutschland, England und Holland abgelehnt.

Auf der Pariser Konferenz (1909) beantragte die französische Gewerkschaftszentrale die Propagierung des Esperanto.

Der Antrag wurde indessen als Anregung für spätere Konferenzen zurückgelegt. Auf der Budapester Konferenz (1911) wurde der Antrag wiederholt, wobei Jouhaux die Drohung aussprach, daß sie in Frankreich zur direkten Aktion übergehen und ihre Briefe nach dem Auslande nur noch in Esperanto schreiben würden. Da alle Delegierten mit Ausnahme der Franzosen gegen die offizielle Einführung einer Kunstsprache waren, wurde auf eine formelle Abstimmung verzichtet.

Weitere internationale Beratungen über diese Frage haben nicht stattgefunden.

Schlußwort

Wie man sich ein Verschwinden der Gewerkschaften im nationalen Rahmen nicht vorstellen kann, ebensowenig ist die Ausschaltung des internationalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften denkbar.

Der Zusammenschluß ist heute noch kein vollkommener. Die Gewerkschaften verschiedener Länder stehen noch abseits, teils weil sie mit den Grundsätzen und der Taktik des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht übereinstimmen, teils weil sie, fern von Europa, von einem Anschluß keinen unmittelbaren Nutzen erwarten. Aber auch hierbei darf der ferneren Entwicklung ruhig entgegengesehen werden. Schließlich wird es doch zu einer Einigung kommen, die den altbewährten Grundsätzen des Internationalen Gewerkschaftsbundes entspricht; auch die außereuropäischen Länder werden auf Grund wirtschaftlicher Notwendigkeiten aus ihrer Abgeschlossenheit heraustreten müssen.

Was die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes anbetrifft, so muß bei objektiver Beurteilung anerkannt werden, daß wertvolle Arbeit geleistet wurde, wenn auch nicht alles in Angriff genommen und durchgeführt werden konnte, was verschiedene Kritiker erwarteten. Wenn irgend eine Bewegung genötigt ist, den wirklichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und mit den Füßen auf der Erde zu bleiben, so ist es die Gewerkschaftsbewegung und vor allem die internationale Gewerkschaftsbewegung, die den politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Zuständen in den verschiedenen Ländern Rechnung tragen muß.

Es ist zweifellos gelungen, den internationalen Gedanken zu vertiefen und ihm auch praktisch Ausdruck zu geben. In geschlossenen Reihen wird für die Rechte der Arbeiterschaft und für ihren sozialen Aufstieg gekämpft. Je besser sich die noch abseits stehenden Arbeiter der Bedeutung der Gewerkschaften bewußt und je mehr sie durch den Eintritt in die freigewerkschaftlichen Organisationen zu ihrer Kräftigung beitragen werden, um so mehr werden auch praktische Erfolge zu verzeichnen sein.

Internationale Gewerkschafts-Bibliothek

Verlag: Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam

JEDE NUMMER 75 PFENNIG

Nr. 1

C. MERTENS

Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien

48 Seiten

Nr. 2/3

WALTER M. CITRINE

Die Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens

126 Seiten